



# Landtag von Baden-Württemberg

8. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 30. Juni 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Mittagspause: 12:20 bis 13:30 Uhr

Schluss: 15:51 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	217	Minister Guido Wolf . . . . .	244
1. Aktuelle Debatte – <b>Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	217	Abg. Dr. Kirsten Lehnig GRÜNE . . . . .	244
Abg. Sabine Wölfle SPD . . . . .	217, 225	Abg. Marion Gentges CDU . . . . .	245
Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE . . . . .	219	Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD . . . . .	246
Abg. Stefan Teufel CDU . . . . .	220	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	246
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD . . . . .	221	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	247
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	222, 228	Beschluss . . . . .	247
Staatssekretärin Bärbl Mielich . . . . .	224	4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 16/59	
Abg. Fabian Gramling CDU . . . . .	225	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Georg Nelius SPD – <b>Finanzierung von Sprachkursen für Flüchtlinge</b> . . . . .	248
Abg. Anton Baron AfD . . . . .	226	Abg. Georg Nelius SPD . . . . .	248
2. a) Aktuelle Debatte – <b>Neue Staatssekretäre, neue Stellen in den Ministerien – Grün-Schwarz predigt Wasser und trinkt Wein</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP		Staatssekretärin Bärbl Mielich . . . . .	248, 249
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – <b>Die Landesregierung im Überblick: Anzahl und Rechtsnatur der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre</b> – Drucksache 16/26 . . . . .	228	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – <b>Stand von Planung und Bau des Polizeireviers Schwäbisch Hall im Hinblick auf die geplante Aufstockung von Polizeistellen</b> . . . . .	249
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	228, 239	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	249
Abg. Thekla Walker GRÜNE . . . . .	230, 240	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . .	249, 250
Abg. Tobias Wald CDU . . . . .	232, 241	Abg. Udo Stein AfD . . . . .	250
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD . . . . .	233	Abg. Rüdiger Klos AfD . . . . .	250
Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	235, 243	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – <b>Nutzung der schnellen Verbindung von Nürnberg nach Berlin und München durch die zusätzliche Bestellung einer Spätverbindung in die Raumschaft Schwäbisch Hall/Ostalb</b> . . . . .	250
Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . .	237	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	250
Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	242	Minister Winfried Hermann . . . . .	250, 251
Beschluss . . . . .	243	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	251
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13</b> – Drucksache 16/167 . . . . .	244		

<p>4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – <b>Mängel im Regionalverkehr der Deutschen Bahn AG</b> ..... 252</p> <p>Abg. Martin Rivoir SPD ..... 252, 253 Minister Winfried Hermann ..... 252, 253, 254 Abg. Jürgen Keck FDP/DVP ..... 253 Abg. Georg Nelius SPD ..... 254 Abg. Dr. Rainer Balzer AfD ..... 254</p> <p>5. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – <b>Feinstaubalarm und Fahrverbote in Stuttgart</b> – Drucksache 16/20. . 254</p> <p>Abg. Martin Rivoir SPD ..... 254 Abg. Daniel Renkonen GRÜNE ..... 255 Abg. Felix Schreiner CDU ..... 256 Abg. Bernd Gögel AfD ..... 257 Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP ..... 258 Minister Winfried Hermann ..... 260</p> <p>Beschluss ..... 264</p> <p>6. <b>Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH</b> ..... 264</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Europa und Internationales zu der Mittei- lung der Landesregierung vom 12. April 2016 – <b>Bericht über aktuelle europapolitische The- men</b> – Drucksachen 15/8112, 16/146 ..... 264</p> <p>Abg. Josef Frey GRÜNE ..... 264 Abg. Joachim Kößler CDU ..... 266 Abg. Lars Patrick Berg AfD ..... 267 Abg. Peter Hofelich SPD ..... 268 Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP ..... 269 Minister Guido Wolf ..... 271</p> <p>Beschluss ..... 273</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. April 2016 – <b>Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation</b> – Drucksach- en 15/8109, 16/164</p>	<p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Europa und Internationales zu der Mittei- lung des Ministeriums für Inneres, Digitalisie- rung und Migration vom 17. Mai 2016 – <b>Unter- richtung des Landtags in EU-Angelegenhei- ten; hier: Reformierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Erleichterung legaler Wege nach Europa</b> – Drucksachen 16/22, 16/147</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Europa und Internationales zu der Mittei- lung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Mai 2016 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-An- gelegenheiten; hier: Offenlegung von Ertrag- steuerinformationen durch bestimmte Unter- nehmen und Zweigniederlassungen</b> – Drucksach- en 16/34, 16/148</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Europa und Internationales zu der Mittei- lung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 17. Juni 2016 – <b>Unter- richtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden</b> – Drucksach- en 16/157, 16/160</p> <p>12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitions- ausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksach- en 16/80, 16/81, 16/82, 16/83, 16/84, 16/85, 16/86 ..... 273</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunk- ten 8 bis 12 ..... 273</p> <p>Nächste Sitzung ..... 273</p> <p>Anlage Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Staatlichen Toto- Lotto GmbH ..... 274</p>
---	--

## Protokoll

über die 8. Sitzung vom 30. Juni 2016

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche einzustellen und die Plätze einzunehmen oder die Gespräche nach draußen zu verlagern. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Nils Schmid und Herrn Abg. Jürgen Walter erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Dr. Heinrich Kuhn, Herr Abg. Stefan Räßle und Herr Abg. Dr. Rösler.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Ministerin Edith Sitzmann sowie Minister Manfred Lucha und ab 14:00 Uhr Minister Thomas Strobl.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich – wie gestern – auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfle.

**Abg. Sabine Wölfle** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie würden wir es hier im Hohen Haus empfinden, wenn unsere Kolleginnen ca. 10 % weniger Diäten erhalten würden als unsere männlichen Kollegen? Das ist natürlich im Landtag schwierig. Wir haben gestern auch gehört: Wir haben ein Abgeordnetengesetz. Das heißt, es kann jeder einsehen und feststellen, dass wir alle gleich viel bekommen. Aber leider ist das draußen in der Wirtschaft nicht die Realität. Wenn eine junge Schlosserin – nennen wir sie einmal Anna – mit ihrem Kollegen Peter die gleiche Ausbildung gemacht und sie mit dem gleichen Ergebnis

abgeschlossen hat und irgendwann nach ein paar Jahren feststellt, dass sie 11 € und ihr Kollege Peter 15 € Stundenlohn bekommt,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das sind mehr als 10 %!)

dann gibt es dafür nur ein einziges treffendes Wort: Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Um es klarzustellen: Wir reden heute nicht darüber, dass Frauen mehr in Teilzeit und auch mehr in den schlechter bezahlten Sozialberufen tätig sind als z. B. in der Metallindustrie. Das ist heute mitnichten unser Thema. Heute reden wir darüber, dass in Deutschland – und insbesondere auch in Baden-Württemberg, hier sogar noch mehr als im Durchschnitt der Bundesrepublik – nach wie vor Frauen für gleichwertige Arbeit geringer bezahlt werden als Männer.

Ich muss, wie schon so oft hier im Hohen Haus, Artikel 3 Absatz 2 unseres Grundgesetzes zitieren. Diese Bestimmung ist zwar sehr eindeutig, aber an der tatsächlichen Umsetzung hapert es immer noch. Ich zitiere:

*Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.*

Dazu gehört für die SPD und sicher auch für viele andere die Beseitigung der Entgeltungleichheit.

Die Lohngleichheit ist meiner Meinung nach und sicherlich auch nach der Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger – das haben Umfragen bewiesen – ein Gebot der Vernunft. Es ist ein Skandal, dass der Wert von Arbeit tatsächlich vom Geschlecht abhängt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Wir haben, wie Sie alle wissen, einen Fachkräftemangel, wir haben einen demografischen Wandel, und wir haben gleichzeitig die bestausgebildete Frauengeneration, die es jemals gab. Es ist einfach nicht zu tolerieren, dass wir dieses Potenzial nicht gleichwertig behandeln und den Frauen nicht die gleichen Chancen geben wie den Männern.

Vor Monaten bereits hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig einen Gesetzentwurf eingebracht. Dieser Gesetzentwurf liegt seit Monaten nicht im Bundestag zur Beratung, sondern er liegt im Bundeskanzleramt. Zwischenzeitlich darf-

(Sabine Wölfe)

te der Gesetzentwurf auch einmal heraus. Er durfte in den Koalitionsausschuss. Da kam er aber dann auch nicht weiter. Er musste wieder zurück ins Kanzleramt. Es gibt nach wie vor keine Einigung.

Warum ist das so? Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD trifft hier nach unserer Auffassung eine klare Aussage. Allerdings versucht die CDU jetzt, mit einer anderen Interpretation an das Thema heranzugehen. Es geht um den Knackpunkt der Grenze der Berichtspflicht für Betriebe ab 500 Beschäftigten.

Meine Partei und auch die Ministerin wollen mehr. Wir wollen eine Auskunftspflicht für alle Betriebe. Denn die Regelung, die die CDU will, würde gerade einmal 6 000 Betriebe betreffen, das heißt 20 % der Mitarbeiter. Die kleinen und mittleren Unternehmen wären davon überhaupt nicht betroffen. Damit wäre die Wirkung des Gesetzes verfehlt, und die Ungerechtigkeit ginge gerade so weiter.

Hier lässt sich die CDU wieder einmal sehr stark von der Wirtschaft beeinflussen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Böse Wirtschaft!)

Angeblich sei das alles zu bürokratisch. Es sei auch nicht zielführend.

Wer am Dienstagabend beim Unternehmertag der Arbeitgeberverbände in Stuttgart dabei war, hat das Thema Frauen – zumindest ich habe es so vernommen – nur in Verbindung mit Teilzeit gehört. Etwas anderes kam in der Rede nicht vor. Es wurde kurz die Lohnungleichheit, das Gesetz, erwähnt – genau mit den Worten „nicht zielführend und zu bürokratisch“. Wieder einmal muss die Bürokratie als Entschuldigung herhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Betrieb muss Bürokratie fürchten, wenn er seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleich bezahlt. Wenn es einen gleichen Lohn gibt, dann hat kein Betrieb irgendeine Bürokratie. Das heißt, es liegt in den Händen der Betriebe selbst, ob sie bürokratisch arbeiten müssen oder nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern es ist auch eine Aufgabe, die uns die gesellschaftliche Veränderung aufgibt. Mehr Frauen als Männer machen Abitur, und genauso viele Frauen wie Männer studieren. Natürlich gibt es immer noch die schlecht bezahlten „Frauenberufe“. Aber immer mehr Frauen kommen auch in die typischen stark männerlastigen Berufe – so nenne ich es einmal –, z. B. im Justizbereich oder auch in der Medizin. Sie beginnen faktisch alle gleich, mit dem gleichen Einkommen, aber dann gibt es irgendwann einen Schwellenwert, nach dessen Erreichen die Einkommen der Frauen stagnieren und die der Männer steigen. So wird am Ende aus einem Beruf für Frauen und Männer dann doch wieder ein Frauenberuf mit schlechterer Entlohnung.

Es geht hier nicht um die Entwertung von Berufen. Es geht hier meiner Meinung nach um die Entwertung von berufstätigen Frauen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist es eben nicht mehr dem Zufall überlassen, ob eine Frau merkt, dass sie schlechter bezahlt wird als ihr Kollege. Vielmehr wird sie zukünftig ein Auskunftsrecht erhalten, genau dies zu hinterfragen, und das ist richtig so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der Gesetzentwurf von Manuela Schwesig muss endlich in das Anhörungsverfahren und in das parlamentarische Verfahren kommen, damit das Gesetz noch vor dem Bundestagswahlkampf tatsächlich in Kraft treten kann. Setzen Sie sich dafür ein, dass Frauen, ganz besonders in Baden-Württemberg, beim Lohn nicht mehr diskriminiert werden.

Heute Abend findet der Empfang des Landesfrauenrats statt. Es wäre doch toll, wenn wir gemeinsam verkünden könnten, dass der Landtag von Baden-Württemberg dieses Anliegen unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion, gern erinnere ich Sie daran, dass wir bereits zu Beginn der Arbeit der grün-roten Koalition Einigkeit darüber hergestellt hatten, dass wir die Entgeltungleichheit auch in Baden-Württemberg zu bekämpfen haben. Unsere ehemalige Sozialministerin Katrin Altpeter hat dazu eine Bundesratsinitiative eingebracht. Ich zitiere aus dem Antrag Drucksache 129/12:

*Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, schnellstmöglich einen Gesetzentwurf einzubringen, der sicherstellt, dass die nach wie vor bestehenden, auf Diskriminierung von Frauen beruhenden Entgeltungleichheiten im Arbeitsleben beseitigt und künftig verhindert werden.*

Zum Erreichen dieser Zielsetzung unserer damaligen Bundesratsinitiative kann man sagen, dass der heutige Gesetzentwurf fast identisch ist mit dem, was wir damals im Bundesrat eingebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion GRÜNE, in Ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl gibt es ein ganzes Kapitel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Jetzt haben Sie aber einen Koalitionsvertrag mit folgender Aussage unterzeichnet:

*Frauen und Männer in der Erwerbstätigkeit gleichstellen*

*Gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit müssten selbstverständlich sein. ... Um eine gerechte Entlohnung zu erreichen, werden wir den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren ...*

Den Rest können wir uns vorstellen: Es sind die üblichen Gesprächsankündigungen – ohne irgendwelche Ergebnisse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Sätze zum Dialog mit der Wirtschaft im grün-schwarzen Koalitionsvertrag sind wortwörtlich die Formulierungen aus dem Wahlprogramm der CDU. Kann es sein, dass Sie da bei den Verhandlungen nicht aufgepasst haben?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie ein Problem damit? – Abg. Andreas Deuschle CDU: Was haben Sie denn die ganze Zeit gemacht? Teilzeitkräfte in den Landesbetrieben, ungerechter als in der Wirtschaft!)

(Sabine Wölfle)

Wenn das die gesamte Maxime dieser Koalition zu gleichstellungspolitischem Handeln und zur Lohnungerechtigkeit ist, dann haben Sie die Frauenpolitik der baden-württembergischen Grünen und die Frauenpolitik in Baden-Württemberg um Jahre zurückgeworfen.

(Beifall bei der SPD)

Die Instrumente, die erforderlich sind, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, hat die sozialdemokratische Bundesministerin in ihrem Gesetzentwurf klar aufgelistet. Ich würde mir wünschen, dass auch Sie diesen Gesetzentwurf unterstützen.

Der Dialog mit der Wirtschaft und die Kooperation mit Tarifpartnern und Forschung sind jahrelang gelaufen. Jetzt schreiben wir das Jahr 2016, jetzt ist es Zeit, zu handeln. Der Gesetzentwurf liegt vor. Ich bitte Sie alle, auch auf Ihre Bundestagsfraktion Einfluss zu nehmen, damit dieser Gesetzentwurf endlich in das parlamentarische Verfahren kommt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer regiert denn in Berlin? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie regieren!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Wehinger das Wort.

**Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Entgeltgleichheit ist ein ganz wichtiges Thema, zweifelsohne, Frau Wölfle. Mir als neuer frauenpolitischer Sprecherin der Grünen und als Frau, wie Sie ja sehen, liegt sehr viel an diesem Thema, weil es mich schon seit ewigen Zeiten begleitet, nämlich exakt seit 1971. Wenn Sie nachrechnen, stellen Sie fest: Das sind genau 45 Jahre. Damals habe ich die Ungleichheit des Lohns zum ersten Mal am eigenen Leib erfahren.

45 Jahre danach sprechen wir immer noch über dieses Thema, es beschäftigt uns immer noch. Für uns Grüne steht dieses Thema weit oben. Wir werden uns sehr darum bemühen, dass der Lohnunterschied aufgehoben wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wundern uns doch sehr darüber, dass die SPD dieses Thema in Baden-Württemberg für eine Aktuelle Debatte anmeldet, anstatt sich im Bund in der Regierungskoalition dafür einzusetzen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es gibt einen Gesetzentwurf! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Koalitionspartner!)

dass der lang angekündigte Gesetzentwurf endlich umgesetzt wird.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das liegt am Koalitionspartner!)

Da findet Frau Ministerin Schwesig wohl keine Mehrheit und hat offenbar Schwierigkeiten, sich mit Herrn Kauder über die Interpretation des Koalitionsvertrags zu einigen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! Deswegen reden wir darüber!)

Also zieht man das Thema im Ländle hoch.

Wie sieht es nun in der Bundesrepublik aus? Da liegt der Entgeltunterschied, insgesamt betrachtet, bei ca. 20 %, und zwar als unbereinigte Lohnlücke. Damit liegen wir in Deutschland im negativen Sinn einsam an der Spitze. Auch im Ländervergleich liegen wir in Baden-Württemberg hinten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann haben wir ja Handlungsbedarf!)

Manche behaupten zwar, es gebe keine wirkliche Lohnlücke bzw. man könne diese komplett auflösen, wenn man bestimmte Faktoren herausrechne, z. B., dass Frauen häufiger Erwerbsunterbrechungen durch Familienunterstützung bzw. Erziehung der Kinder haben, oder auch die Tatsache, dass Frauen seltener in Führungspositionen zu sehen sind und dass Frauen häufig ein anderes Berufswahlverhalten als Männer zeigen, also andere Branchenspezifikationen haben.

Aber das stimmt nicht. Selbst bei statistischen Zwillingen – das heißt, wenn man Männer und Frauen bei gleichem Bildungs- und Qualifikationsniveau in den gleichen Branchen und Berufen und in denselben Beschäftigungsformen miteinander vergleicht – beläuft sich die Entgelt Differenz bzw. die sogenannte bereinigte Lohnlücke auf bis zu 8 %. Und diese 8 % sind auch immer noch zu viel.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Die Bundesregierung geht jetzt zwar mit ihrem Gesetzentwurf daran – der ja, wie gesagt, noch nicht durch ist –, möchte Berichtspflicht, Auskunftsanspruch, mehr Transparenz, was die Entlohnungsspanne angeht, will Prüfverfahren in Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden einführen. Das geht in die richtige Richtung, aber es reicht noch nicht. Denn dieses Gesetzesvorhaben greift zu kurz, weil wir zwischen der bereinigten und der unbereinigten Lohnlücke differenzieren müssen. Die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern ist „nur“ – in Anführungszeichen – zu ca. einem Drittel durch konkrete Lohndiskriminierung bedingt. Aber dieses Drittel ist auch zu viel. Es ist Aufgabe der Politik, Aufgabe von uns, etwas dagegen zu tun.

Die anderen zwei Drittel des „Kuchens“, der Lohnlücke, haben ihre Gründe aber ganz woanders, und diese Gründe müssen wir genauer anschauen. Ein Grund für die Lohnlücke liegt nämlich in den großen Entlohnungsunterschieden zwischen den Branchen und darin, dass Frauen häufiger in den schlecht bezahlten Branchen arbeiten – und zwar nicht, weil sie nicht in besser bezahlten Branchen arbeiten könnten, sondern weil sie ein Herz dafür haben, beispielsweise in sozialen Berufen zu arbeiten. Berufe im sozialen Bereich sind noch immer eher Frauenberufe, in die die Männer langsam hineinkommen. Aber häufig wird noch immer gesagt: „Einen solchen Beruf solltest du als Mann nicht wählen; damit könntest du eine Familie nicht ernähren.“ Das ist oft noch das Denken.

Dadurch, dass in schlechter bezahlten Berufen – etwa Erzieherinnen, Betreuungs- und Pflegekräfte – mehrheitlich Frauen arbeiten, droht diesen Frauen zum einen eine schlechte Bezahlung, zum anderen gibt es dort häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Somit laufen die Frauen häufig Gefahr, in Altersarmut zu geraten.

(Dorothea Wehinger)

Ein weiterer Grund für die Lohnlücke sind nach wie vor die schlechten Vereinbarkeitsbedingungen. Sie führen vor allem bei Frauen zu Teilzeitarbeit, zu Minijobs, zu familienbedingten Erwerbsunterbrechungen, und sie erschweren vor allem die Übernahme von Führungsaufgaben. Durch die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen verzeichnen Frauen Erwerbsunterbrechungen, die wiederum zu geringeren Karrierechancen, geringerem Verdienst und eben einem erhöhten Armutsrisiko im Alter führen.

Wir brauchen deshalb über ein Entgelttransparenzgesetz hinaus erstens eine Aufwertung der sozialen Berufe.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Wie Sie im Koalitionsvertrag nachlesen können, setzen wir uns ganz entschieden für eine bessere Bezahlung bei den sozialen Berufen ein, und dies nicht nur, weil es überwiegend Frauen sind, die diese Berufe ausüben, sondern weil dieser Bereich – die sozialen Berufe – für unsere Gesellschaft lebensnotwendig ist. Sie alle, die Sie hier sitzen, werden vielleicht eines Tages froh sein, wenn es genügend Pflegerinnen und Pfleger gibt, die Sie im Alter versorgen.

Zweitens brauchen wir eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das gilt meines Erachtens nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Männer fühlen sich heute zunehmend verpflichtet – Gott sei Dank –, nicht nur Kinder zu zeugen, sondern sich für deren Erziehung auch zuständig zu fühlen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

Die Umfragen zeigen, dass ein Großteil der jungen Frauen, aber auch der Männer, beides wollen: eine Familie gründen, gleichzeitig aber auch berufstätig sein. Darauf müssen wir uns in der öffentlichen Daseinsvorsorge einstellen. Wir haben dies im Koalitionsvertrag formuliert – ebenso wie wir schon in den letzten fünf Jahren durch den Pakt mit den Kommunen und den Ausbau der Kleinkindbetreuung in Baden-Württemberg den Müttern und den Vätern eine gerechte Wahlmöglichkeit gegeben haben. Beide Elternteile können sich entscheiden, wer zu Hause bleibt. Und wir werden auch weiterhin den Ausbau von Ganztagschulen vorantreiben, damit die Versorgung der Kinder auch nach der Kindergartenzeit weitergehen kann.

Im Koalitionsvertrag steht außerdem, dass die Angestellten des Landes und die Landesbeamten durch Familienzeiten wie Elternzeit und Pflegezeit keine Karrierenachteile erfahren. Außerdem sind wir für einen Dialog mit der Wirtschaft, dass die Wirtschaft Modelle erarbeitet und entwickelt, wie Lebensarbeitszeitkonten erprobt werden können.

Der dritte Punkt betrifft die Unternehmenskulturen. Die Unternehmen müssen etwas verändern, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird und viel mehr Frauen Führungsaufgaben neben der Familie wahrnehmen können.

Dazu müssen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber noch mehr auf die Bedürfnisse der Belegschaft eingehen. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass eine Frau Führungsaufgaben in Teilzeit übernehmen kann – denn auch in Teilzeit kann eine Frau eine super Arbeit machen –, dass sie nach der Kinderzeit in Vollzeit zurückkehren kann, dass es mehr flexible Arbeitszeitmodelle und Schulungen für Aufstiegskompetenzen gibt, dass eine Sensibilisierung auf der Führungsebene – da spreche ich insbesondere die Männer an – vorgenommen wird, dass die Unternehmen das Bewerbungsverfahren reflektieren und überarbeiten und dass die anonymisierte Bewerbung eingeführt wird – damit man nicht von vornherein sieht, ob die Bewerbung von einem Mann oder einer Frau ist.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– Sie lachen, Herr Meuthen,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, da lache ich!)

aber in Amerika wird das bereits mit großem Erfolg gemacht.

Das Gesetz der Bundesregierung, das eine Frauenquote von 30 % in Aufsichtsräten von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Gesellschaften vorsieht, ist nur ein Anfang. Wir wollen gleiche Aufstiegschancen und gleichen Lohn für eine gleiche bzw. gleichwertige Tätigkeit.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Teufel das Wort.

**Abg. Stefan Teufel** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Aktuellen Debatte führt die SPD eine Diskussion fort, die wir bereits im letzten Jahr hier im Landtag hatten. Schon damals wurden die Gründe für die Gehaltsunterschiede von Frauen und Männern eingehend und intensiv beleuchtet. Schon damals wurden die aktuellen Zahlen präsentiert und die Unterschiede in Bezug auf die bereinigte und die unbereinigte Lohnlücke erläutert. Schon damals wurde deutlich, dass alle Fraktionen darin übereinstimmen, dass an der Beseitigung dieser Ungleichheit gearbeitet werden muss.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber konkret!)

Das Thema Entgeltgleichheit wird aktuell in der bundespolitischen Gesetzgebung diskutiert. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte anlässlich des diesjährigen Equal Pay Day am 19. März Zahlen, denen zufolge sich die Lohnlücke leicht verkleinert hat. Frauen verdienen 2015 bundesweit 21 % weniger als Männer; 2014 lag dieser Wert bei 22 %. Diese leichte Verbesserung ist zu begrüßen, sie ist aber bei Weitem nicht genug.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können uns nicht darauf berufen, dass Frauen eben in Branchen mit geringeren Einkünften und häufiger in Teilzeit arbeiten. Aus diesem

(Stefan Teufel)

Grund wurden auch auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion einige Punkte in den Koalitionsvertrag aufgenommen:

*Gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit müssten selbstverständlich sein. ... Um eine gerechte Entlohnung zu erreichen, werden wir*

– die CDU-Landtagsfraktion –

*den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren ...*

Wir werden ihn aber auch mit den Tarifparteien intensivieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Der Dialog wird sehr kurz werden!)

*Wir wollen die Chancen der Frauen im öffentlichen Dienst bei Beförderungen und Übernahme von Leitungsfunktionen verbessern. ... Es gilt, insbesondere Auswertungen in Bezug auf Frau und Mann sowie Teilzeit- und Telearbeitende zu ermöglichen.*

Das Thema Telearbeit bietet im Land Baden-Württemberg eine hervorragende Zukunftschance.

Wir wollen Familie stärken und im Land gute Rahmenbedingungen für Familien setzen. Dabei ist für uns, die CDU-Landtagsfraktion, das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege“ ging auf eine Initiative der CDU-Landtagsfraktion zurück. In dieser Enquetekommission haben wir auch Handlungsempfehlungen erarbeitet, die darauf abzielen, dass es bei sozialen Berufen Stellenhebungen geben muss, aber dass wir bei sozialen Berufen im Land Baden-Württemberg auch zu einer besseren Bezahlung kommen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind nur einige Vereinbarungen aus unserem Koalitionsvertrag, an den wir uns halten und den wir in den nächsten fünf Jahren auch abarbeiten werden.

Für uns ist klar: Frauen und Männer müssen für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Für die CDU-Landtagsfraktion ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ ein zentrales Anliegen. Mehr dazu in der zweiten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der AfD erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die SPD hat hier eine Aktuelle Debatte zu einem nicht ganz so aktuellen Thema vorgeschlagen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Was?)

„Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen“, wie der Titel der Aktuellen Debatte lautet, ist eine absolute Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Als ein mit solchen Themen häufiger befasster Mensch frage ich bei jedem Thema immer erst einmal: Wovon reden wir hier überhaupt?

(Zuruf von der SPD: Na ja!)

Fakt ist: Statistiken, die sich der Beantwortung dieser Frage nähern sollen, fassen die Bruttogehälter von Männern und Frauen über alle Branchen, Qualifikationen, Positionen und Familienstände zusammen. Das mag vordergründig statistisch korrekt sein, führt aber zu voreiligen Fehlschlüssen. Denn die Wahrheit ist vielschichtig. Der Vergleich zwischen Erwerbseinkommen von Männern und Frauen umfasst Journalisten und Altenpflegerinnen, Stahlarbeiter und Krippenerzieherinnen, Chemieingenieure und Lehrstuhlinhaberinnen. Er differenziert zudem nicht zwischen Voll- und Teilzeit.

Das ist schon der erste wichtige Punkt; denn die Geschlechter unterscheiden sich tatsächlich in puncto berufliches Interesse. Das ist ein Faktum. So ist etwa der Anteil weiblicher Ingenieure nach wie vor äußerst gering – trotz Girls' Day und erheblicher Anstrengungen der Bundes- und der Landesregierung, junge Frauen stärker für sogenannte MINT-Fächer zu begeistern. Die Quote der Absolventinnen in diesem Bereich liegt laut Arbeitgeberverbänden – BDA und BDI – bei kaum mehr als 20 %.

Forschungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln legen ihr Augenmerk auf einen anderen Punkt. Insbesondere längere familienbedingte Auszeiten wirken sich beim Pay Gap aus. Betrachtet man z. B. Arbeitnehmerinnen, die sich von ihren männlichen Kollegen lediglich in dem Punkt unterscheiden, dass sie eine Babypause von maximal 18 Monaten gemacht haben, schrumpft der Entgeltunterschied auf nur noch 2 % zusammen. Das mag man immer noch für zu viel halten.

Unter dem Strich bedeutet das: Von den rund 22 %, die als Pay Gap gemessen wurden, entfallen 15 % auf das unterschiedliche Berufswahlverhalten und weitere 5 % auf familienbedingte Auszeiten. Es bleiben 2 % übrig, und die sind vermutlich – das weiß man nicht genau – mit dem individuellen Verhalten in Lohnverhandlungen erklärbar. Es sollte nicht überraschen, dass sich mit einem technisch-naturwissenschaftlichen Beruf am Markt in aller Regel ein höheres Einkommen erzielen lässt als mit einem sozialwissenschaftlichen Abschluss. Man mag das bedauern, wie Sie das tun, aber so ist es, weil dort einfach mehr erwirtschaftet wird.

Also haben wir hier Studienzweige und Berufsbilder, in die junge Frauen in viel größerer Zahl hineinströmen, in denen einfach weniger bezahlt wird. Auch Spezialisierungen und

(Dr. Jörg Meuthen)

Praktika während des Studiums entscheiden übrigens sehr häufig über die Einstiegschancen im Beruf und auch über die Gehälter. Im Wirtschaftsstudium etwa, wo ich mich auskenne, besteht die Wahl zwischen der Spezialisierung mit guten Gehalts- und Karriereaussichten – das haben wir etwa bei Controlling und Finanzierung; in diesen Bereichen dominieren die Männer – und weniger gut bezahlten Bereichen wie etwa Marketing und Personal, und da sind Frauen überrepräsentiert.

Einkommensstatistiken, die also nur auf formale Kriterien wie Akademiker Rücksicht nehmen, greifen deutlich zu kurz. Die Einstiegsgehälter von Technikern in Industrieunternehmen liegen rund 50 bis 75 % über den Einstiegsgehältern von Absolventen in geisteswissenschaftlichen Fächern. Der Verhandlungsspielraum für eine bestimmte Position beim Karriereanstieg – auch hierüber gibt es Statistiken – beläuft sich auf deutlich weniger als 10 %.

Natürlich spielt, wie bereits angedeutet, auch die Arbeitszeit eine wichtige Rolle. Denn viele Frauen arbeiten nun einmal in Teilzeit. Frauen, die wegen ihrer Kinder eine Auszeit nehmen, verdienen ebenfalls weniger – auch dies kann man klar messen. Denn eine durchgängige Erwerbsbiografie wirkt sich nun einmal auf das Gehaltsniveau aus.

Daraus leitet sich häufig auch die Position in einem Unternehmen ab. Wer sich eine Auszeit nimmt, muss damit rechnen, langsamer aufzusteigen. Dies gilt im Übrigen auch für Männer. Wenn diese, wie es seit einigen Jahren auch durch den Gesetzgeber ermöglicht wird, wegen der Kinderbetreuung kürzertreten und etwa Vätermonate nehmen, stehen sie exakt vor derselben Herausforderung wie Mütter nach der Babypause. Es ist schlechterdings nicht möglich und nicht redlich, hier Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

Und doch lässt man bei den Betrachtungen zum Pay Gap entscheidende Faktoren wie Teilzeitbeschäftigung, Bildungsstandard, Dauer der Betriebszugehörigkeit, familienbedingte Auszeiten, aber auch unternehmensbedingte Positionen, Ausbildungsdauer, Alter, Berufserfahrung, Branche, regionaler Standort, Größe des Verantwortungsbereichs etc. unberücksichtigt.

Ein gewisser Unterschied erklärt sich wohl auch – zumindest zu einem kleinen Teil – daraus, dass Frauen bei Gehaltsverhandlungen zuweilen bescheidener auftreten als Männer und entsprechend weniger aushandeln. Dies ist ein Fehler.

Das bestätigt auch Wolfgang Runge, Chef der ManpowerGroup in Deutschland. In großen Firmen gebe es keine Ungleichheiten, sagt er. Unterschiede in den Gehaltsbandbreiten kommen allenfalls durch unterschiedliche Verhandlungsstrategien zustande oder durch reduzierte Stundenzahlen im Teilzeitmodell.

Er macht auf ein ganz anderes Problem aufmerksam, welches in den kommenden Jahren immer bedeutsamer werden wird. Unternehmen müssten sich fragen, so Runge, wie sie aufgestellt sein sollten und welche Kultur sie schaffen müssten, damit Frauen Karriere machen wollen.

So kommen wir zu dem Schluss: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist heute nahezu vollständig erreicht. Frauen und Männer verdienen im Schnitt für denselben Job genau gleich, wenn

die Voraussetzungen dieselben sind – nicht nur hier im Landtag.

Vielleicht sollten Sie also Ihren Blick für die Realität etwas schärfen.

(Lachen der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Sie führen hier einmal mehr eine Phantomdiskussion.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Die Baustellen liegen ganz woanders.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche empörte sich Minister Gabriel über den Gender Pay Gap, wonach wir Frauen immer noch 21 % weniger verdienen als die Männer. Heute nun führen wir die von der SPD beantragte Debatte zu dem Thema „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen“.

Ich hatte schon die Vorahnung – Sie haben diese bestätigt –, dass es darum geht, endlich das Gesetzesvorhaben des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend für mehr Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer auf den Weg zu bringen. Deswegen nehme ich als wirtschaftspolitische Sprecherin meiner Fraktion heute gern hierzu Stellung.

Es stellen sich zwei Fragen. Erstens: Ist die Statistik aussagefähig? Hierzu haben bereits viele von Ihnen gesprochen. Zweitens: Brauchen wir ein neues Gesetz?

Fangen wir einmal mit dem neuen Gesetz an: Wer von Ihnen in diesem Saal würde nicht gern der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ zustimmen? Denn sie ist bereits Realität. Dies ist keine neue Forderung, sondern sie ist uralt. Sie hat bereits in vielen Gesetzen ihren Niederschlag gefunden. Ich möchte zwei von ihnen anführen.

Eines der wesentlichsten Gesetze, das auch von der SPD sehr stark mit ins Leben gerufen wurde und das heute in allen Betrieben fest verankert ist und seinen Beitrag zur Gerechtigkeit leistet, ist das Betriebsverfassungsgesetz. Nach § 80 des Betriebsverfassungsgesetzes hat der Betriebsrat darüber zu wachen, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, insbesondere bei Einstellung, Beschäftigung, Aus-, Fort- und Weiterbildung und im beruflichen Aufstieg, gefördert wird.

Der Betriebsrat hat zudem darüber zu wachen, dass die geltenden Gesetze, also z. B. auch das AGG, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, eingehalten werden.

In § 75 des Betriebsverfassungsgesetzes steht noch einmal ganz ausdrücklich, dass Arbeitgeber und Betriebsrat u. a. darüber zu wachen haben, dass niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt wird.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Gerade in großen Betrieben – ich war lange bei Bosch tätig – sind die Betriebsräte – das weiß ich – gut ausgebildet und nehmen ihre Aufgaben sehr ernst. Gerade Betriebsräte, Gewerkschaften sind ja auch mit der SPD eng verbunden. Insofern haben Sie auch über diese Kanäle eine direkte Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen, dass Rechte, die es schon gibt, endlich auch vernünftig wahrgenommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wenn Sie daran zweifeln, dass das der Fall ist, dann sollten Sie einmal mit Ihren eigenen Erfüllungsgehilfen ins Gespräch gehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Na ja! Ein bisschen Vorsicht bei Ihren Formulierungen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich gestehe Ihnen zu, das Wort „Erfüllungsgehilfe“ ist nicht schön; also: Ihren eigenen Vertretern. Aber es sind komischerweise Vertreter von uns allen, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wenn ich hierzu eines sagen darf: Wir haben heute in den Betriebsräten auch noch viel zu wenige Frauen. Die Betriebsräte sollten mehr weibliche Präsenz haben, damit die Frauen dieses Bewusstsein auch in diese Gremien hineintragen. Denn dort ist dieses heute noch nicht so stark vertreten, wie man es sich wünschen würde.

Aber meine Frage lautet ja: Brauchen wir ein neues Gesetz? Wir haben die entsprechenden Gesetze. Es wird nicht dadurch besser, dass man noch eines hinzufügt. Vielmehr betrachte ich dies eher als ein Misstrauensvotum gegenüber denjenigen, die heute aufgrund der Gesetzeslage bereits das Recht hätten, diese Punkte konsequent durchzusetzen. Ein weiteres Gesetz ist nicht mehr als ein Schritt zu mehr Bürokratie für Unternehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Sollte der Gesetzentwurf durch den Bundestag kommen und im Bundesrat beraten werden, dann wäre mein Wunsch an die Landesregierung, ihn abzulehnen. Sollten Sie sich dazu nicht entschließen können, muss die Bürokratiebremse der Bundesregierung greifen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, zum 1. Juli 2015 eine Bürokratiebremse für die Wirtschaft einzuführen, um sicherzustellen, dass die Belastungen für die Wirtschaft nicht zusätzlich steigen.

Die sogenannte „One in, one out“-Regel regelt grundsätzlich, dass, wenn ein neues Gesetz erlassen wird, ein anderes aus dem gleichen Ministerium – einfach gesprochen – beseitigt werden muss. Es gilt also der Grundsatz „Eins rein, eins raus“. Das ist das Mindeste, was wir fordern sollten, damit die Bürokratie nicht zunimmt, sondern sich die Unternehmen auf das konzentrieren können, was sie seit Langem mit Hingabe tun, nämlich sich der Frage zuzuwenden: Wie schaffen wir es, die Potenziale der Bürgerinnen und Bürger, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Land zu fördern und für uns zu nutzen?

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Viele von Ihnen haben ja schon darüber gesprochen, ob die beschriebene Lohnlücke tatsächlich so groß ist, wie sie dargestellt wird; die Einflussgrößen wurden von Ihnen auch genannt. Bereinigt sieht man Zahlen von 7 oder 2,3 %. Es ist letztlich auch nicht entscheidend, wie groß die Zahl konkret ist; das wird sich auch nie komplett greifen lassen.

Man kann aber sagen: Der Staat hat das Elterngeld eingeführt, wir haben Rechte auf Kita-Plätze und Tagesmütter, wir haben die Möglichkeit der Elternzeit für Väter und Mütter. Wir haben durch all diese Aktivitäten die Ausgangslage der Frauen in unserer Gesellschaft deutlich verbessert, ihren beruflichen Weg konsequenter zu gehen, und Männer und Frauen können Familie und Beruf besser vereinbaren.

Verändert hat sich bereits das Bildungsverhalten der Frauen. Heute sind 53 % der Abiturienten Frauen; damit haben sie auch höherwertige Ausbildungsabschlüsse vor sich. Das Elternverhalten hat sich verändert: Mehr Männer nehmen heute eine Familienpause. Der Beschäftigungsgrad der Frauen ist seit 1995 um zehn Prozentpunkte gestiegen. Unternehmen umwerben nun seit sage und schreibe 20 Jahren Frauen für MINT-Berufe – leider mit relativ geringem Erfolg. Das ist natürlich eine der großen Ursachen für die heute immer noch bestehenden Unterschiede bei der Bezahlung. Denn natürlich wird in der Metallindustrie deutlich besser bezahlt als in sozialen Berufen.

Ich schaue einmal noch ganz kurz auf meine Zeit bei Bosch, weil wir ja manchmal übersehen, dass sich schon viel getan hat, und meinen, wir müssten immer noch eine Schippe drauflegen. 1986 hat der Betriebsrat zu mir gesagt – ich war damals im Personalbereich –: „Frau Reich, heute werden Sie in der Betriebsversammlung erwähnt.“ „Oh“, habe ich gedacht, „da bin ich aber gespannt, was da kommt.“ Es kam kein Name. Es kam nur der Hinweis, dass ich am Standort Leinfelden die einzige Frau war, die damals – 1986 – in der Tarifgruppe K 7 eingruppiert war.

Zehn Jahre später hatten wir bei Bosch eine Initiative „Mehr Frauen in Führungspositionen“, an der ich auch beteiligt war. Wir waren 20 Frauen, die alle bereits Abteilungsleiterstatus hatten – natürlich von Bosch insgesamt, nicht von diesem einen Standort. Aber immerhin, es zeigte sich schon eine deutliche Entwicklung.

Seitdem ist man in diesem Unternehmen und in vielen anderen Unternehmen sehr aktiv, dafür zu sorgen, dass die Frauen ihre Chancen nutzen, dass sie Berufe wählen, die für die Industrie interessant sind, dass sie ihre Chancen verbessern. Ich glaube, wir tun den Unternehmen und auch den Frauen in den Unternehmen keinen Gefallen, wenn wir glauben, durch noch mehr bürokratischen Aufwand eine Entwicklung beschleunigen zu können, die einfach Zeit braucht. Das wollte ich mit meiner Zeitgeschichte ein bisschen verdeutlichen. Habt Geduld! Die Auswirkungen all der genannten Maßnahmen und Veränderungen erfolgen nicht über Nacht. Das muss wachsen und braucht Zeit. Ein weiteres Gesetz ändert daran nichts.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU und der AfD sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Mielich.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Gute an dieser Debatte ist, dass wir uns in weiten Teilen hier wirklich einig sind, wenn es darum geht, zu sagen: Wir brauchen eine Bezahlung, die für Frauen und Männer nicht nur gleich ist, sondern die tatsächlich auch die Entgeltgleichheit abbildet. Der Titel der heutigen Debatte heißt ja „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen“.

Verehrte, liebe Frau Kollegin Wölfle, Sie haben aus dem Koalitionsvertrag zitiert, und Sie haben eine ganz wesentliche Passage vergessen. Im Koalitionsvertrag steht nämlich – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

*Wir stehen für eine diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg und werden insbesondere im Hinblick auf die Entgeltgleichheit geeignete Maßnahmen ergreifen.*

Das ist eine ganz entscheidende Botschaft, die wir da senden und die genau diese Begrifflichkeiten auch aufgreift. Genau darum wird es heute auch gehen. Es geht darum, dass wir Maßnahmen ergreifen müssen, die für Baden-Württemberg wichtig sind, denn wir können natürlich nicht sagen: „Wir schauen jetzt nur nach Berlin und sorgen dafür, dass die SPD sich da in der Großen Koalition durchsetzen kann.“ Das wäre in meinen Augen dann doch ein etwas zu durchsichtiges Manöver.

Sie haben auch auf die Bundesratsinitiative von Ministerin Altpeter in der letzten Legislaturperiode hingewiesen. Soweit wir wissen, ist diese Bundesratsinitiative jetzt in den Ausschüssen geparkt. Es wird darum gehen, dass wir dieses Thema auf jeden Fall wieder auf die Tagesordnung bringen. Es hat für uns insgesamt – das ist auch durch die Redebeiträge vonseiten der CDU und der Grünen sehr deutlich geworden – oberste Priorität.

Wir dürfen aber nicht nur nach den Gründen fragen. Vielmehr müssen wir auch fragen: Welche Maßnahmen können wir ergreifen? Und da stelle ich fest: Wir brauchen nicht nur ein Entgeltgleichheitsgesetz, das wir im Grundsatz durchaus begrüßen und das auch sicher richtige Botschaften sendet, aber in der Ausgestaltung – das haben Sie auch ganz deutlich gesagt – ganz klar auf der Strecke stecken bleibt, viel zu wenige Impulse setzt und letztendlich ein bürokratisches Monster zu werden droht, sodass nicht das erreicht wird, was erreicht werden soll, nämlich Transparenz in der Diskussion über die Frage zu schaffen: Wer verdient eigentlich wie viel, und warum verdienen Frauen bei der gleichen Qualifikation und der gleichen Tätigkeitsausübung im Schnitt immer noch weniger als Männer? Letztendlich geht es darum, diese Kultur des Schweigens zu durchbrechen, dieses Schweigegeklübbe zu durchbrechen, das in der Arbeitswelt offensichtlich ein ganz hohes Gut darstellt.

Das kann letztendlich kein Gesetz beseitigen, sondern dazu brauchen wir andere Maßnahmen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass vor allem mehr Transparenz hergestellt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir können es seitens des Landes vor allem im öffentlichen Dienst tun. Deswegen haben wir uns da auch ganz klar positioniert. Aber wir müssen auch einmal sehen: Wie sind denn die Rahmenbedingungen insgesamt, und wie sind die Rahmenbedingungen in den Betrieben? Da müssen wir feststellen, dass über alles gesprochen wird, jedoch nicht darüber, wer wie viel verdient. Das heißt, wir müssen Anreize setzen und auch darüber diskutieren, wie wir erreichen können, dass genau darüber auch diskutiert wird bzw. dass es auch eine Art Label ist, welches sich Betriebe geben, wenn es darum geht, mehr Transparenz herzustellen.

Eine Möglichkeit wäre z. B. – was wir beispielsweise beim Thema „Familienfreundliche Betriebe“ längst auf den Weg gebracht haben –, dass Betriebe damit werben, familienfreundliche Betriebe zu sein, dass sie sich dieses Label geben. Es wäre z. B. eine gute Möglichkeit, zu sagen: „Wir geben uns als Betrieb das Label, für gleichwertige Arbeit gleiche Löhne zu zahlen.“ Das könnte man durchaus machen.

Dazu gibt es verschiedene Instrumente – die kommen aus der Schweiz –, die durchaus angewandt werden könnten, die man einsetzen könnte und die dann z. B. bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes angesiedelt wären. Dann könnten sich Betriebe prüfen und zertifizieren lassen. Das hielte ich für eine sehr gute und sinnvolle Maßnahme, die auch ohne eine gesetzliche Regelung greifen könnte. Das wäre eine wichtige Maßnahme.

Daneben ist es zentral wichtig, zu sagen: „Wir müssen handeln, und wir müssen schauen, dass die Rahmenbedingungen und die Arbeitsbedingungen für Frauen, aber eben auch für Männer verbessert werden.“ Bei diesem Thema – auch hier in dieser Debatte – wird immer wieder gesagt: „Wir wollen die Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit von Frauen insgesamt verbessern.“ Aber es geht ja nicht nur darum, für die Frauen Teilzeitarbeitsmöglichkeiten zu verbessern, sondern dies auch für die Männer zu tun.

Ich meine, diese Kultur, dass immer nur Frauen diejenigen sind, die genannt werden, wenn es darum geht, den Beruf mit der Familie sowie der Betreuung von Kindern und der Pflege von Angehörigen in Verbindung zu bringen – – Das ist doch genau der Punkt. Warum sprechen wir nicht auch einmal darüber, dass genau das Gleiche auch für Männer gilt? Erst dann, wenn das der Fall ist, wenn wir sozusagen dahin gekommen sind, dass die sogenannte Care-Arbeit, die Sorge-Arbeit, von Frauen und Männern gleichermaßen übernommen wird und verantwortlich umgesetzt wird, werden wir auch zu einer Aufwertung der sozialen Berufe kommen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt, der bei diesem Thema noch dazugehört.

Das heißt, wir haben unter dem Strich ein wirklich vielschichtiges Thema zu bearbeiten. Ich muss schon sagen: Es ist bemerkenswert, dass sich ausgerechnet in Deutschland diese Unterschiedlichkeit sehr, sehr hartnäckig hält. In vielen anderen europäischen Ländern hingegen ist die Entgeltgleichheit längst eine völlige Selbstverständlichkeit. Wir brauchen die Entgeltgleichheit ganz unbedingt. Wir müssen Maßnahmen ergreifen. Die können wir im Land ergreifen, indem wir z. B. seitens des Landes entsprechende Verträge machen oder anregen, dass in den Betrieben entsprechende Labels entwickelt werden. Das könnte eine gute Möglichkeit sein.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Ich möchte, ehrlich gesagt, nicht darauf warten, dass dieses Gesetz in der Großen Koalition in Berlin hin- und hergeschoben wird und man letztendlich sagen kann: „Der Elefant kreißt und gebiert eine Maus.“ Das ist mir ein bisschen zu wenig. Ich möchte schon ganz gern, dass wir da eigene Maßnahmen ergreifen

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– genau –, und die können wir ergreifen, indem wir z. B. sozusagen freiwillige Vereinbarungen machen. Gesetzliche Vorgaben können wir natürlich nicht machen. Da ist eindeutig die Bundesebene gefragt. Aber wir können es auf der Ebene der Freiwilligkeit machen.

Das Thema, das mir in diesem Zusammenhang wichtig ist und das ich noch einmal herausstreichen möchte, ist Steuergerechtigkeit. Wir haben, gerade wenn es um die Verteilung der Arbeit und um die Erwerbsarbeit geht, eine große Steuerungerechtigkeit. Wir haben das Ehegattensplitting, welches im Grunde unterstützt, dass es große Einkommensunterschiede zwischen Ehepartnern gibt.

Das ist ein Punkt, den wir schon lange auf der politischen Agenda haben. Auch da gibt es große Widerstände, das abzuschaffen. Aber auch das brauchen wir. Denn das andere Thema, das uns im Land und auf Bundesebene drückt, ist, dass wir eine steigende Form von Altersarmut haben, und diese Altersarmut ist weiblich. Das hat sehr stark mit den gesetzlichen Rentenansprüchen zu tun, die Frauen in der Zeit ihrer Berufstätigkeit erwerben. Das heißt, auch das ist eine gesellschaftliche Debatte, die wir führen müssen und die notwendig ist, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben zudem in der letzten Legislaturperiode mit dem Chancengleichheitsgesetz einen großen Schritt Richtung Chancengleichheit gemacht. Die Maßnahmen, die wir dort ergriffen haben – auch die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten –, sind ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Auch da war uns klar, dass es wirklich nur ein Einstieg sein kann; aber es ist ein sehr wichtiges Signal. Das, was wir, die Landesregierung, machen können, ist, den Bereich Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst zu stärken, indem wir z. B. Initiativen und Maßnahmen ergreifen, die dort für Transparenz sorgen, um etwa innerhalb der Behörden klarzumachen: Wer verdient für welche Arbeit was?

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat beenden, wenn ich darf.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Gregor Gysi hat vor einiger Zeit in einer Serie der „Süddeutschen Zeitung“ zum Thema Gleichberechtigung etwas erzählt. Man muss nicht seine politische Einstellung teilen, um diese Botschaft zu verstehen; aber ich finde sie einigermaßen griffig. Es ging um Toilettenwagen bei Volksfesten – eine Situation, die wir alle kennen, weil wir alle rege Besucherinnen und Besucher von Volksfesten sind.

(Heiterkeit)

Herr Gysi führt hier Folgendes aus:

*Es gibt in der Regel bei Volksfesten immer einen Toilettenwagen für Frauen und einen Toilettenwagen für Männer. Da Frauen mehr Toiletten benötigen, ist das Ergebnis, dass es bei den Männern keine Schlange gibt und bei den Frauen 50 anstehen müssen.*

(Zuruf von der AfD: Die brauchen nur länger!)

*Wenn die Männer mehr bräuchten – glauben Sie mir, seit tausend Jahren stünden drei Männer- und ein Frauenwagen auf jedem Volksfest.*

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich Frau Abg. Wölflé das Wort. Bitte fassen Sie sich sehr kurz. Sie haben sehr wenig Zeit.

**Abg. Sabine Wölflé SPD:** Vielleicht nur noch einmal zur Klarstellung: Wir haben heute keine Debatte zum Gender Pay Gap gemacht; das habe ich zu Beginn meiner Ausführungen auch gesagt. Es geht vielmehr um das Beispiel: Anna und Peter, gleiche Ausbildung, gleiche Qualifikation, ungleicher Lohn. In der Debatte wurde dieses Thema leider etwas verfehlt.

Frau Staatssekretärin Mielich, ich weiß, wir sind da einer Meinung. Aber wir haben die heutige Aktuelle Debatte deswegen beantragt, weil Sie auf Ihren Koalitionspartner Einfluss nehmen können, dass der Gesetzentwurf aus dem Bundeskanzleramt endlich rechtzeitig in das parlamentarische Verfahren geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gramling das Wort.

**Abg. Fabian Gramling CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir, ehrlich gesagt, nicht träumen lassen, dass ich als neu gewählter Abgeordneter so schnell vor Ihnen im Hohen Haus sprechen darf: in der 8. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Dafür möchte ich mich von ganzem Herzen bei Ihnen bedanken, insbesondere bei der SPD, die diese Debatte erst ermöglicht hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So sind wir! – Zuruf von der SPD: So kollegial sind wir! – Heiterkeit)

– Mal schauen, ob Sie das am Ende auch noch sagen.

„Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer endlich auch in Baden-Württemberg durchsetzen“ ist das von der SPD beantragte Thema. Auf der einen Seite habe ich mich gefreut, auf der anderen Seite war ich über die Formulierung „endlich auch in Baden-Württemberg“ etwas verwundert. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer saß denn in den letzten fünf Jahren auf der Regierungsbank? Ich muss

(Fabian Gramling)

Sie schon fragen: Was haben Sie in den letzten fünf Jahren gemacht?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Aber wir brauchen uns auch nicht in die Tasche zu lügen. Wir wissen ganz genau, warum diese Debatte von der SPD beantragt wurde. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat sich vor wenigen Tagen empört, dass in Deutschland im Jahr 2015 Frauen immer noch 21 % weniger verdienten als Männer.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zu Recht empört!)

Das ist auf den ersten Blick gesellschaftspolitisch ein Skandal.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Richtig!)

Aber richtigerweise hat bereits in der letzten Legislaturperiode die heutige Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch diese Zahl als „Kampfzahl“ bezeichnet.

(Zuruf: Ja!)

Denn diese Zahl soll suggerieren, dass man Äpfel mit Birnen vergleichen kann. Wie heute bereits mehrfach erwähnt, begründet sich die unbereinigte Lohnlücke im Wesentlichen aus den nicht berücksichtigten Faktoren der Teilzeitarbeit, der Arbeit in geringfügiger Beschäftigung und der Arbeit in Branchen mit niedrigen Einkünften.

Auch bei der vom Statistischen Bundesamt angeführten Zahl von 7 %, welche auch Frau Wehinger bereits genannt hat, ist u. a. die Erwerbsunterbrechung, das heißt die Pause in der beruflichen Laufbahn, nicht berücksichtigt.

Mit solchen Zahlen zu argumentieren, welche das tatsächliche Bild verzerren, das ist weder zielführend noch anständig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Aber in der Tat besteht aktuell eine Lohnlücke, welche – um all diese Faktoren bereinigt – laut dem Weltwirtschaftsinstitut im Jahr 2015 2,3 % betragen haben soll. Über diese 2,3 % gilt es hier zu diskutieren. Denn eines ist ganz klar: Für gleiche Arbeit muss der gleiche Lohn bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Also, dann braucht man sich ja nicht so zu ereifern!)

Festzuhalten ist, dass die Lohnlücke rückläufig ist. Im Koalitionsvertrag haben wir Maßnahmen festgehalten,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und insbesondere Pflege weiter zu verbessern; der Kollege Teufel hat es bereits ausgeführt.

Interessant bei dieser Diskussion ist aber auch, einmal einen Blick zu wagen, wie überhaupt junge Frauen diese Thematik sehen. In meinem Studium war ich in einem Kurs mit einem Frauenanteil von über 80 %.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sehr gut!)

Wie Sie sich vorstellen können, war das eine sehr lehrreiche Zeit für mich.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das glaube ich gleich! – Heiterkeit)

Ich kann Ihnen sagen: Die jungen Frauen sind heutzutage selbstbewusst, sie wissen um ihr Können, sie wissen um ihre Fähigkeiten,

(Zuruf von der SPD)

sie wissen um ihre Qualifikation.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Heutzutage kennen Frauen ihren Stellenwert beim Kampf der Unternehmen um die besten Köpfe, und dieser Kampf ist nicht erst seit gestern eröffnet.

Lassen Sie uns deswegen bitte mit zeitgemäßen Rahmenbedingungen zur Durchsetzung der Lohngleichheit beitragen. Das ist unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Abschließend möchte ich eine Bitte an die SPD richten: Gehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Ihre Bundesfamilienministerin zu und bitten sie darum, ihren Gesetzentwurf auf der Basis des Koalitionsvertrags im Bund zu formulieren. Das dient zwar weniger dem bevorstehenden Wahlkampf, aber es dient am Ende des Tages den Menschen, auch hier in Baden-Württemberg.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Baron.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Abg. Anton Baron AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz nach der letzten Bundestagswahl 2013 beherrschte eine besorgniserregende Meldung die Schlagzeilen der Presse, wonach Frauen im Schnitt 22 % weniger verdienten als Männer. Wie kann das nur sein? Große Empörung wurde laut. Alice Schwarzer wollte wieder in den Kampf ziehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Auch die Bundesregierung stieß sofort in dasselbe Horn: 22 % Unterschied, das ist ein Gefälle, welches die Große Koalition auf der Stelle einebnen möchte. Laut Statistik macht das also rund ein Fünftel weniger Verdienst für Frauen aus – ein Umstand, der in einer gleichberechtigten Gesellschaft so nicht mehr hinnehmbar sei.

Doch damit nicht genug. Das Unheil wurde immer größer. Laut einer Meldung des FOCUS vom 28. September 2014 ist die Gerechtigkeitslücke sogar auf sage und schreibe 23 % angewachsen.

(Anton Baron)

Zum Glück naht Rettung in Form von Frau Schwesig, unserer Bundesministerin, der Jeanne d'Arc der Gleichberechtigung. Laut SPIEGEL plant sie ein Gesetz für transparente Gehälter. So weit, so gut, und alles wieder im Lot? Leider nicht ganz. Im gleichen Artikel heißt es, dass diese ominöse Gerechtigkeitslücke – wie bereits erwähnt – allenfalls 7 % beträgt, wenn man Männer und Frauen mit ähnlicher Qualifikation und ähnlichen Jobs vergleicht.

Doch es kommt noch schlimmer. Selbst zu diesen 7 % sagt – wie bereits erwähnt – das Statistische Bundesamt ausdrücklich – ich zitiere –:

*Ein Maß für Diskriminierung von Frauen stellt der bereinigte Gender Pay Gap ... nicht dar.*

Herr Gramling hat den Rest bereits erwähnt.

Wenn Frauen Berufe wählen, die niedriger entlohnt werden, ist das in einem freien Land ihre freie Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ebenso ist es auch ihre alleinige Entscheidung, zeitweilig aus dem Beruf auszusteigen. Wenn Frauen gern Friseurin oder Arzthelferin werden wollen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer schneidet sonst Ihre Haare? Machen Sie es sonst selbst, oder wie? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was für ein Unsinn!)

sind sie sich über ihre damit verbundenen Verdienstaussichten im Klaren. Sie aber, liebe Kollegen von der SPD, stellen diese Frauen regelmäßig so dar, als wären sie es, die sich anschließend über Entgeltungleichheit beschweren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, wer denn sonst?)

Das ist unzutreffend und in etwa so,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

als wenn man direkt

(Abg. Reinhold Gall SPD: Haben Sie mal mit den Frauen gesprochen?)

neben dem Flughafen ein Haus baut und sich anschließend über den Fluglärm beschwert.

(Abg. Udo Stein AfD: Bravo!)

Es ist doch einleuchtend: Wer weniger arbeitet, mehr in Teilzeit arbeitet, wer weniger Überstunden macht, weniger Berufserfahrung hat und häufiger fehlt, der verdient auch weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Diese schlichten und einleuchtenden ökonomischen Tatsachen belegen, dass das Thema „Gender Pay Gap“ medial aufgebaut ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten – –

**Abg. Anton Baron** AfD: Nein, lasse ich nicht zu. – Nun wäre zwar zu wünschen, dass die Faktenlage – ein Gender Pay Gap existiert in der realen Welt so wenig wie das Seeungeheuer von Loch Ness – mittlerweile selbst bis zu Frau Schwesig durchdringt und dort Beachtung findet. Doch leider ist diese Frau völlig faktenresistent.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das kann man wohl sagen!)

So zeigte sie sich im Interview mit der Tageszeitung DIE WELT am 12. Mai 2016 gewohnt selbstsicher. Ich zitiere:

*Wir müssen mit diesem Gesetz vorankommen. Das ist wichtig für die Frauen. Denn gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit.*

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Und weiter:

*Die Lohnlücke von 21 % können wir nicht akzeptieren. Es ist gut, dass wir jetzt bei diesem Gesetz einen Schritt weiter sind.*

Die nur in der Fantasie der Frau Bundesministerin existierende, von seriösen Wirtschaftswissenschaftlern längst widerlegte Gerechtigkeitslücke wird sie nur schließen können, wenn sie noch weiter gehende schwerwiegende planwirtschaftliche Eingriffe in das Privatleben der Bevölkerung vornimmt.

(Beifall bei der AfD)

Sie greift auch direkt in unsere Grundrechte ein. Freie Berufswahl und Vertragsfreiheit werden geopfert,

(Abg. Udo Stein AfD: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Mein Gott! Was für ein Unsinn!)

und die Verstaatlichung unseres Wirtschaftslebens wird vorangetrieben.

(Beifall bei der AfD)

Noch einmal: Die faire Entlohnung von Frauen ist kein betriebswirtschaftliches Thema, da die Unternehmen bereits heute Frauen und Männer für gleiche Tätigkeiten im Schnitt auch gleich entlohnen. Es gibt keine systematische Benachteiligung.

(Abg. Sabine Wölfl SPD: Das ist schlicht unwahr, was Sie sagen!)

Es gibt keine systematische Benachteiligung von Frauen beim Thema Gehalt – erst recht nicht in Höhe von durchschnittlich über 20 %, wie ständig behauptet wird.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt ist aber irgendwann einmal gut! Was sagt denn die Geschäftsordnung? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Abg. Anton Baron** AfD: Ja. – Eine Umsetzung derartigen Unsinns wie des vorgesehenen Gesetzes zur Entgeltgleichheit auch in Baden-Württemberg wird seitens der AfD entschieden abgelehnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bevor Frau Abg. Reich-Gutjahr gleich das Wort bekommt, habe ich eine Bitte. Einige Kolleginnen und Kollegen sind neue Abgeordnete, die zum ersten Mal reden dürfen. Ich bitte darum, Ruhe zu bewahren und nicht so viele Zwischenrufe zu machen. Deswegen habe ich etwas längere Redezeit gegeben, um den Kollegen nicht zu unterbrechen. Man muss fairerweise sagen: Auch in der Vergangenheit war es so. Wenn Kollegen zum ersten Mal gesprochen haben, dann hat man sich mit den Zwischenrufen etwas zurückgehalten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Es kommt immer darauf an, was sie sagen!)

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Frau Abg. Gabriele Reich-Gutjahr.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zeigt eine vielfältige Wahrnehmung der Situation. Ich denke, das ist auch ganz normal, je nachdem, aus welcher Perspektive wir die Welt sehen. Es trägt auch dazu bei, dass wir gute Lösungen finden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich bin Ihnen, Frau Staatssekretärin Mielich, sehr dankbar, dass Sie gesagt haben – so habe ich Sie zumindest verstanden –, dass wir unsere Kraft eher darauf lenken sollten, bestehende Möglichkeiten zu nutzen, als uns jetzt noch einmal an einem Gesetz aufzureiben, das sowohl bei denen, die nachher Ausführende dieses Gesetzes sein müssen, als auch bei denen, die es erlassen, Kraft bindet, die man an anderer Stelle besser gebrauchen kann.

Ihr Vorschlag, doch einmal den öffentlichen Dienst als ersten Ansatzpunkt zu nehmen, um das herzustellen, worum es im Grunde genommen bei diesem Gesetz geht, nämlich mehr Transparenz zu erzeugen, ist mit Sicherheit ein sehr guter Ansatz. Denn wir können dort sehen – nachher dann auch als Benchmark für die Wirtschaft –, wie Transparenz dazu beitragen kann, das ganze Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nach vorn zu bringen. Dazu brauchen wir allerdings kein neues Gesetz. Das können wir auch so machen, und dafür plädiere ich einmal mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der Thematik bei „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bleibt natürlich immer auch die Frage: Ist es tatsächlich so, dass alle die gleiche Arbeit verrichten? Das wäre eine müßige und schwierige Diskussion an dieser Stelle. Mein Petition war und bleibt, den Frauen auch künftig Mut zu machen, ihre Chancen zu nutzen, sich einzubringen und ihre Rechte einzufordern.

Wir, die Politik im weitesten Sinn – sage ich jetzt einmal –, haben hier auch genügend Möglichkeiten, diese Initiativen zu unterstützen, die dazu beitragen, dass Frauen hinsichtlich ihrer Rechte auch von der Einstellung her sagen: „Ich habe das Recht, und ich fordere das ein.“ Dazu dienen Equal Pay Days. Dazu dienen verschiedene Veranstaltungen, die Sie vom Wirtschaftsministerium machen. Dazu dienen alle Äußerungen, die jeder von uns in seiner politischen Funktion in der Öffentlichkeit macht. Nutzen Sie diese. Ermutigen Sie Frauen, ihre Chancen zu nutzen, und Unternehmer, die Potenziale der Frauen zu sehen. Damit ist allen mehr gedient als mit einem weiteren Gesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Aktuelle Debatte – Neue Staatssekretäre, neue Stellen in den Ministerien – Grün-Schwarz predigt Wasser und trinkt Wein – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Landesregierung im Überblick: Anzahl und Rechtsnatur der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre – Drucksache 16/26**

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten! Meine Damen und Herren, Herr Abg. Schwarz, Herr Abg. Dr. Reinhart, ich darf um Ruhe bitten. Wir sind bei TOP 2 b.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache zu den Punkten 2 a und b steht insgesamt eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Auch hier darf ich die Landesregierung bitten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Außerdem gilt auch hier § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach die Aussprache in der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident ist im Moment nicht anwesend. Ich nehme an, er ist im Staatsministerium, um ein paar Ernennungsurkunden zu überreichen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Er hat in der vergangenen Woche beim Jubiläum des Landkreistags darauf hingewiesen, wie schwierig die Haushaltssituation im Land Baden-Württemberg sei. Er hat beim Landkreistag eine Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede gehalten,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eine sehr gute Rede!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und selbst die hartgesottenen Landräte – ich habe es gesehen – hatten Mühe, die Tränen zurückzuhalten.

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Er sagte, wie schwierig es doch sei, den Haushalt zu konsolidieren, wie schwierig es sei, diese Deckungslücke zu bekämpfen. In diesem unserem Lande müssten erhebliche Opfer gebracht werden.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Die grün-rote Erb-  
last!)

Grün-Schwarz hat ja schon Opfer angekündigt, etwa bei den Beamten. Insbesondere die kleinen Beamten haben zu bluten. Die kleinen Beamten haben ihren Beitrag zu leisten, um den Landeshaushalt zu konsolidieren. Nun kann man darüber streiten, ob an dieser Stelle richtig gespart wird. Klar ist aber, meine Damen und Herren: Eine solche Politik ist doch nur dann glaubwürdig, wenn man nicht nur bei den Indianern ansetzt, sondern auch bei den Häuptlingen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
AfD)

Genau das passiert in dieser Landesregierung nicht. Nehmen wir die Regierung insgesamt. Kabinett Mappus, 2010 bis 2011: ein Ministerpräsident, elf Minister, eine Staatsrätin und sechs Staatssekretäre – in Summe 19 Personen. Nehmen wir das Kabinett Kretschmann I, 2011 bis 2016: ein Ministerpräsident, zwölf Minister, eine Staatsrätin, fünf Staatssekretäre – wieder 19 Personen. Jetzt regiert Grün-Schwarz, und das Kabinett Kretschmann II weist einen Ministerpräsidenten und nur noch zehn Minister und Ministerinnen aus. Das wurde gleich vorab gefeiert

(Abg. Andreas Stoch SPD: Große Einsparung!)

als großer Erfolg, als große Einsparleistung.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja!)

Aber das dicke Ende kam nach: weiterhin eine Staatsrätin, aber plötzlich sieben politische Staatssekretäre und drei beamtete Staatssekretäre. Das sind in Summe eben nicht 19, sondern 22 Personen. Das nenne ich Doppelmoral, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der  
AfD und der SPD)

Eine Ebene darunter geht es weiter, bei den Regierungspräsidenten in Stuttgart und Tübingen. Nicht nur nach meiner Auffassung – das zwar auch –, sondern nach allgemeiner Auffassung der Beobachter, insbesondere der kommunalen, die mit den Regierungspräsidenten zu tun hatten, waren das zwei hoch qualifizierte Spitzenbeamte. Was hat man getan? Man hat sie in die Wüste geschickt, um eigene Parteigänger zu versorgen. Das nenne ich Doppelmoral, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Damit nicht genug: In der vergangenen Woche haben wir dann erfahren, dass 228 neue Beamtenstellen auf Ebene der Minis-

terien geschaffen werden sollen. Das muss man sich einmal vorstellen, diese Dreistigkeit: einerseits den kleinen Beamten zu erzählen: „Bei euch müssen wir einsparen“, und auf der anderen Seite 228 neue Stellen auf Ebene der Ministerien zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Die Begründung, die man gehört hat: Umsetzung des Koalitionsvertrags. – Interessant.

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Was will man da  
umsetzen?)

– Ja, in erheblichem Maß Prüfaufträge und Evaluierungen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der  
AfD)

Das mag schon sein, dass man dafür eine Reihe von Beamtenstellen braucht.

Insbesondere gibt es jetzt auch 22 neue Stellen im Staatsministerium. In der letzten Legislaturperiode, Herr Ministerpräsident, haben Sie neue Stellen in den grün geführten Ministerien, insbesondere auch im Staatsministerium, damit begründet, dass ein Regierungswechsel eben neue Stellen erfordere. Da frage ich mich: Hat es im Staatsministerium jetzt einen Regierungswechsel gegeben?

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Vielleicht von Frau Krebs hin zu Herrn Murawski? Ist es notwendig, dann 22 Stellen zu schaffen?

Der Gipfel ist, dass Sie darüber hinaus jetzt offensichtlich auch noch drei neue Stellen in Brüssel brauchen – wahrscheinlich, weil Sie Ihrem Europaminister nicht trauen. Da müssen Sie ihn beobachten und müssen in Brüssel drei Stellen einrichten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/  
DVP und der AfD)

Und damit das Ganze wieder passt, bekommt der stellvertretende Ministerpräsident im Gegenzug drei Stellen in Berlin. Vorher hat er doch erzählt, er brauche seine 48 oder 49 Stellen wegen der Digitalisierung. Gibt es in Berlin vielleicht auch Digitalisierung, oder wozu braucht Herr Strobl drei Stellen in Berlin?

Die Wirtschaftsministerin, Frau Hoffmeister-Kraut, hat 50 Stellen beantragt – 50 Stellen für das Wirtschaftsministerium.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Bildungszeitgesetz!)

Für welche Kompetenzen, Frau Hoffmeister-Kraut? Brauchen Sie 50 Stellen, um das Bildungszeitgesetz zwei Jahre lang zu evaluieren, oder wieso haben Sie 50 Stellen beantragt?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/  
DVP und der AfD)

Nein, meine Damen und Herren, es ist schon dreist, was Sie hier auf Kosten der Steuerzahler veranstalten. Und eigentlich weiß das auch die jetzige Landesregierung, insbesondere der

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Landwirtschaftsminister. In seiner Funktion als CDU-Fraktionsvorsitzender sagte Peter Hauk in der Debatte zum entsprechenden Nachtragshaushalt am 21. Juli 2011 – ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren –:

*Das bedeutet eine strukturelle Mehrbelastung für den Landshaushalt von 100 Millionen € bis zum Inkrafttreten der Schuldenbremse im Jahr 2019. Dies als Demokratiekosten zu verkaufen, ist doch ein Hohn für den Wähler, wenn man weiß, dass die Mehrzahl der Stellen gerade nicht für neue politische Schwerpunkte benötigt werden, sondern irgendwo versickern, um alte Parteisoldaten und Genossen zu bedienen.*

– So Peter Hauk 2011.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was haben Sie denn gegen Genossen?)

Und er fährt fort:

*Wer schon zu Beginn die Gebote der Sparsamkeit und der Nachhaltigkeit verrät, der wird sich auch in Zukunft eher an das Geldverbrennen als an das Sparen halten.*

Recht hat er damals gehabt; recht hat er allerdings auch heute, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Der stellvertretende Ministerpräsident – der jetzt wahrscheinlich gerade im Innenministerium die Ernennungsurkunden verleiht –, Herr Strobl – Sie erinnern sich: der mit den 49 Stellen für die Digitalisierung –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

hat als CDU-Landesvorsitzender geäußert – ich zitiere –:

*Grün-Rot will für Klientelpolitik offenbar weiter mit beiden Händen das Geld zum Fenster hinauswerfen. Die Regierung hat im Regierungsapparat bereits 180 neue Stellen für treue Parteisoldaten und die eigene Klientel geschaffen – und jetzt wollen sich die grün-roten Ministerinnen und Minister sogar noch einen weiteren Schluck aus der Pulle genehmigen und nachlegen.*

Da hat er recht. Nur: Streiche Grün-Rot und setze Grün-Schwarz – dieselbe Politik, alter Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

An Dreistigkeit nicht zu überbieten ist ja, dass man erst 228 Stellen fordert und sich am Schluss dann auf die Hälfte einigt. Wahrscheinlich wurde das im Koalitionsausschuss ausbalanciert: „Wir fordern einmal das Doppelte dessen, was wir wollen, und anschließend einigen wir uns auf die Hälfte und verkaufen das der Öffentlichkeit vielleicht noch als Einsparmaßnahme.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD  
– Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn Ihre eigentliche Begründung – ich habe sie schon erwähnt – ist schon drollig. Sie haben geäußert, Sie brauchten 228 Stellen zur Umsetzung des Koalitionsvertrags. Dann einigen Sie sich auf die Hälfte. Herr Ministerpräsident, die Schlussfolgerung liegt nahe: Sie möchten auch nur die Hälfte des Koalitionsvertrags umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das scheint die Situation in diesem Land zu sein. Hören Sie auf mit dieser Politik, kehren Sie zur Sparsamkeit zurück, und wenn Sie das nicht können, dann dürfen Sie nicht andernorts solche Reden halten wie letzte Woche vor den Landräten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Walker.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sie machen eine Charmeoffensive!)

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: Schauen wir einmal. – Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Neueinstellungen zu Beginn einer neuen Regierung sind ein völlig normaler, richtiger und notwendiger Vorgang. Es wäre falsch, würde eine Landesregierung in neuer politischer Zusammensetzung sich nicht auch personell an wichtigen Stellen neu aufstellen.

Der kritische Blick auf diese Neueinstellungen und eine Debatte darüber sind sicher selbstverständlich; dies ist eine völlig normale und notwendige Aufgabe der Opposition. – So weit, so gut.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Politik, nicht der Opposition!)

Es stellt sich immer die Frage, wie das geschieht und ob Maß und Mitte bei dieser Debatte gewahrt bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Da muss ich Ihnen schon sagen: Mancher schrille Ton der Opposition lässt dieses Augenmaß wirklich vermissen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die abgedroschene Metapher von Wasser predigen und Wein trinken schießt doch völlig über das Ziel hinaus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Hier hat doch kein „Wünsch dir was“-Konzert stattgefunden, auch wenn Sie natürlich die hohe Zahl, die über weite Strecken in den Medien kursierte, zitiert haben, Herr Rülke

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stimmt sie nicht?)

– die natürlich nicht stimmt; das ist doch klar; es hat einen Beschluss gegeben. Die Neueinstellungen der Landesregierung sind maßvoll den neuen Aufgaben, den Zuschnitten und den Funktionen angepasst.

(Abg. Sascha Binder SPD: Neue Stellen, oder was? – Zuruf von der FDP/DVP: Maßlos ist das! – Unruhe)

(Thekla Walker)

Lassen Sie mich die Stellen – Sie führen gern das Beispiel der kleinen Beamten an – der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien mit denen der Beamten und Mitarbeiter des Landes insgesamt ins Verhältnis setzen, damit alle wissen, über was wir hier sprechen. Wir reden hier über 98 Stellen von insgesamt rund 225 000 Stellen im Landeshaushalt. Das heißt, wir reden hier über 0,04 %.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 8,6 Milliarden beträgt die Weltbevölkerung!)

Die Stellen in den Ministerien – ich möchte das deutlich sagen – summieren sich insgesamt auf 1,5 % der Stellen im Landeshaushalt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und jetzt?)

Ich möchte auf die Beamten verweisen. Der Hauptanteil der Beamten sind Lehrerinnen und Lehrer

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, eben!)

sowie Beschäftigte an den Hochschulen und Polizisten; und das ist gut so. Die allerwenigsten Landesbeschäftigten arbeiten in den Ministerien.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie arbeiten in den Ministerien? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Unruhe)

Es ist mitnichten so, dass in Stuttgart der Moloch wuchert und völlig unkontrolliert Steuergelder verschlingt. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat eine schlanke, effiziente Verwaltung, und das bleibt auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie hier das Gegenteil suggerieren, dann ist das schlicht und ergreifend unredlich. Im Übrigen ist die Metapher von Wasser und Wein auch deshalb politisch grundverkehrt, weil damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien gegen die Beschäftigten und Beamten in anderen Bereichen des Landes ausgespielt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist Unfug!)

Sie wissen doch genau, dass wir, wenn wir in Kürze über den Nachtragshaushalt 2016 sprechen, auch über viele neue Lehrstellen sprechen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das kritisiert auch niemand!)

Wir reden hier über 111 Stellen für die Vertiefungsstunden an den Gymnasien und Grundschulen.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Andreas Stoch SPD: Alles A 16!)

Die Aussage, dass wir nur beabsichtigten, an den kleinen Beamten zu sparen, ist falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Mit Verlaub, Kollege Stoch, natürlich ist der Gang in die Opposition nicht immer einfach. Dass Sie dann besonders kritisch auf die neue Regierungsbildung schauen, ist daher auch nachvollziehbar. Aber von einer dreisten Selbstbedienungsmentalität zu sprechen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: So kann man es tun!)

wie es in der „Südwest Presse“ am 23. Juni nachzulesen war, das lässt für mich bei aller Kritik das Maß an Sachlichkeit und Fairness vermissen

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wo er recht hat, hat er recht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Man muss gucken, wer auf diese Positionen kommt, dann weiß man alles!)

und hat mit der Realität aus unserer Sicht überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Grüne Klientelpolitik für Baden-Württemberg!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle ganz ernsthaft sagen: Wir sollten uns in diesen Tagen sehr genau überlegen, wie viel Populismus wirklich notwendig ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat mit Populismus nichts zu tun!)

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt – das war bisher wirklich Usus in diesem Haus –, dass man zumindest bei der ersten Rede eines Abgeordneten – egal, wer das ist – etwas mehr Ruhe bewahren sollte. Darum bitte ich jetzt noch einmal.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sollen wir den Vorwurf des Populismus unwidersprochen lassen?)

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Ich darf das an dieser Stelle sagen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie dürfen alles sagen!)

und Sie können darauf gern antworten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! So ist die Abfolge!)

Ich führe meinen Satz jetzt ganz in Ruhe aus. Ich meine das sehr ernst: Wenn wir eine solche Debatte führen, muss man sich überlegen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man muss sich aber auch überlegen, was man tut!)

wie viel Populismus wirklich notwendig ist, wenn man von „dreister Selbstbedienungsmentalität“ spricht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Thekla Walker)

Es geht hier um die Funktionsfähigkeit der neuen Regierung. Darum geht es, wenn wir über diese neuen Stellen sprechen. Das war die Grundlage, weshalb man sich für die 98 Stellen entschieden hat. Das lässt sich an jeder einzelnen Stelle entsprechend belegen. Deswegen ist dies auch eine richtige und legitime Entscheidung der neuen Landesregierung für die Funktionsfähigkeit dieser neuen Regierungskoalition.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nur um daran zu erinnern: Da, wo ich jetzt stehe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, haben Sie ja 2011 genauso richtig und zutreffend argumentiert. Nils Schmid – er ist jetzt leider nicht da – hat in der Ersten Beratung des Vierten Nachtragshaushalts 2011 gesagt – ich zitiere –:

*Das bedeutet ... entlang des Wählerauftrags ... in bestehenden Ministerien neue Stellen schaffen und auch in den neuen politischen Schwerpunktbereichen ... den Wählerauftrag ... umsetzen.*

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Nicht nur er hat so argumentiert, sondern auch der finanzpolitische Sprecher der SPD, Klaus Maier, in der gleichen Debatte – ich zitiere –:

*Eine neue Landesregierung braucht natürlich auch neues Personal.*

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

*Die neue Landesregierung setzt mit der Schaffung von ... neuen Ministerien auch neue ... Schwerpunkte.*

(Zuruf von der SPD)

*Dafür müssen wir natürlich auch neue Stellen schaffen.*

Deswegen sage ich Ihnen am Ende meines Beitrags: Wir sichern die Regierungsfähigkeit hier mit Augenmaß. Und Augenmaß würde ich mir auch für diese Debatte wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erlaube ich das Wort Herrn Abg. Wald.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Haushaltspolitik ist für die CDU-Fraktion ein unverzichtbarer Baustein für die Sicherung der ökonomischen Grundlagen und vor allem für die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Haushalts in der Zukunft. Auch kommende Generationen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen Landespolitik gestalten können und dürfen nicht durch Ausgaben der Vergangenheit in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben im Koalitionsvertrag deshalb diesen Grundsätzen Rechnung getragen: Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Sparsamkeit.

Mit unserem Koalitionsvertrag setzen wir wichtige Bausteine für das Haus Baden-Württemberg für morgen. Wir wollen unseren Kindern ein gut bestelltes und zukunftsfähiges Haus Baden-Württemberg übergeben.

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung und des Breitbandausbaus. Baden-Württemberg braucht Breitband, um mehr Beschäftigung und den Wohlstand zu sichern, um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Frage ist für uns: Wie schnell werden wir digital? Mit Blick auf Industrie 4.0 und die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Digitalisierung unserer Behörden heißt es, endlich Gas zu geben. Wir stehen vor großen Herausforderungen bei den Themen Fachkräftesicherung, „Begleitung von Existenzgründungen“, „Förderung von Nachfolgeregelungen unserer Handwerksbetriebe und Mittelständler“.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Legislaturperiode wird die Schaffung von vielen bezahlbaren Wohnungen sein, auch, um den sozialen Frieden zu bewahren. Hier muss die neue Wohnraumallianz, welche durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau begleitet wird, wichtige Impulse für die Städte und Gemeinden, für Investoren, für die Allgemeinheit schaffen. Dieses Ziel erreichen wir nur mit einer besseren Ausstattung im Wirtschaftsministerium.

Die wichtigen und großen Themen – Inklusion, Integration – werden uns in den nächsten fünf Jahren ebenso stark fordern wie die Umsetzung der Richtlinien aus Europa und die kritische Begleitung des „Brexits“. Diese Aufgaben wurden in der Vergangenheit und vor allem in den SPD-geführten Ministerien nur ansatzweise bearbeitet.

(Lachen des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Was?)

Wir wollen diese Herausforderung tatkräftig angehen und auch wirklich umsetzen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Aufgabenstellungen haben sich vervielfältigt. Die von mir dargelegten Aufgaben und Herausforderungen können wir nur erfolgreich meistern, wenn wir ausreichend kompetente, qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung und in der Landesregierung haben.

In unserem erfolgreichen Land Baden-Württemberg arbeiten in den Ministerien gerade einmal 3 277 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagiert und fleißig. Nun stocken wir um 98 ebenso engagierte und fleißige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. 44 dieser Stellen sind sogar mit einem k.w.-Vermerk versehen. Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir hatten 180 k.w.-Stellen!)

vielfältigen Aufgaben eine kleine Steigerung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

(Tobias Wald)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, kritisieren dies als Selbstbedienungsmentalität. Aber wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD:  
Wie vor fünf Jahren! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Vorgängerregierung hat zu Beginn ihrer Regierungsarbeit 180 neue Stellen geschaffen,

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD)

die meisten davon, Herr Stoch, in den SPD-Ministerien.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann langt es doch jetzt! – Vereinzelt Heiterkeit)

„Wenn ich Minister werden sollte, dann bin ich auch super“, so Minister Schmid im „Schwäbischen Tagblatt“ vom 28. April 2011. Das Superministerium wurde zum personellen und persönlichen Fiasko von Herrn Schmid.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann und Udo Stein AfD)

Anders als bei der SPD, wo Superminister Schmid in fünf Jahren die komplette Führungsmannschaft in zwei Häusern austauschen musste, setzen wir auf beste Qualität und gute Arbeitsteilung in den Ministerien.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Gilt das auch für Regierungspräsidenten? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an den kompletten Austausch, lieber Herr Stoch, im Kultusministerium und im Finanz- und Wirtschaftsministerium erinnern.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Welcher Austausch? – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Neuer Kultusminister, neue Staatssekretäre, zahlreiche Ministerialdirektorenwechsel und sonstiger Personalverschleiß.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Völlig falsch!)

Die von der SPD vorgenommenen Einstellungen im höheren Dienst und Sprungbeförderungen möchte ich gar nicht ansprechen;

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zu Abg. Andreas Stoch SPD: Das war Ihr Karrieresprungbrett!)

das konnten Sie der Landespresse entnehmen.

Zu guter Letzt hat Nils Schmid nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ in seinem Ministerium ein neues Referat mit dem klangvollen Titel Referat 97 „Strategie und Planung“ als Kontrollorgan eingerichtet.

Eine Vielzahl von neuen Stellen, aber keine neuen Aufgaben, die das Land vorangebracht haben – das ist der große Unterschied zwischen Ihrer Arbeitsweise und unserer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir haben uns einen großen Aufgabenkatalog vorgenommen, und den werden wir auch mit engagierten, qualifizierten und ideenreichen Fachkräften in den Ministerien meistern. Ich halte die Stellenaufstockung, wie sie die Regierung vorgeschlagen hat, für transparent, maßvoll und plausibel – getreu unserem Grundsatz: Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Sparsamkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vorab Folgendes: Meine Fraktion kann sich den Ausführungen des Kollegen Rülke sehr weitgehend anschließen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Eine Gemeinsamkeit!)

– Das ist eine wirkliche Gemeinsamkeit, die wir da entdeckt haben. – Ich erlaube mir aber anzumerken, dass Sie selbst, Herr Rülke, gestern erst in diesem Haus einer Diätenerhöhung zugestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aus unserer Sicht wären Sie – mit Verlaub – in Ihrer völlig berechtigten Kritik glaubwürdiger, wenn Sie das nicht getan hätten.

(Zurufe von der CDU)

Das sei vorangestellt.

Zum Thema selbst: Vollmundig kündigte die neue, von Grünen und CDU gebildete Regierung nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen Anfang Mai an, man wolle nun eisern sparen. Sparen will diese Regierung auch – nur nicht bei sich selbst.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Eine ganze Reihe neuer Staatssekretärsposten und weiterer hoch dotierter Stellen in der Ministerialbürokratie bringt der Austausch des Juniorpartners der grünen Landesregierung mit sich. Der Wechsel von den roten zu den schwarzen Sozialdemokraten, also den Wasserträgern grüner Regierungspolitik,

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Udo Stein AfD)

kommt den baden-württembergischen Steuerzahler teuer zu stehen, und zwar auf Basis der Grundgehaltssätze mit jährlich rund 450 000 € mehr als bei der grün-roten Vorgängerregierung.

Mit Verlaub, Frau Walker, was Sie da eben gesagt haben, fand ich interessant. Was ist denn das für eine Logik? Neue Schwerpunkte brauchen zwingend auch neue Stellen, sagten Sie. Echt? Ist das so? Und was ist mit den Stellen in den Bereichen, die nun nicht mehr Schwerpunkt sind? Die behält man dann, oder wie ist das? Genau so, Frau Walker, pumpt man

(Dr. Jörg Meuthen)

Bürokratien auf. Das ist exakt das, was Sie hier in einer unsehligen Tradition tun.

(Beifall bei der AfD)

Unter der grün-roten Vorgängerregierung gab es fünf Staatssekretäre, drei politische Staatssekretäre ohne Stimmrecht im Kabinett, eine Staatssekretärin mit Stimmrecht und zudem einen verbeamteten Staatssekretär als Leiter der Staatskanzlei. Die neue, grün-schwarze Landesregierung hat allein sieben politische Staatssekretäre berufen,

(Zuruf von der CDU: Und weniger Minister!)

wobei die CDU noch eine weitere Stelle eines politischen Staatssekretärs besetzen kann. Darüber hinaus gibt es jetzt drei beamtete Staatssekretäre.

Noch am 2. Mai erklärte der frisch gekürte stellvertretende Ministerpräsident Strobl von der CDU – er ist, glaube ich, auch gerade mit Ernennungsurkunden beschäftigt – gegenüber dem „Deutschlandfunk“ – Zitat –:

*Es wird weniger Minister geben, das heißt eine Verkleinerung des Landeskabinetts. Das, finde ich,*

– so sagte er –

*ist ein gutes Zeichen auch, ich muss es leider so sagen, angesichts der prekären Situation, die wir im Haushalt vorfinden.*

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen: Wie verträgt sich eine solche fachlich nicht gerechtfertigte Aufblähung des Regierungsapparats, wie wir sie erleben, mit der prekären Haushaltslage, von der der geschätzte Herr Minister Strobl noch vor wenigen Wochen selbst sprach? Versteht es sich nicht von selbst, dass in Zeiten knapper Kassen Regierungs- und Administrationskosten einem gesteigerten Rechtfertigungs- und Begründungszwang unterliegen? Warum tragen Sie dem nicht Rechnung?

(Beifall bei der AfD)

Wie lässt sich diese Ausweitung von Regierungssämtern – offenkundig wohl, um allfällige Proporzgelüste zu befriedigen

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und Versorgungsposten für den Regierungsspitzen nahestehendes Personal zu schaffen – denn mit der Sparsamkeitsrhetorik vereinbaren, die unser Landesvater an den Tag legt?

Im Lichte der angekündigten Einsparungen für Beamte frage ich Sie: Was glauben Sie, wie kommt eine solche den eigenen Ankündigungen diametral widersprechende Postenvergabe wohl bei den vielen Tausend von realen Kürzungen und Einsparungen betroffenen Landesbediensteten an, etwa bei Lehrern und Polizisten? Dies betrifft übrigens auch den allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienst. Schauen Sie sich die Kürzung der Eingangsbesoldung einmal an: Das ist erschütternd; diese Beschäftigten haben überhaupt kein Geld mehr, eine Familie zu gründen.

Oder wie kommt dies bei den unter der Flüchtlingskrise ächzenden und von Ihnen mit den Lasten der Integration weitgehend alleingelassenen Städten und Gemeinden im Land an?

Nicht von ungefähr sprach der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Kehle – übrigens ein Mitglied der Partei von Herrn Strobl – im Hinblick auf die Sparpolitik der neu gewählten Landesregierung von einer – Zitat – „Plünderung der kommunalen Kassen“ und fragte er in einer Presseerklärung vom 3. Mai dieses Jahres zudem nach dem Verbleib der Haushaltsüberschüsse in Milliardenhöhe. Wortwörtlich sagte Herr Kehle Folgendes – Zitat –:

*Das Sparen bei den Städten und Gemeinden, wie von Grün-Schwarz angekündigt, bedeutet nicht, dass die Rathäuser einfach nur das Geld besser zusammenhalten müssen, und alles geht so weiter wie bisher. Es bedeutet zum einen, dass bereits geplante und von den Bürgern vor Ort erwartete Vorhaben nicht umgesetzt werden können. Zum anderen werden die Kommunen es nicht vermeiden können, Steuern und Gebühren zu erhöhen, um ihre Pflichtaufgaben finanzieren zu können. Wir müssen den Menschen vor Ort erklären, dass sie nicht Zuschauer bei der Plünderung der kommunalen Kassen sind, sondern in der Folge selbst zur Kasse gebeten werden, wenn vor Ort die Schlaglöcher repariert werden müssen, die Kinderbetreuung gesichert werden oder es weiterhin Schwimmbäder, Bibliotheken oder Kulturangebote geben soll.*

Das sagt ein CDU-Mann.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Das ist die Lage, in der sich das Land Baden-Württemberg derzeit finanziell befindet. In dieser Situation lassen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, es sich nicht nehmen, bei der Stellenbesetzung an der Spitze der Ministerien Parteibuchwirtschaft, Ämterpatronage und Pfründerverteilung zur alleinigen Richtschnur Ihres Handelns zu machen –

(Beifall bei der AfD)

und das, nachdem Sie zuvor das Gegenteil für richtig befunden hatten! Das ist ein Sinneswandel insbesondere bei der CDU, die die Besetzung mit den grünen Staatsministern und Staatssekretären in den Fällen Murawski, Schopper und Ratzmann ohne zu murren mitträgt – wohl auch nicht ganz ohne Hintergedanken im Hinblick auf zu versorgendes Personal aus dem eigenen Beritt. Es zeigt sich ein weiteres Mal, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, längst nicht mehr für bürgerliche Tugenden stehen, sondern für Beliebigkeit und Selbstbedienungsmentalität.

(Beifall bei der AfD)

Insofern ist den Kollegen der bis vor Kurzem mitregierenden SPD durchaus beizupflichten, wenn sie unter Bezug auf das als Sparprogramm verkaufte neue Regierungsteam von Augenwischerei sprechen, wie es Herr Gall getan hat. Gleichwohl waren es die Sozialdemokraten, die seit Jahrzehnten die Tore aufgestoßen haben zu einer immer hemmungs- und rücksichtsloseren Parteibuchwirtschaft in der Exekutive.

(Abg. Andreas Stoch SPD: In Baden-Württemberg?)

– Überall, bundesweit.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da hätte ich jetzt etwas verpasst! Das würde ich so nicht bestätigen können!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Ich sage es Ihnen: In der Ära Adenauer – falls Sie sich an die Ära Adenauer noch erinnern können; nach unserem Dafürhalten die erfolgreichste und freiheitlichste Zeit unserer Republik, in der das Fundament für Wohlstand und Demokratie hier überhaupt erst gelegt wurde – waren viele Staatssekretäre parteilos. Parteizugehörigkeit von Staatssekretären galt als beinahe anrühlich. Nach Vorstellung eines traditionellen Beamtenethos sollte der Regierungsapparat von den Niederungen des politischen Konflikts ferngehalten werden. Mit dieser guten Tradition und mit diesem Ideal des neutralen Beamten, der allen Herren gleich gut und willig zu Diensten ist und sich letztlich nur dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlt, wurde seit der ersten sozial-liberalen Regierung 1969 systematisch gebrochen, und heute ist das völlig normal. Das ist etwas, was wir beklagen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi  
CDU)

Um es klar zu sagen: Was wir nicht benötigen, damit das Land Baden-Württemberg für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet und gut aufgestellt ist, sind Cliques, Klüngel und Karrieren, sind Proporz, Parteibuchwirtschaft und ein System der Schacherdemokratie,

(Beifall bei der AfD)

vor dem einst schon der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek im Hinblick auf die augenfälligen Degenerationen des Parteienstaats sprach.

Wir haben leider in Baden-Württemberg eine Landesregierung, die den Menschen einerseits zumutet, dass wichtige Infrastrukturaufgaben wie etwa im Straßenbau oder bei Brückenreparaturen auf die lange Bank geschoben werden, aber –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! In diesem Bereich investieren wir Millionen, Herr Kollege! Da sollten Sie mal den Haushalt lesen!)

– Dann machen wir ein bisschen Haushaltsanalyse bei der Haushaltsdebatte. Okay, Herr Schwarz, lassen wir das doch bis dahin anstehen. – Lassen Sie mich jetzt zu Ende reden.

Dann wuchern hier Staatssekretärsposten auf eine aberwitzige Weise, und der Tagespresse ist zu entnehmen, dass zusätzlich 98 neue Stellen in den Ministerien geschaffen werden. Das schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus. Eine Regierung, die den Bürgern abverlangt, den Gürtel enger zu schnallen, gleichzeitig aber den eigenen Apparat aufbläht, verhält sich dreist.

(Beifall bei der AfD)

Sie wird bei kommenden Landtagswahlen – da bin ich mir sehr sicher – die Quittung erhalten. Damit haben wir ja schon häufiger recht gehabt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Folgende Überschriften konnte man in den vergangenen Wochen der Landespresse entnehmen:

27. April 2016, „Schwäbische Zeitung“: „Grün-Schwarz will bei Beamten und Kommunen sparen“.

13. Mai 2016 im Südwestrundfunk: „Grunderwerbsteuer könnte steigen“.

6. Mai 2016, „Stuttgarter Nachrichten“: „Zahl der Staatssekretäre soll steigen“.

31. Mai 2016, Deutsche Presse-Agentur: „Grün-Schwarz schickt Regierungspräsidenten in den Ruhestand“.

22. Juni 2016, „Stuttgarter Nachrichten“: „Grün-Schwarz will sich bis zu 220 neue Stellen genehmigen“.

Vor dem Hintergrund dieser Zeitungsüberschriften der letzten Wochen kann ich Ihrem zentralen Wahlslogan bei der Landtagswahl nur ausdrücklich zustimmen, Herr Ministerpräsident: „Regieren ist eine Stilfrage“, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben hier im Landtag von Baden-Württemberg am Tag Ihrer Wahl und der Vereidigung der Ministerinnen und Minister des Landes Baden-Württemberg auch die Namen der Staatssekretäre verlesen. Sie hätten in diesem Zusammenhang vielleicht auch darauf hinweisen können, dass Sie zusätzlich weitere Staatssekretäre benennen wollen, die Sie kurze Zeit später schon auf dem Gruppenfoto der neuen Landesregierung verewigt haben wollten. Das würde ich unter Transparenz und unter einer guten Zusammenarbeit mit dem Landtag verstehen, damit die Abgeordneten, die hier sitzen, wissen, wer in Zukunft in dieser Regierung Ansprechpartner sind, und nicht aus bayerischen Zeitungen erfahren müssen, dass bayerische Landeskinder nun in Baden-Württemberg Karriere machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD –  
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Stilfrage!)

Die spannendste Antwort der vielen Antworten, die wir auf unseren Antrag bekommen haben – die eher wenig aussagen –, ist die Antwort auf die Frage, ob weitere beamtete Staatssekretäre ernannt werden sollen. Da kam folgende Antwort:

*Über mögliche künftige Entscheidungen kann vorab keine Auskunft erteilt werden.*

Das führt bei uns natürlich zu der Frage, ob in diesen 98 Stellen weitere Staatssekretärsstellen beinhaltet sind und ob im Staatsministerium zusätzlich zu den bereits vorhandenen drei beamteten Staatssekretären ein weiterer Staatssekretär hinzukommt. Eine Ahnung kann man haben, wenn man weiß, dass die Zuständigkeit im Staatsministerium für die Medienpolitik noch nicht abschließend geklärt ist. Sie können heute vielleicht auch die Frage beantworten, ob Ihr Pressesprecher in Zukunft beamteter Staatssekretär in Ihrem Haus werden soll. Wir würden uns über eine Antwort heute hier im Parlament freuen, und wir wollen es nicht unbedingt aus der Presse erfahren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch  
AfD)

(Sascha Binder)

Die Reduzierung der Zahl der Minister sei mit Blick auf den Haushalt ein wichtiges politisches Signal – so schrieb es die Landesregierung in der Stellungnahme zu unserem Antrag. Der Regierungssprecher hat uns sogar aufgefordert, die neue Landesregierung aufgrund der Einsparungen, die auf dieser obersten Regierungsebene vonstattengegangen sind, zu loben. Vielleicht sollten Sie, bevor Sie diesen Regierungssprecher zum Staatssekretär ernennen, noch einmal in den Haushalt blicken und nachschauen lassen, was die einzelnen Stellen addiert insgesamt an Mehrausgaben ergeben. Es ergeben sich in den fünf Jahren Mehrausgaben in Höhe von rund einer halben Million Euro pro Jahr. Das ist ein erheblicher Betrag, den man auch für etwas anderes aus Ihrem Koalitionsvertrag hätte ausgeben können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch  
AfD)

Für die rund 240 000 Beamtinnen und Beamten des Landes schreckt diese grün-schwarze Landesregierung im Hinblick auf das Sparen dort offensichtlich auch vor dem Einsatz von „Folterwerkzeugen“ nicht zurück. Das habe laut der WELT wohl CDU-Chef Strobl gesagt.

(Zuruf: Was?)

Jetzt frage ich mich: Wie ist das mit den „Folterwerkzeugen“ in dieser Landesregierung? Ich habe und wir haben die Vermutung: Das Staatsministerium hat jetzt 22 „Folterwerkzeuge“ zusätzlich, um die CDU in ihren Ministerien zu kontrollieren. Herr Kretschmann, Vertrauen in den Koalitionspartner sieht wahrlich anders aus.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

Frau Kollegin Walker, wenn Sie mir das gestatten und mir Ihr Ohr leihen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das gibt es, seit es Landesregierungen gibt, und Sie, Herr Binder, wissen das!)

Sie haben hier sinngemäß gesagt: „Eine neue Landesregierung muss in der Lage sein, Neueinstellungen vorzunehmen.“ Richtig. „Eine neue Landesregierung muss auch in der Lage sein, neue Stellen zu schaffen.“ Das ist ein Unterschied.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Auch das ist gestattet. Auch das haben wir vor fünf Jahren gemeinsam gemacht. Wir haben die Stellen im Integrationsministerium inhaltlich begründet, wir haben die damaligen 60 Stellen im Verkehrsministerium inhaltlich begründet,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

und wir haben alle 180 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen, sodass sie innerhalb von fünf Jahren wieder abgebaut sind. Sie haben von diesen 98 Stellen eben nicht alle mit einem k.w.-Vermerk versehen. Ich frage mich, warum Sie das nicht getan haben. Das gehört zur Wahrheit dazu, und das hätten Sie uns heute eben auch so sagen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie uns Populismus vorwerfen, sage ich: Dieser Vorwurf ist an dieser Stelle völlig falsch. Sagen Sie mir doch einmal, welchen politischen Schwerpunkt das Staatsministerium im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren jetzt zusätzlich hat, den es vor fünf Jahren nicht hatte – mit Ausnahme dessen, dass jetzt ein Europaminister zu kontrollieren ist, weil die eigene Europaabteilung nicht mehr im Haus ist, liebe Kollegin Walker?

(Beifall bei der SPD)

Wo liegen die neuen Schwerpunkte im Innenministerium? Auch dort gibt es über 20 neue Stellen. Vielleicht können Sie auch eine Antwort auf die Frage geben: Wie viele davon sind denn jetzt für das Thema Digitalisierung vorgesehen, und wie viele davon sind für das persönliche Wohlbefinden des stellvertretenden Ministerpräsidenten vorgesehen, damit er mit dem Ministerpräsidenten auf Augenhöhe ist, damit sich die Ministerien gegenseitig beobachten können? Insofern haben die Steuerzahler kein Verständnis. Entweder herrscht in einer Regierung Vertrauen, oder man lässt es. Auf jeden Fall darf man es nicht auf dem Rücken der Steuerzahler austragen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

In dieser Regierung herrscht ein Klima des Misstrauens. Das allein ist für die Zukunft von Baden-Württemberg schon gefährlich, Herr Kollege Sckerl. – Herr Kollege Sckerl, wenn Sie sich jetzt so aufregen – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das können Sie im Kindergarten in der Lesestunde vorlesen!)

– Wir beide sind dem Kindergarten – Sie schon länger, ich noch nicht so lange – schon lange entwachsen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Aber, lieber Herr Kollege Sckerl, wer wie Sie und Ihre Partei in diesen Fragen von Stil spricht und sich selbst auf einen Sockel stellt, alles anders machen zu wollen als alle anderen vor Ihnen, der muss sich an diesem Sockel auch messen lassen. Und das machen wir heute.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

An dieser Stelle ist es schon bemerkenswert, dass die Grünen die CDU in ihrer Selbstbedienungsmentalität mittlerweile völlig übertroffen haben. Deshalb ist Regieren eine Stilfrage; aber, wie wir sehen, herrscht ein anderer Stil, als ihn sich die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl am 13. März erhofft haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett begibt sich zum Rednerpult. – Zuruf: Grün-schwarz gekleidet! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Chamäleon!)

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Titel der Debatte entspricht einigen Presseäußerungen der vergangenen zwei Wochen. So haben Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Rülke, in der „Bild“-Zeitung am 24. Juni geschimpft:

*Es ist einfach unglaublich, mit welcher Dreistigkeit sich Grün-Schwarz einerseits über Haushaltslöcher beklagt und andererseits aber so viele unnötige Stellen schaffen will.*

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ganz genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Recht hat er!)

Erstens ist daran bemerkenswert, dass Sie schon am 23. Juni zu wissen meinten, wie viele neue Stellen denn im Zuge der Regierungsneubildung geschaffen werden. Dabei gab es zu dem Zeitpunkt weder eine Kabinettsvorlage noch einen Gesetzentwurf.

Zweitens meinten Sie, auch zu wissen, dass die Stellen unnötig seien. – Unnötige Stellen – da können Sie ganz sicher sein – werden nicht geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sind wir aber nicht sicher!)

Natürlich kamen aus den Ressorts in den vergangenen Wochen Bedarfsanmeldungen für neue Stellen. Das ist normal. Das ist im Übrigen auch gut so; denn es zeigt, dass die Ministerinnen und Minister gestalten und die Zukunftsthemen dieses Landes anpacken wollen und dass sie wissen, dass es dafür in den Ministerien gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Schon an dieser Stelle ist von unnötigen Stellen nicht die Rede. Aber es geht noch weiter: Diese Regierung hat sich – das wurde angesprochen – zum Ziel gesetzt, den Haushalt zu konsolidieren, und das werden wir machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das merkt man!)

Wir gehen mit den Mitteln sorgsam und verantwortungsvoll um. Deshalb achten wir auch darauf, dass möglichst wenige neue Stellen geschaffen werden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Befriedigt werden können angesichts der Haushaltslage nur die allerdringlichsten Bedarfe, das, was notwendig ist, um für die politischen Herausforderungen der Zukunft dieses Landes mit leistungsfähigen Ministerien weiterhin gut aufgestellt zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir sind schon lange nicht mehr bei der Zahl von über 200 Stellen, die durch die Presse ging. Wir sind bei 98 Stellen, von denen 44 nicht dauerhaft, sondern nur auf Zeit geschaffen werden sollen. Insofern sollten Sie Ihre vorhin angestellten Rech-

nungen an der einen oder anderen Stelle noch einmal überprüfen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Gruber zu?

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Ein bisschen später.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Drei Minuten!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Also am Ende.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Am Ende. – Warum braucht es überhaupt neue Stellen, wenn sich eine Regierung neu bildet? Bei einer Regierungsbildung ändern sich Zuschnitte der Ressorts. Insbesondere muss das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft wieder getrennt werden. Die Aufstellung in den Hausspitzen verändert sich. Neue Aufgaben kommen entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung und der Ziele des Koalitionsvertrags hinzu, z. B. die Digitalisierung, die jetzt beim Innenministerium angesiedelt ist. Die Ressorts werden – auch das ist keine Neuigkeit – in unterschiedlichem Zustand übergeben. Bisweilen sind Presse- und Zentralstelle leer. Hier muss natürlich die Möglichkeit bestehen, Stellen zu besetzen.

Auf die zehn Fachministerien verteilen sich ca. 75 Stellen. Die größten Bedarfe haben das Innenministerium mit der neuen Aufgabe Digitalisierung sowie das Wirtschafts- und das Finanzministerium im Zuge der Auftrennung. Bei anderen Häusern verändert sich zum Teil gar nichts; es kommen also keine neuen Stellen hinzu. Bei wieder anderen kommen einzelne wenige Stellen hinzu, z. B., um das Büro des jeweiligen Staatssekretärs arbeitsfähig zu machen oder einzelne Positionen in der Presse- oder der Zentralstelle besetzen zu können. Das sind im Übrigen auch keine Stellen für „Häuptlinge“, sondern vorwiegend für „Indianer“, um bei der Wortwahl von Ihnen, Herr Rülke, zu bleiben.

Das Staatsministerium hat deutlich gemacht, dass es für die dort angesiedelten, zum Teil auch neuen wichtigen Aufgaben, z. B. die Einrichtung eines Normenkontrollrats, einen maßvollen Stellenaufwuchs braucht.

Klar ist auch: Es sind zwei Minister weniger im Staatsministerium – die sind im Stellenplan nie aufgetaucht –, die Aufgaben müssen aber trotzdem erledigt werden.

Klar ist auch, dass es im Staatsministerium Spiegelreferate gibt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war schon immer so!)

Das war schon immer so. Das ist in jedem Bundesland so.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Also!)

Wenn Aufgaben, die bisher im Staatsministerium wahrgenommen wurden, nun woanders wahrgenommen werden, dann braucht es auch dafür ein Spiegelreferat. Das hat mit Kontrolle und Misstrauen nichts zu tun.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die gab es doch schon!)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splitt)

Trotzdem bleibt das Staatsministerium auch im Vergleich mit denen in anderen Bundesländern sehr schlank.

Die Schaffung von Neustellen im Zuge der Regierungsbildung gab es auch bei vergangenen Regierungswechseln.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

2011 war der Bedarf an zusätzlichen Stellen deutlich höher als jetzt. Insofern wundert mich die Kritik vonseiten der SPD,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

die ja damals erhebliche Mehrbedarfe geltend gemacht hat, besonders.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Herr Binder, Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, es ist klar, Sie sind jetzt in der Oppositionsrolle.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja, nicht ganz!)

Aber etwas, was Sinn macht und was Sie vor fünf Jahren genauso gemacht haben,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben es begründet!)

jetzt als „dreiste Selbstbedienungsmentalität“ zu bezeichnen und von „personalpolitischen Auswüchsen“ zu sprechen, das ist wirklich ein billiger und ein nicht zutreffender Vorwurf.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Begründen Sie doch die Stellen!)

Im Übrigen finde ich, dass diese Vorwürfe auch in der Tonlage, wie sie beispielsweise auch von Ihnen, Herr Meuthen, heute vorgebracht wurden, der politischen Kultur in diesem Land nicht dienlich sind.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Was für Bemerkungen kritisieren Sie denn heute wieder?)

Sie bedienen populistische Vorurteile und lassen die Politik insgesamt nicht gerade in einem guten Licht stehen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Aus gutem Grund, ja!)

Es wäre besser und sinnvoller, wir würden uns in Sachfragen auseinandersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr gern!)

Dieses Land will gut regiert sein, und gute Politik braucht gute und auch hinreichend viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Messen Sie uns an unseren politischen Zielen und an deren Umsetzung.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das tun wir! Darauf können Sie sich verlassen!)

Jetzt zur Begründung der Stellen: Ob die Anzahl der Neustellen, die von der Regierung beantragt werden, zu hoch ist, können wir hier noch ausführlich im Rahmen der Debatte zum

Dritten Nachtragshaushalt diskutieren. Entscheiden wird nämlich am Ende ohnehin der Landtag und natürlich nicht die Regierung selbst.

An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass auch der Landtag selbst einen Mehrbedarf von elf Stellen infolge des Wahlausgangs angemeldet hat.

Jetzt noch zur Frage der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre: Bei der Frage nach der Rechtsnatur der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre hilft wie bei vielen anderen Fragen auch der Blick ins Gesetzbuch, in diesem Fall in die Landesverfassung, ins Gesetz über die Rechtsverhältnisse der politischen Staatssekretäre sowie ins Landesbeamtengesetz. Laut § 45 der Landesverfassung

(Abg. Winfried Mack CDU: Artikel!)

können als Regierungsmitglieder zusätzlich zu den Ministern Staatssekretäre benannt werden. In der letzten Legislaturperiode gab es eine entsprechende Staatssekretärin, und zwar mich, in dieser Legislaturperiode gibt es keine Staatssekretärin und keinen Staatssekretär auf dieser Rechtsgrundlage. Was es aber in dieser Periode gibt, sind politische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre nach dem entsprechenden Gesetz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Steht dazu auch etwas in der Landesverfassung?)

Sie haben die Aufgabe, den jeweiligen Minister bzw. die Ministerin zu unterstützen – auch, aber natürlich nicht nur bei solchen Debatten, wenn wie heute der Sozialminister und die Finanzministerin wichtige Termine in Berlin wahrnehmen.

Weiter gab es auch früher schon immer wieder Ministerialdirektoren, denen die Amtsbezeichnung Staatssekretär verliehen wurde, beispielsweise Manfred Rommel von 1972 bis 1975.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Auch die Größe der Regierung und die Anzahl der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ist keinesfalls außergewöhnlich oder aufgebläht. Ich habe mir beispielsweise das Tableau zur CDU-SPD-Koalition in der 11. Legislaturperiode angesehen. Damals gab es zwölf Ministerinnen und Minister, vier Staatssekretäre mit Kabinettsrang, vier politische Staatssekretäre und einen beamteten Staatssekretär.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Es waren übrigens ausschließlich Männer.

(Zuruf von den Grünen: Aha! – Zuruf von der SPD)

– So viele Legislaturperioden, in denen CDU und SPD gemeinsam regiert haben, gab es halt nicht.

In der 13. Wahlperiode, in der die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP gestellt wurde, habe ich neun Staatssekretärinnen und Staatssekretäre gezählt, ohne die beamteten zu zählen. Auch da dürfen Sie also nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Im Vergleich zur vergangenen Periode gibt es nun zwei Ministerposten weniger und drei Staatssekretärsposten mehr. Ich

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

finde, so viel Handlungsspielraum sollten Sie der neuen Regierung schon zugestehen. Der Vorwurf, Wasser zu predigen und Wein zu trinken, ist jedenfalls angesichts dieser Fakten überhaupt nicht haltbar, und ich meine, Sie sollten ihn zurücknehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Abschließend hätte ich auch noch ein Zitat aus der Debatte zum entsprechenden Thema am 13. Juli 2011. Da hat der damalige Finanzminister Nils Schmid seinen Redebeitrag mit einem Zitat von Shakespeare eingeleitet:

*Denn wie's nur eine Tugend gibt, die Wahrheit, gibt's auch ein Laster nur: die Heuchelei.*

(Heiterkeit bei der CDU)

Er hat dann weiter ausgeführt, gerichtet an die damalige Opposition:

*Sie haben heute in dieser Debatte gezeigt, dass es Ihnen nicht um die Sache geht und dass Sie auch gar nicht erkannt haben, dass ein Regierungswechsel selbstverständlich auch ein Mandat dafür ist, politische Schwerpunkte in den Ministerien abzubilden. ...*

(Abg. Andreas Stoch SPD: Unglaublich! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Politischer Wechsel? Wir nie!)

*Wir haben von den Wählerinnen und Wählern das Mandat für einen politischen Wechsel bekommen. Dieses Mandat wird so auch im Nachtragshaushalt umgesetzt und solide unterlegt.*

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bei der neuen Regierung!)

Vielen Dank. – Entschuldigung, Herr Gruber, Ihre Frage noch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Herzlichen Dank, Frau Dr. Splett, dass ich noch eine Zwischen- bzw. eine Endfrage stellen darf. Wie viele Stellen werden in den grünen Ministerien geschaffen? Zusatzfrage: Mit welchen neuen Aufgaben wird das begründet?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Halbe-halbe haben sie gemacht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Es ist nicht halbe-halbe, es sind mehr Stellen für die von der CDU geführten Ministerien. Die Zahlen habe ich jetzt nicht ganz genau im Kopf. Ca. 55 Richtung CDU und um die 40 Richtung Grüne, aber nageln Sie mich auf die Zahl nicht fest.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die hätten wir aber gern!)

Das kann man aber nachlesen; Sie bekommen die Unterlagen zum Dritten Nachtrag.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass es verschiedene Gründe gibt, um neue Stellen einzurichten. Ein Grund bei uns im Haus, im

Finanzministerium, ist die Trennung der beiden Häuser, die die SPD zusammengeführt hat, damals unter Minister Nils Schmid. Die müssen jetzt getrennt werden. Dieses Haus hat aber eben nur eine Hausspitze gehabt. Es hatte eine Pressestelle, eine Zentralstelle, und das muss jetzt wieder getrennt werden. Wir sind dabei daran orientiert vorgegangen, wie die Häuser vor der Zusammenführung aussahen. Aber es gibt genau in diesen Querschnittsbereichen, bei der Zentralstelle und bei der Pressestelle, einen Bedarf auch in einem grünen Haus und entsprechende Bedarfe natürlich auch im Wirtschaftsministerium.

So könnten wir jetzt, wenn es die Zeit hergibt, Ministerium für Ministerium durchgehen. Sie werden es aber, sobald Sie die Unterlagen zum Nachtragshaushalt haben, nachvollziehen können. Ich empfehle Ihnen dann die Lektüre dieser Vorlage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Shakespeare, Staatssekretäre und Heuchelei – das ist schon ein bemerkenswerter Zusammenhang, der da am heutigen Tag bedient wurde. Ich finde es schon dreist, Frau Splett, dass Sie in diesem Zusammenhang die Landesverfassung zitieren. Denn Sie sollten schon wissen, dass in der Landesverfassung konkret etwas zu Staatssekretären steht, und Sie sollten auch wissen, dass diese Landesregierung deutlich mehr Staatssekretäre berufen hat, als in der Landesverfassung vorgesehen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Sie bedienen sich allerdings eines Tricks aus der Regierungszeit von Hans Filbinger, der damals – die SPD hat vor dem Staatsgerichtshof geklagt –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit welchem Ergebnis?)

einfach erklärt hat: „Sie heißen Staatssekretäre, sie werden bezahlt wie Staatssekretäre, aber es sind eigentlich keine Staatssekretäre.“ Auf diese Art und Weise wurden dann Staatssekretäre berufen. Gut, es mag ja sein, dass sie sich nicht als vollwertige Staatssekretäre begreifen. Aber sie heißen so, sie werden so bezahlt, und für den Steuerzahler kostet es das Gleiche, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Und Sie haben wesentliche Fragen nicht beantwortet, beispielsweise die Frage des Kollegen Binder, ob im Staatsministerium noch weitere Staatssekretäre vorgesehen sind.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das stimmt!)

Müssen wir damit rechnen, dass für das Thema Medien noch einer kommt? Müssen wir damit rechnen, dass der Regierungssprecher für seine Verdienste im Wahlkampf mit einem Staatssekretärsposten belohnt wird? Und, Herr Kollege Strobl, bei Ihnen ist ja auch noch ein Posten offen. Wird auch

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

noch jemand als Staatssekretär im Innenministerium berufen?  
– Sie nicken. Also kommen noch weitere hinzu. Dann geht die Zahl der Regierungsmitglieder allmählich in Richtung 25.

(Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi  
CDU: Wir können ja einen von der FDP nehmen!)

Wenn Sie sonst keinen Rekord in dieser Legislaturperiode hinkriegen, dann sicherlich einen hinsichtlich der Größe dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
AfD)

Frau Walker, es ist ein starkes Stück, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, in Zeiten wie diesen wäre es populistisch, das zu kritisieren, was die Landesregierung tut. Da muss man sich einmal über Ursache und Wirkung unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ist die Ursache, dass die Opposition das beklagt, oder ist die Ursache, dass Sie das tun?

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Sie kommen mir vor wie jemand, der das Haus anzündet und sich dann darüber beschwert, dass die Feuerwehr die Ruhe stört, wenn sie anrückt, um zu löschen. Was ist denn das für eine Logik?

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. Nur noch abschließend zu Herrn Meuthen: Herr Meuthen, Sie haben das Hohe Lied auf den Beamtenapparat in der Regierungszeit von Konrad Adenauer gesungen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, in der Tat!)

Ich fand das schon bemerkenswert. Aber vielleicht hängt das ja damit zusammen, dass damals Hans Globke an der Spitze dieses Beamtenapparats gestanden hat.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/  
DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, Sie müssen nun wirklich zum Schluss kommen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ja. – Dann haben Sie hier behauptet, wir hätten einer Diätenerhöhung zugestimmt. Wie so häufig verstehen Sie nicht so richtig, was in diesem Haus läuft, Herr Meuthen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Widerspruch bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben gestern keine Diätenerhöhung beschlossen, sondern wir haben ein Indexierungsverfahren beschlossen, das beispielweise im Jahr 2010 dazu geführt hat, dass Diäten auch einmal sinken können.

(Zuruf von der AfD: Einmal nur! – Weitere Zurufe –  
Glocke der Präsidentin)

Also wieder nur die halbe Wahrheit, Herr Kollege Meuthen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Im Übrigen sind Sie auch die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, was denn Ihre Fraktion mit der „Diätenerhöhung“ macht.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Dr. Rülke – –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das muss man  
jetzt schon zulassen, Frau Präsidentin!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich habe auch einen Vorschlag: Spenden Sie sie zur Erforschung des Antisemitismus.

(Glocke der Präsidentin – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart  
CDU: Hier geht es um parlamentarische Dinge,  
Frau Präsidentin!)

Das wäre ein gutes Werk.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und  
der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, einen Moment bitte. – Sehr verehrte Damen und Herren, es gibt eine Redezeit, an die sich jeder zu halten hat, und wenn ich schon dreimal die Glocke geläutet habe und vorher darum gebeten habe, zum Schluss zu kommen – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war  
meine Jungferrede! – Heiterkeit – Gegenruf des  
Abg. Sascha Binder SPD: Dafür war sie eigentlich  
ganz gut! – Abg. Nicole Razavi CDU: An jedem Tag  
eine!)

Sie haben jetzt die Redezeit deutlich überschritten. Aus Fairnessgründen verlängert sich dann natürlich entsprechend auch die Redezeit der anderen Fraktionen. Das sollte aber nicht die Regel sein. Sie haben die Redezeit um mehr als zwei Minuten überschritten, die die anderen Kolleginnen und Kollegen jetzt auch erhalten. Das sollte aber wirklich die Ausnahme bleiben.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Walker.

(Unruhe)

Ich bitte nochmals um Ruhe.

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rülke, ich möchte gleich an erster Stelle noch einmal Ihre Ausführung, die Sie hier gerade getätigt haben, zurückweisen. Denn selbstverständlich habe ich mit „populistisch“ nicht gemeint, dass man das kritisiert oder dass man das überhaupt zum Thema macht. Denn ich habe ja zu Beginn meiner Ausführungen ganz deutlich gesagt, dass ich das für eine selbstverständliche Aufgabe der Opposition halte. Vielmehr geht es einfach um das Maß der Kritik und darum, ob das dem entspricht, was tatsächlich gemacht worden ist. Ich glaube, es sind hier an der Stelle einige Argumente geliefert worden. Es gibt genügend inhaltliche Begründungen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Eigentlich nicht!)

(Thekla Walker)

so z. B. das Thema Digitalisierung, das völlig neu aufgestellt worden ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Völlig neu! – Abg. Andreas Stoch SPD: Gab es noch nie!)

Dies ist neu aufgestellt worden in der Form, wie wir es jetzt im Innenministerium haben. Das war vorher nicht der Fall. Wie gesagt, das wird man sich im Einzelnen – das hat Frau Splett ja auch völlig richtig dargestellt – im Rahmen der Haushaltsberatungen anschauen. Dazu können Sie dann auch ausführlich Stellung nehmen.

Ich finde es richtig, dass sich die neue Landesregierung dieses Thema vorgenommen hat und dass sie sich auch vorgenommen hat, da noch einmal einen deutlichen Sprung nach vorn zu machen. Das ist auch nötig in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

An Herrn Meuthen: Ich möchte noch einmal verstärken, was schon gesagt wurde. Es ist eben nicht so, dass bei jeder Regierungsbildung der Apparat weiter aufgebläht wird. Das ist völlig falsch. Richtig ist, dass auch schon 2011 die Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen waren. Sie wurden während der Legislaturperiode auch entsprechend abgebaut und werden bis Ende des Jahres 2016 abgebaut sein. Ihre Aussage ist also völlig falsch und schürt Ressentiments gegen den Politikbetrieb. Das finde ich nicht redlich, Herr Meuthen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Insofern möchte ich jetzt an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir in den Debatten insgesamt maßhalten müssen, wenn es um diese neuen Stellen geht. Das erwarte ich auch von der SPD.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sagen Sie mir mal, wo ich das Maß nicht gehalten habe!)

Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass Sie selbst 2011 für die Schaffung entsprechender neuer Stellen argumentiert haben. Wenn ich mir jetzt die Regierungsbildung anschau und vergleiche, stelle ich fest: Der Unterschied zwischen den Regierungsbildungen mit der CDU und der SPD sind eben 98 Stellen jetzt versus 180 Stellen. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Wo haben wir denn nicht maßgehalten?)

Am Ende möchte ich noch sagen: Da ich auch aus den Oppositionsreihen jetzt mehrfach gehört habe, wie wichtig Ihnen die Haushaltskonsolidierung ist, wie wichtig Ihnen ist, dass wir die Schuldenbremse 2020 einhalten, denke ich, dass Sie sich dann, wenn wir über die Haushaltskonsolidierung debattieren, auch genauso engagiert einbringen und gemeinsam mit uns dafür sorgen, dass wir dieses Ziel 2020 erreichen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage von Herrn Gruber kann ich beantworten: Es sind 41 Stellen in den von den Grünen geführten Ressorts und 57 Stellen in den CDU-geführten Ressorts.

Zu dem Antrag, den die SPD eingereicht hat, möchte ich nur sagen: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Dort steht in der Stellungnahme zu Ziffer 7 eindeutig:

*Die Verleihung der Bezeichnung Staatsminister an den Chef der Staatskanzlei hat keine finanziellen Auswirkungen.*

Das gilt für die anderen Ernennungen ebenso. Meine Damen und Herren, das sind Titel ohne Mittel. Sie müssen dort entsprechend arbeiten; daher passt das.

Wir investieren nicht nur in die Ministerialverwaltung, sondern haben auch viele neue Stellen bei der Polizei, nämlich 1 500.

(Abg. Sascha Binder SPD: Im Nachtrag!)

Wir investieren in Bildung. Im Nachtragshaushalt, lieber Herr Binder, wird auch einiges zur Bildung stehen. Dann können Sie gern zustimmen, denn wir schaffen über 300 Stellen im Bildungsbereich.

Eines möchte ich noch zu dem Kollegen von der AfD anmerken: Wir mussten gestern wieder erleben, wie Sie versuchten, die Grenzen des parlamentarischen Diskurses hier im Landtag auszuloten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ausgerechnet!)

Daher verstehe ich Ihre Kritik nicht, denn ich gehe davon aus, dass wir aufgrund Ihres Verhaltens hier im Hohen Haus mit dem Haushalt 2017 weitere neue Stellen in der Landtagsverwaltung, vor allem im Juristischen Dienst, brauchen werden. Daher gilt auch für Sie der Grundsatz: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Billige Polemik!)

Sehr geehrte Damen und Herren, führen wir diese Diskussion um neue Stellen doch einfach im Rahmen des anstehenden Nachtragshaushalts weiter, den wir in einigen Wochen beraten werden. Aufgabe der Regierung ist es, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, und Aufgabe des Hohen Hauses, über diesen Haushaltsentwurf zu diskutieren und zu entscheiden.

Ich halte – das möchte ich noch einmal betonen – die Stellenmehrung, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wird, für maßvoll, transparent und plausibel.

(Zuruf von der SPD: Transparent!)

Entscheiden wird aber der Landtag, das Hohe Haus. Das ist die Königsdizziplin dieses Hauses. Ich freue mich auf die Diskussionen im Finanzausschuss.

(Tobias Wald)

Die CDU-Fraktion hat vor fünf Jahren bei der Beratung des Haushalts 2012 im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gezeigt, wie Oppositionsarbeit technisch und qualifiziert geleistet werden kann. Wir haben dort einen guten Antrag zum Thema Stellen eingereicht. Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, wir können gern die Argumente austauschen, Sie können dort gern auch Anträge stellen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Selbstverständlich stellen wir Anträge!)

so, wie wir es seinerzeit getan haben. Ich freue mich auf eine gute Debatte im Finanzausschuss.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich nun Herrn Abg. Sänze das Wort.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Änderungen einer bestehenden Organisationsstruktur sind im Allgemeinen Anlässe für Reorganisation, und sie sind üblicherweise immer auch mit Kosten verbunden. Die Höhe der Kosten ist aber zumeist in Abhängigkeit von den bestehenden Mitteln bzw. vom Aufwand und von der bestehenden organisatorischen Veränderung durch Eintritt oder Ausscheiden neuer Handlungsträger verursacht. – Ich denke, das ist alles gegeben; ich mache da einen Haken dran. Es gibt eine neue Regierung; es gibt eine neue Organisationsstruktur.

Nun hat sich die grün-schwarze Landesregierung dazu entschlossen, sich in den Ministerien des Landes ein sattes Plus von 98 Stellen auf die bestehenden Mitarbeiteräquivalente zu genehmigen. In seiner Regierungserklärung führte der Ministerpräsident – Gleiches tat aber auch Herr Schwarz – die Innovation und die Digitalisierung als Gründe hierfür an.

Weiter führte er aus – Zitat Herr Kretschmann –:

*Wir müssen eine Innovationskultur in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dazu gehört für mich auch eine Kultur des Scheiterns.*

Manchmal bin ich versucht, zu glauben, er beziehe dies auf seine Regierung. Meinte er tatsächlich, der Ressortzuschnitt seiner Ministerien und die neue Schwerpunktsetzung seien Innovationen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ich befürchte, ja. Zwangsläufig tritt nun das ein, was nicht zu verhindern ist – im Besonderen, wenn man um Personen oder Minister Ministerien bastelt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das wäre alles nicht so dramatisch, wenn das Füllhorn der Steuereinnahmen voll wäre. Das ist aber leider nicht so. Zur Erinnerung:

*Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcennutzung,*

– nicht zur Schaffung neuer Stellen –

*bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems im Vordergrund steht.*

Was heißt das nun im vorliegenden Fall? 98 neue, zusätzliche Mitarbeiter in den Ministerien bei einem Sockel von 75 000 € Vollkosten je Mitarbeiteräquivalent, das bedeutet: Wir belasten den Landeshaushalt per anno mit 7,35 Millionen €. In der Langfristbetrachtung von 25 Jahren, aufgezinnt mit, konservativ gerechnet, 3 %, sind das 400 Millionen €. Ich frage Sie: Ist dies nachhaltig und innovativ?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wie soll dies den Bürgern vermittelt werden, angesichts der allseits bemühten Schuldengrenze, wenn heute schon zusätzliche Kosten auf der ministerialen Verwaltungsebene initiiert werden, die allein dadurch notwendig werden, weil angeblich die digitale Welt dies erfordert und veränderte Aufgaben und Herausforderungen nicht durch die bestehende Mannschaft bewältigt werden können?

Obwohl, den Szenarien des Ministerpräsidenten folgend, der unaufhaltsame Siegeszug der Digitalisierung ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Sänze, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Emil Sänze** AfD: ... – ich komme zum Schluss – ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Da ist alles ausgeschöpft.

**Abg. Emil Sänze** AfD: ... nicht nur die Welt verändert, sondern auch in die Amtsstuben des Staates einzieht, frage ich mich ernsthaft: Wenn dem so ist, wo bleibt die Nachhaltigkeit, wo bleibt das Gebot der Sparsamkeit?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Sänze, es tut mir leid, aber ich habe Ihnen die zwei Minuten und 20 Sekunden wirklich schon zugestanden; die Zeit ist nun um. Sie müssen jetzt –

(Unruhe)

**Abg. Emil Sänze** AfD: Ich komme zum Ende.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ein letzter Satz, und zwar ein kurzer Satz, bitte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann komme ich aber auch noch einen Satz!)

– Nein.

(Heiterkeit)

**Abg. Emil Sänze** AfD: Herr Rülke, Sie hatten doch schon einen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment. Also, jetzt keine Debatte, Herr Sänze. Kommen Sie zum Schluss – ein letzter kurzer Satz.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Ich erinnere daran: Was wir heute an Mitarbeitern an Bord holen, bleibt uns jahrzehntelang als Kosten erhalten, und dies in einer Zeit, in der wir, wie wir alle wissen, aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Der Satz ist eindeutig zu lang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Abg. Emil Sänze** AfD: ... nur auf Sicht fahren können.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, und vielen Dank auch für die Verlängerung um zwei Minuten.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

**Abg. Sascha Binder** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Walker, jetzt muss ich doch noch einmal auf Sie zurückkommen: Wenn Sie mir in dieser Debatte vorwerfen, ich hätte das Maß nicht gesehen, dann sagen Sie mir doch einmal, an welcher Stelle. Denn ich glaube, dass ich an die ganze Sache ganz sachlich herangegangen bin. Nur weil ich Ihnen gesagt habe, dass es ein Unterschied ist, ob ich von Neueinstellungen oder von neuen Stellen rede, mir vorzuwerfen, ich hätte das Maß nicht gehalten – also, ein bisschen Debatte im Landtag von Baden-Württemberg dürfen Sie auch der Opposition zugestehen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatssekretärin Splett, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten auf meine Fragen geantwortet,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und zwar auf die Fragen, die über die Fragen in unserem Antrag hinausgehen. Auch das ist eine Stilfrage: Wie geht man mit einem Parlament um? Man kann auf Fragen in einer Debatte auch einfach mit Ja oder mit Nein antworten.

Natürlich liegt uns in ein paar Wochen ein Nachtragshaushalt vor. Aber die Frage, ob in diesen 98 Stellen noch weitere Stellen für Staatssekretäre enthalten sind, ist ganz einfach, und Sie hätten diese mit Ja oder mit Nein beantworten können.

(Zuruf)

– Die haben Sie mit Nein beantwortet. Dann ist diese Frage ja einmal beantwortet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Frau Walker, Sie haben uns aufgefordert, wir sollten bei der Haushaltskonsolidierung mitmachen.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Dann machen Sie doch Vorschläge!)

Ich sage Ihnen dazu eines: Wir werden weder bei Nullrunden noch bei Deckelungen für Beamtinnen und Beamte mitma-

chen. Das haben wir in unserer Regierungszeit nicht gemacht, und das werden wir auch als Opposition nicht machen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thekla Walker GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Sie wollten Nullrunden, und wir haben die Nullrunden nicht mitgemacht; und dann gab es die Stufenerhöhungen. Daran können Sie sich, glaube ich, noch ganz gut erinnern.

Herr Wald, Ihren Einwurf habe ich nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Das mit dem Staatsminister haben wir verstanden.

(Abg. Tobias Wald CDU: Gut!)

Aber dass die beiden beamteten Staatssekretäre nicht nur so bezeichnet, sondern auch so entlohnt werden, darüber sind wir uns sehr wohl einig.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Eben nicht! Falsch! – Abg. Tobias Wald CDU: Eben nicht! Falsch! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

– Nein, das ist nicht falsch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Punkt! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist falsch!)

– Aber dafür war keine B-9-Stelle vorgesehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch hier hätte es ein Blick ins Gesetz getan, Herr Kollege!)

– Seit wann hat ein Abteilungsleiter eine B-9-Stelle?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist doch kein Beamter! Das ist der MD! – Minister Winfried Hermann: Ein MD ist kein Abteilungsleiter!)

Wir werden das im Stellenplan nachschauen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! Dann schauen Sie nach!)

Wir werden nachschauen, wer wie entlohnt wird, Frau Walker – mit allem Maß, das Sie uns zugestehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/26. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13 – Drucksache 16/167**

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Wolf.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf trägt einen doch eher technischen Namen. Es geht darin um die Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Landesjustizkostenrecht, genauer gesagt zu den Gebührenanteilen, die die Staatskasse zwischen dem 1. Juni 2002 und dem 31. Dezember 2008 von den beamteten Notaren im Landesdienst erhielt, und zwar bei bestimmten Fällen gesellschaftsrechtlich zwingend vorgeschriebener Beurkundungen. Es handelt sich dabei um das fünfte Verfahren seit 2002, in dem der EuGH die Gebühren des noch bis Ende 2017 bestehenden Amtsnotariats in Baden-Württemberg beanstandete.

Nach dem EuGH-Urteil ist die Gebührenbeteiligung der Staatskasse bei der Beurkundung gesellschaftsrechtlicher Rechtsformwechsel auch dann eine durch die europäische Gesellschaftssteuerrichtlinie untersagte Steuer, wenn mit dem Formwechsel keine Erhöhung des Gesellschaftskapitals verbunden ist. Die Gebührenbeteiligung der Staatskasse soll für diese Fälle gänzlich aufgehoben werden.

Ebenfalls aufgehoben werden soll die Gebührenbeteiligung der Staatskasse bei der Beurkundung von Verzichtserklärungen der Anteilsinhaber nach dem Umwandlungsgesetz. Nach dem Urteil des EuGH ist davon auszugehen, dass der EuGH auch hier einen Richtlinienverstoß bejahen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Beseitigung des Richtlinienverstoßes soll, wie schon bei den früheren Änderungen des Landesjustizkostengesetzes in den Jahren 2005 bis 2011, dadurch erfolgen, dass die Staatskasse auf die in den Jahren 2002 bis 2008 erhaltenen Gebührenanteile verzichtet und den Notaren das volle Gebührenaufkommen rückwirkend überlassen wird. Dies geschieht durch eine Anpassung der dazugehörigen Übergangsvorschrift.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Denn nach der bisherigen Rechtsprechung des EuGH liegt keine verbotene Gesellschaftssteuer vor, wenn die Staatskasse keinen Gebührenanteil mehr erhält.

Meine Damen und Herren, diese Gesetzesänderung ist für das Land Baden-Württemberg nicht besonders erfreulich, da wir in längst abgeschlossenen Beurkundungsfällen erneut Geld erstatten müssen. Allerdings kommt es dem EuGH und auch der Europäischen Kommission darauf an, dass eine als Gesellschaftssteuer missbilligte Staatsbeteiligung am Gebührenaufkommen unterbleibt, selbst wenn die Fälle längst abgeschlossen sind.

Ob dieser Vorgang geeignet ist, das gestern immer wieder angesprochene Misstrauen, die gestern immer wieder angesprochene Euroskepsis nachhaltig abzubauen, überlasse ich der Beurteilung eines jeden Einzelnen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr guter Einwand!)

Diese Frage an dieser Stelle aufzuwerfen erschiene mir nicht abwegig. Ohne die Gesetzesänderung indes droht ein von der EU-Kommission schon in Aussicht gestelltes Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung des erwähnten Urteils.

(Abg. Winfried Mack CDU: Zwei Jahre nicht umgesetzt!)

Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Lehnig.

**Abg. Dr. Kirsten Lehnig GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute ein Gesetz zu verabschieden, um einen europarechtskonformen Zustand herzustellen. Ich habe mich gefreut, Herr Kollege Stoch, dass pünktlich zu meiner ersten Rede diese wunderbare Formulierungshilfe ins Büro flatterte,

(Die Rednerin hält eine Papierscheibe hoch.)

und danke herzlich dafür. Allerdings musste ich leider feststellen, dass der Phrasendrescher, den Sie da gebastelt haben, wenig hilfreich ist, da wir uns hier – was vielleicht nicht ganz so amüsant ist wie Basteleien – mit Inhalten beschäftigen und beschäftigen müssen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann gehen Sie mal den Koalitionsvertrag durch!)

Angesichts des Sachverhalts habe ich mich auch gefragt, ob man dieses Thema nicht schon in der letzten Legislaturperiode hätte erledigen können oder ob man im zuständigen Ministerium vielleicht auch lieber gebastelt hat, statt die Hausaufgaben zu machen.

Vielen Dank, Herr Minister Wolf, für die Vorlage des Gesetzentwurfs und Ihre Erläuterungen dazu. Es handelt sich – wie Sie ausgeführt haben – um eine sehr spezielle Materie. Der EuGH hat entschieden, am 3. Juli 2014 bereits – –

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Es wäre freundlich, wenn Sie Ruhe geben würden, damit ich meine Rede fortführen darf.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte doch, etwas Ruhe einkehren zu lassen.

**Abg. Dr. Kirsten Lehnig GRÜNE:** Der EuGH hat am 3. Juli 2014 entschieden, dass notarielle Eintragungen, die im Endeffekt reine Formalitäten betreffen und keine direkte Kapitalerhöhung, nicht zu einer, wenngleich auch indirekten, Steuer führen dürfen. Das heißt, dass der Staat für diese Rechtsgeschäfte keine Gebühren erhalten darf. Die bisherige Gebüh-

(Dr. Kirsten Lehnig)

renbeteiligung des Staates zwischen 2002 und 2008, die in der Übergangsregelung vorgesehen war, muss daher entfallen.

Daher hebt das vorgeschlagene Gesetz zwei Regelungen dieser Kostenordnung auf:

Erstens diejenige, mit der sich das Verfahren beim EuGH beschäftigte. Hierbei handelt es sich um die Regelung der Kostenordnung für Notare, die vorsieht, dass ein Teil der Notargebühren, die bei einer Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft anderer Art erhoben werden, bei der nicht sogleich das Kapital erhöht wird, an die Staatskasse fällt. Das ist nach der Beurteilung des EuGH eine Steuer und damit europarechtswidrig. Diese Regelung ist also aufzuheben, um einen europarechtskonformen Zustand herzustellen.

Zweitens: Zugleich soll, um einem weiteren Verfahren vorzubeugen, die Regelung aufgehoben werden, nach der auch bei reinen Verzichtserklärungen nach bestimmten Vorschriften des Umwandlungsgesetzes – die ich hier nicht zitieren werde, um Sie nicht zu langweilen – Teile der erhobenen Gebühren an die Staatskasse fallen. Das war zwar nicht Gegenstand des Verfahrens; dennoch wollen wir, um unsere Hausaufgaben zu machen, ein solches gar nicht abwarten, sondern schon vorab einen mit der europäischen Rechtsprechung konformen Zustand herstellen.

Es handelt sich somit um zwei Regelungen, für die bisher – nach Auslegung des EuGH – Steuern anfielen, was einen Verstoß gegen die Gesellschaftssteuerrichtlinie der EU darstellt. Mit dem heutigen Gesetzesvorhaben erfüllen wir die europarechtlichen Maßstäbe und stellen damit einen rechtlich einwandfreien Zustand her.

Zugleich schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen, damit die Notare die Rückerstattung dieser Gebührenanteile für die Jahre 2002 bis 2008 beantragen können.

Wir begrüßen das Gesetzesvorhaben und werden ihm zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Alles klar!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Gentges.

**Abg. Marion Gentges** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie sehen in mir heute erneut ein neues Gesicht. Ich gehöre dem Landtag von Baden-Württemberg wenige Wochen an und freue mich, schon heute sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Auch wenn der vorliegende Gesetzesentwurf möglicherweise nicht der allerbrisanteste des heutigen Tages ist,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Man kann es sich nicht aussuchen!)

wird er mir deshalb trotzdem in Erinnerung bleiben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wenigstens einer! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Der Justizminister hat bereits darauf hingewiesen, dass es zu dem vorliegenden Entwurf keine Alternative gibt. Ich gebe ihm recht.

Es geht um eine Korrektur einer Änderung des Landesjustizkostengesetzes aus dem Jahr 2011. Bereits die Gesetzesänderung aus dem Jahr 2011 erfolgte aufgrund einer Entscheidung des EuGH, der damals noch freundlich darauf hingewiesen hat, dass dem Land zufließende Gebührenanteile aus zwingend notwendigen Beurkundungen in gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten eine unzulässige Gesellschaftssteuer darstellen.

Das Land hat deshalb folgerichtig rückwirkend ab dem 1. Juni 2002 auf diese Gebührenanteile verzichtet. Gleichzeitig wurde aber eine Übergangsregelung getroffen, nach der die Staatskasse für bis zum 31. Dezember 2008 entstandene Gebühren weiter den bisherigen Gebührenanteil erhält, jedenfalls dann, wenn eine beurkundete Umwandlung nicht zu einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft führt. Genau diese Übergangsregelung beanstandet der EuGH in seiner Entscheidung vom 3. Juli 2014.

Er macht – und das ist nicht allzu überraschend – sehr deutlich, dass auch die Gebührenanteile des Landes aufgrund dieser Übergangsregelung eine unzulässige Gesellschaftssteuer darstellen. Sollte das Land dies nicht ändern, ist ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission bereits angekündigt.

Es hilft also nichts. Die Übergangsregelung, nach der das Land Gebührenanteile erhält, wenn die Beurkundung einer gesellschaftsrechtlichen Umwandlung nicht zu einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft führt, ist aufzuheben.

Auch für die Beurkundung von Verzichtserklärungen nach dem Umwandlungsgesetz flossen dem Land aufgrund einer entsprechenden Übergangsregelung Anteile aus in der Zeit von 2002 bis 2008 entstandenen Notargebühren zu.

In seinem Urteil vom 3. Juli 2014 hat der EuGH klargestellt, dass er die Gesellschaftssteuerrichtlinie weit auslegt. Es bedarf deshalb keiner besonderen hellseherischen Gabe, um anzunehmen, dass der EuGH auch die Gebührenanteile des Landes aus der notariellen Beurkundung umwandlungsrechtlicher Verzichtserklärungen als unzulässige Gesellschaftssteuer ansehen wird. Daher ist es nur richtig, auch die insoweit bestehende Übergangsregelung aufzuheben und nicht auf einen erneuten, sicher nicht mehr freundlichen Hinweis des EuGH zu warten.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird die CDU-Fraktion dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen. Ich darf auch Sie herzlich dazu einladen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gute Rede!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Grimmer.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf mag nicht der brisanteste des Tages sein – da gebe ich Ihnen recht, verehrte Kollegin –, aber er ist in gewisser Weise symptomatisch für die zunehmende Einengung der Handlungsfreiheit von staatlichen Organen und Gebietskörperschaften.

Das, was wir hier vorliegen haben, ist nach unserem Dafürhalten nichts anderes als die Konsequenz früherer falscher Entscheidungen. Seit fast 50 Jahren zieht sich die unendliche Geschichte durch die Landespolitik. Begonnen hat sie – wer hätte es gedacht? – mit einer EWG-Richtlinie – damals noch EWG – aus dem Jahr 1969. Den vorläufigen Endpunkt bildet nun das vorliegende Urteil des EuGH bzw. die anstehende Umsetzung. Auch diese wird nun in aller Eile durchgezogen, um ein, wie es heißt, andernfalls drohendes Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden.

Zwischen dieser ersten EWG-Richtlinie und heute lagen eine ganze Reihe von fragwürdigen Weichenstellungen, die das bewährte und verlässliche Notariatswesen in unserem Land zunächst aufgeweicht und dann umgekrempelt haben. Dabei wurden teilweise Konstruktionen geschaffen, welche vielen Notaren – auf Kosten des Staatssäckels, dem damit Einnahmen in Millionenhöhe verloren gingen – Nebenverdienste in sechsstelliger Größenordnung einbrachten – wohlgerneht pro Notar. Die Milchkuh wurde geschlachtet.

Selbst bei dem nachgeordneten Personal in Notariaten wurde durch abenteuerliche und kostenträchtige Konstruktionen eine Vermeidung der sozialen Härten zu erreichen versucht, welche den Grundsätzen des öffentlichen Dienstes diametral zuwiderlief. Zu Details kann ich auf die nicht lange zurückliegenden Kleinen Anfragen der CDU-Fraktion – damals war sie noch in der Opposition – vom Juli und vom November letzten Jahres verweisen.

Hierbei sind wir durchaus der Auffassung, dass noch einiges im Unklaren ist, etwa die Frage, warum diese sozial verträgliche Umsetzung der angestrebten Notariatsreform nicht auch für die beamteten Beschäftigten bei Eintritt in den Ruhestand bis Vollendung des 63. Lebensjahrs gilt, oder die Ungleichbehandlung der Bezirksnotare in Baden gegenüber den Amtsnotaren in Württemberg beim Wechsel in ein Amtsgericht. Dabei besteht auch noch Klärungsbedarf.

Bislang waren die Stellungnahmen der Landesregierung zu den aufgezeigten Themenfeldern und auf die kritischen Einwendungen und Nachfragen keinesfalls erschöpfend und überzeugend.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten: Jeder Zwischenschritt führte stets zu einem Mehr an bürokratischem Aufwand und nicht zu höherer Effizienz und Transparenz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geht es nun in die Umsetzung des EuGH-Urteils; das wurde bereits ausgeführt. Dies ist natürlich ebenfalls eine Folge der sogenannten Notariatsreform mit Kosten von rund 2 Millionen €.

(Abg. Marion Gentges CDU: Das hat damit nichts zu tun! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Nein! Den Kern nicht erfasst!)

Da tröstet es auch wenig, in der Begründung zu lesen:

*Durch die Gesetzesänderung kommt es für die Zukunft zu keinen Gebührenmindereinnahmen für das Land.*

Unbestreitbar ist, dass es zu im Landeshaushalt zu Buche schlagenden Kosten kommen wird. Diese lassen sich aber, wie in der Gesetzesbegründung selbst zugegeben wird – ich zitiere –, „mangels gesonderter statistischer Erfassung der Gebührenteile ... nicht zuverlässig schätzen“.

Wieder einmal wird das Landesrecht durch europäische Vorgaben verformt und verbogen.

(Vereinzelte Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Nein!)

Wieder einmal wird das auch von Ihnen so gern beschworene Subsidiaritätsprinzip untergraben und ausgehöhlt. Wieder einmal maßt sich der EuGH an, Regelungen dort vorzugeben,

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Nein! Das stimmt nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das haben Sie halt einfach nicht verstanden! Meine Güte! – Zuruf der Abg. Marion Gentges CDU)

wo ein Wettbewerb der Systeme zu besseren Ergebnissen führen würde. Selbstverständlich haben die Notare in Baden-Württemberg gegen diese Veränderung keine Einwände. Wie sollten sie auch?

(Abg. Winfried Mack CDU: Ah ja!)

An der europarechtlichen Beschlusslage vergangener Jahrzehnte ist selbstverständlich nicht mehr zu rütteln, aber eine Frage muss doch erlaubt sein. Vorgestern hat das Kabinett entschieden und den Gesetzentwurf zur staatlichen Notariatsreform vorgelegt. Da ist doch die Frage zu stellen, warum dieser Gesetzentwurf nicht zusammen mit der Vorlage zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze in diesem Zusammenhang in ein Gesamtpaket eingebunden wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das sind zwei Paar Stiefel! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Man kann nicht gleichzeitig Gummistiefel und Pumps anhaben!)

Dies würden wir als sinnvoller erachten. Deshalb werden wir dem Entwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Nicht überzeugend! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Völlig am Thema vorbei!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die Kolleginnen Gentges und Dr. Lehnig für ihre Jungferreden. Das

(Sascha Binder)

macht es mir leichter, nicht mehr im Detail auf den Gesetzentwurf eingehen zu müssen. Andererseits hat der Kollege von der AfD das gerade schon wieder umgedreht. Aber ich werde auch nicht auf jedes Detail eingehen, das Sie jetzt gerade genannt haben.

Aber eines ist klar: Dieses EuGH-Urteil wird hier in einer Art und Weise genommen, die gar nicht richtig ist. Es ist notwendig, dass wir dieses Urteil umsetzen. Sonst droht ein Vertragsverletzungsverfahren. Dieses Risiko werden wir nicht eingehen, und deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen, auch wenn das Gesetz die Landeskasse, wie meine Vordrönerinnen zu Recht schon gesagt haben, etwas kosten wird. Andererseits wird es für die Zukunft nicht zu Gebührenminderereinnahmen für das Land kommen. Deshalb wird die SPD dem Gesetzentwurf zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Kollegen Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon mehrfach – auch in verständlicher Weise – darauf hingewiesen worden, dass dieser Gesetzentwurf vielleicht ein bisschen trocken ist, vielleicht heute auch nicht der wichtigste ist. Aber eines muss man sagen: Dieses Urteil, das zu dem Gesetzentwurf geführt hat, enthält den Sprengstoff, der zu der größten Reform der Justiz nach dem Krieg geführt hat, vielleicht zu einer der größten Reformen der Landesverwaltung überhaupt, nämlich zur Notariatsreform, die auch in diesem Haus, möchte ich sagen, teilweise heftig umstritten war.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Auf immer mit der FDP/DVP verknüpft! – Abg. Winfried Mack CDU: Das wird immer mit Ihnen verknüpft sein! Mit dem Minister a. D.!)

– Damit muss und damit kann ich auch leben, denn dieses Urteil macht nochmals deutlich, wohin die Entwicklung geführt hätte. Die staatlichen Notare hätten nämlich immer weniger beurkunden dürfen, oder aber sie hätten die volle Gebühr dafür bekommen müssen. Dann hätten sie letztlich ihr Gehalt vom Land Baden-Württemberg bekommen – und sämtliche Gebühren noch obendrauf. Dazu hätten wir freie Notare gebraucht, die dann die Geschäfte erledigen, die die staatlichen Notare nicht mehr hätten erledigen dürfen. Es hat alles dafür gesprochen, dass das immer mehr Geschäfte werden.

Diese Rechtsprechung macht jetzt nochmals deutlich, dass auch unsere Rückzugsgefechte, die es ja letzten Endes waren, durch die wir der Staatskasse möglichst viel Geld erhalten wollten, nicht akzeptiert wurden. Die EU hatte da etwas gegen das staatliche Notariat – zunächst, muss ich sagen, nur in gesellschaftsrechtlichen Bereichen, aber das hätte sich natürlich auch auf andere Bereiche ausdehnen können.

Nun kann man die EU kritisieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir wollten doch nicht über die EU schimpfen!)

Ich verstehe das an dieser Stelle auch ein Stück weit. Die Gebühren fallen ja doch an. Man muss sie auch bezahlen. Die Unternehmen werden nicht mehr belastet, und den Unternehmen war es wahrscheinlich wurst, wo das Geld landet, ob in der Staatskasse oder bei einem freien Notar.

Aber man muss zur Ehrenrettung der EU in diesem Fall auch daran erinnern, dass sie aus dem Land permanent Einladungen bekommen hat zu handeln. Es war keine Ruhe in diesen Bereich hineinzubringen, weil aus bestimmten Teilen des Notariats, nämlich ausgerechnet aus Südbaden, dem einzigen Bereich, in dem wir Probleme mit der Leistungsfähigkeit des Notariats hatten, die EU und der EuGH ständig eingeladen wurden, uns die Sache kaputt zu machen. Das muss man sagen.

Ich nehme diese Gelegenheit noch einmal für einige Aussagen wahr, weil das Ganze mit mir verbunden wird. Ich habe, als ich Justizminister war, ein württembergisches Notariat und große Teile des badischen Notariats vorgefunden, bei denen es überhaupt keinen Veränderungsbedarf gegeben hätte. Ich hätte auch nichts verändert. Das schwöre ich hier auch noch einmal vor soundso vielen Zeugen. Aber jedem war nach einer Weile klar, dass wir diese Notariatsform nicht halten werden, wenn die EU ihre Politik verfolgt und ständig dazu eingeladen wird, in Baden-Württemberg tätig zu werden.

Dann muss man auch zugeben: Baden-Württemberg war am Schluss das einzige Bundesland mit einem staatlichen Notariat – nirgendwo Freunde. Da gab es auch keine Freunde in der Bundesrepublik, denn der Bund mochte unsere Notariatsform nicht. Vor allem mochte die Bundesnotarkammer sie nicht, und diese hatte auch sehr gute Verbindungen zum Bundestag. Wir waren also schon im Bund allein. Wir waren in Europa restlos allein, nachdem auch noch Portugal unseren Weg verlassen hatte.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Dann haben wir einen Weg beschritten, für den ich jetzt einmal einen Ausdruck gebrauchen möchte, der prominent, aber nicht unumstritten ist: Der Weg, den wir beschritten haben, war alternativlos. Leider, mag man sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber das EuGH-Urteil spricht nun einmal eine deutliche Sprache.

(Abg. Winfried Mack CDU: Unverbesserlich!)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/167 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten heute etwas früher als gestern in die Mittagspause ein.

(Unruhe)

Wir setzen die Sitzung aber nicht um 14:00 Uhr, sondern um 13:30 Uhr fort.

(Zuruf: Sehr gut!)

(Unterbrechung der Sitzung: 12:20 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 13:30 Uhr. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 16/59**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Georg Nelius SPD – Finanzierung von Sprachkursen für Flüchtlinge

Bitte schön, Herr Abg. Nelius.

**Abg. Georg Nelius** SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Regierung:

- a) In welchem Umfang haben Bildungsträger nach Kenntnis der Landesregierung im Neckar-Odenwald-Kreis im Jahr 2015 über die Verwaltungsvorschrift „Deutsch für Flüchtlinge“ von Fördermitteln des Landes profitiert?
- b) Was unternimmt die Landesregierung, um Bildungsträger und Hochschulen zu unterstützen, damit diese insbesondere die steigende Nachfrage nach B2-/C1-Deutschkursen abdecken können?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich darf für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Bärbl Mielich ans Rednerpult bitten.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Nelius, die Landesregierung beantwortet Ihre Anfrage wie folgt:

Nach Mitteilung des Neckar-Odenwald-Kreises haben im Förderjahr 2015 insgesamt 100 Personen an den Grundkursen mit dem Zielniveau A1 nach der Verwaltungsvorschrift „Deutsch für Flüchtlinge“ teilgenommen. Die Erfolgsquote lag bei stolzen 93 %.

Für die Sprachförderung und die Nebenkosten für Anschluss-tests und Fahrtkosten wurden insgesamt 74 750 € verausgabt, davon 55 228 € aus Landesmitteln.

Die Sprachkurse wurden von den Volkshochschulen Buchen und Mosbach sowie vom Bildungsträger USS GmbH in Sinsheim durchgeführt. Im Anschluss an jeden Kurs fand eine

Kompetenzerhebung durch die Bundesagentur für Arbeit statt. Viele Teilnehmer – das finde ich sehr erfreulich – konnten in weiterführende berufliche Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit vermittelt werden.

Im Oktober 2016 wird an der Volkshochschule Buchen ein Deutschkurs mit dem Zielniveau B2 stattfinden, der aus Mitteln des Landes und des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU finanziert wird. In diesem und in den nächsten beiden Jahren werden landesweit weitere 50 aus EU- und Landesmitteln finanzierte B2-Kurse anlaufen.

Das ist die Antwort auf Ihre Frage Buchstabe a.

b) Was unternimmt die Landesregierung, um Bildungsträger und Hochschulen zu unterstützen, damit diese insbesondere die steigende Nachfrage nach B2-/C1-Deutschkursen abdecken können?

Diese Frage haben wir in Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium wie folgt zu beantworten:

Das Wissenschaftsministerium stellt jährlich Mittel in Höhe von rund 160 000 € für die drei staatlichen Studienkollegs in Heidelberg, Karlsruhe und Konstanz sowie das Sprachenkolleg für ausländische Studierende in Freiburg zur Verfügung.

Das Wissenschaftsministerium bietet in enger Kooperation mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst Informationsveranstaltungen für die Hochschulen des Landes zu den aus Mitteln des Bundesbildungsministeriums finanzierten und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst administrierten Bundesprogrammen „Integra“ und „Welcome“ an.

Neben der Informationsaufbereitung ist das Ziel dieser Veranstaltung, insbesondere die zugewiesenen Projektmittel für die einzelnen Hochschulen des Landes den jeweiligen Bedarfen entsprechend zu gestalten.

Auf Initiative Baden-Württembergs wurde die Bundesregierung zudem im Zusammenhang mit der Integrationsgesetzgebung aufgefordert – das halte ich für ziemlich zentral –, durch eine Regelung im Aufenthaltsgesetz sicherzustellen, dass eine Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nicht ausgesprochen werden soll oder nach § 44 a Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes entfällt, wenn sich die Ausländerin oder der Ausländer im Bundesgebiet in einer beruflichen und sonstigen Ausbildung befindet, worunter auch ein Studium und Maßnahmen fallen, die auf die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder eines Studiums – beispielsweise Studienkollegs, studienvorbereitende Sprachkurse an Hochschulen oder Propädeutika – vorbereiten sollen.

Das ist meine Antwort.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Nelius, ist Ihre Anfrage damit erledigt, oder gibt es eine Zusatzfrage? – Bitte.

**Abg. Georg Nelius** SPD: Ganz konkret möchte ich wissen, ob z. B. die Mittel für die Volkshochschulen erhöht werden. Denn konkret bei uns im Neckar-Odenwald-Kreis stellt sich die Situation so dar, dass die zur Verfügung stehenden Mittel einfach nicht ausreichen, um diese B2- bzw. C1-Kurse weiter

(Georg Nelius)

zu finanzieren. Da übersteigt die Nachfrage die vorhandenen finanziellen Mittel.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Staatssekretärin.

**Staatssekretärin Bärbl Mielich:** Klar ist, dass ab Oktober die B2-Kurse starten werden und diese aus unterschiedlichen Fonds – also Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU – finanziert werden. Dass es noch weitere Mittel gibt, haben wir zumindest vorgesehen. In den nächsten Jahren werden landesweit weitere 50 aus EU- und Landesmitteln – das ist jeweils eine Kofinanzierung – finanzierte B2-Kurse anlaufen. Da gehe ich stark davon aus, dass, wenn es für Oktober 2016 für Ihren Kreis vorgesehen ist, Ihr Kreis mit Sicherheit auch darunter fällt, zumal schon jetzt die Aussage getroffen werden kann, dass auch diese Kurse aus Mitteln des Landes und der EU gefördert werden.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Herzlichen Dank!)

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Stand von Planung und Bau des Polizeireviers Schwäbisch Hall im Hinblick auf die geplante Aufstockung von Polizeistellen

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Ist der zuständige Minister da, Herr Präsident?

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das werden wir gleich feststellen.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Ich würde die Frage erst dann vortragen, wenn er da ist.

(Zuruf: Die Frau Staatssekretärin!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Die Frau Staatssekretärin ist anwesend.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Ach, Entschuldigung!

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte schön, tragen Sie Ihre Frage vor.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Ich frage die Landesregierung:

a) Trifft es zu, dass nach der Polizeireform der grün-roten Landesregierung der Neubau der ursprünglichen Polizeidirektion, die nun als Revier gebaut werden soll, bei einer Erhöhung der Stellenzahl – wie durch die grün-schwarze Regierung durch Schaffung neuer Polizeistellen vorgesehen – zu klein geplant wurde?

b) Hält die Landesregierung noch vor Baubeginn eine Erweiterungsplanung bzw. eine Anschlussplanung oder strukturelle Zuordnung (Autobahnpolizei Kirchberg) für sinnvoll, damit die Raumschaft an der geplanten Aufstockung der Personalstellen der neuen Regierung partizipieren kann?

Noch ein Hinweis: Polizeirevier zu klein geplant.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung darf ich Frau Staatssekretärin Dr. Gisela Splett das Wort erteilen.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage des Abg. Dr. Bullinger namens der Landesregierung wie folgt:

Ich schicke voraus: Es war nicht ganz klar, ob das Innenministerium oder das Finanzministerium gefragt ist. Aber ich hoffe, Sie sind dann mit meiner Antwort zufrieden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich war es die letzten fünf Jahre gewohnt! Da war ich meist zufrieden!)

– Danke.

Der Bedarf für den Neubau des Polizeireviers und des Kriminalkommissariats Schwäbisch Hall wurde 2013 auf Basis des Musterraumprogramms für Polizeireviere ermittelt. Bei der Bedarfsbemessung wurden die ab 1. Januar 2014 zugewiesenen Haushaltsstellen des Polizeireviers, des Kriminalkommissariats Schwäbisch Hall sowie der disloziert untergebrachten Einheiten der Stabsstelle Prävention und des Führungs- und Einsatzstabs des Polizeipräsidiums Aalen berücksichtigt.

Darüber hinaus wurde baulich die Möglichkeit berücksichtigt, die Direktionsleitung und die Führungsgruppe der Verkehrspolizeidirektion Schwäbisch Hall mit Sitz in Kirchberg/Jagst nach Schwäbisch Hall umzusiedeln. Die hierfür benötigten Arbeitsplätze sind also in der bisherigen Planung schon berücksichtigt.

Damit werden mit dem Neubau – Stand heute – für alle unterzubringenden Organisationseinheiten ausreichend und den aktuellen polizeilichen Standards angemessene Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Zur zweiten Frage gibt es noch Folgendes zu sagen: Am 25. Februar 2016 wurde mit der Baumaßnahme begonnen; da war der Spatenstich. Eine Erweiterung der Planung vor Baubeginn im Sinne Ihrer Frage war nicht möglich. Denn eine Anpassung der Planung könnte erst konkretisiert werden, wenn festgelegt wäre, wann und wie viele der im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten zusätzlichen Stellen für die Polizei in Baden-Württemberg tatsächlich in Schwäbisch Hall unterzubringen sind. Erst auf Basis dieser gegebenenfalls zusätzlichen Stellen sowie deren organisatorischer Zuordnung kann berechnet werden, wie viele Arbeitsplätze gegebenenfalls ergänzend erforderlich werden. Bei dieser Berechnung ist zu berücksichtigen, dass für fünf Haushaltsstellen für Po-

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

lizeibeamtinnen und -beamte im Wechselschichtdienst lediglich ein Arbeitsplatz benötigt wird.

Darüber hinaus müsste natürlich auch geprüft werden, ob eventuell auch Sonderräume wie beispielsweise Vernehmungszimmer, Besprechungsräume, Umkleieräume etc. ergänzend erforderlich würden. Erst wenn es entsprechende Daten dieser Art in konkreter Form gäbe, könnte geprüft werden, ob ein Ergänzungsbau notwendig wird.

So weit meine Antwort.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ist die Mündliche Anfrage erledigt, oder gibt es eine Zusatzfrage oder sogar mehrere Zusatzfragen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich überrasche: Ich habe keine Zusatzfrage!)

Herr Kollege Stein hat eine Zusatzfrage. – Bitte schön, Kollege Stein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Bis wann denken Sie zu wissen, wie viele Polizisten dort dann eingesetzt werden?

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Staatssekretärin.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Da kann ich Ihnen keinen konkreten Zeitpunkt nennen. Ich habe es dargestellt; es ist ein längerer Prozess. Es ist klar, dass es die Aufwüchse im Polizeidienst entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag geben wird. Diese verteilen sich aber natürlich auf das ganze Land, und es wird noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, zu klären, wann, wie, wo welche Stelle in diesem Bereich neu geschaffen wird.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Wenn es keine weiteren Zusatzfragen gibt – Herr Kollege Klos.

**Abg. Rüdiger Klos** AfD: Eine kurze Frage. Alle Fraktionen in diesem Saal sind sich einig, wir brauchen eine Aufstockung der Polizei. Wo wollen Sie diese Polizisten hernehmen? Soweit ich informiert bin, sind die Ausbildungskapazitäten in Baden-Württemberg absolut am Limit.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Staatssekretärin, bitte.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** An dieser Thematik arbeiten wir schon länger. Damit hat sich auch die Vorgängerregierung auseinandergesetzt, und das wird die jetzige Regierung natürlich auch beschäftigen. Wir müssen, damit wir genügend Polizeibeamtinnen und -beamte einstellen können, auch die Ausbildung entsprechend aufstocken und herauffahren. Aber das ist dann Sache des Innenministeriums, das für vertiefte Fragen sicher gern zur Verfügung steht – aber wahrscheinlich nicht an dieser Stelle und jetzt.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ich sehe, es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet.

Danke schön, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Nutzung der schnellen Verbindung von Nürnberg nach Berlin und München durch die zusätzliche Bestellung einer Spätverbindung in die Raumschaft Schwäbisch Hall/Ostalb

Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Präsident! Herr Minister, nachdem die Zeitungen berichtet haben: „Enttäuschung“, „Kein IC auf der Murrbahn“, „Hohenlohe bleibt abgehängt“, „Versprechen der Bahn wird nicht gehalten wie angekündigt“, frage ich die Landesregierung:

- a) Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die hervorragenden Verbindungen von Nürnberg nach München – Dauer: eine Stunde zwei Minuten – sowie Nürnberg–Berlin – nach Eröffnung der Schnellstrecke über Erfurt ca. eine Stunde schneller als bisher – für die Raumschaft Schwäbisch Hall/Crailsheim/Ellwangen/Aalen/Ansbach zu nutzen, obwohl der neue Verkehrsvertrag des Landes Baden-Württemberg eine Spätverbindung nicht vorsieht?
- b) Ist sie bereit, mit der Bayerischen Staatsregierung darauf hinzuwirken, dass der „weiß-blaue/schwarz-gelbe Schlagbaum“ am Abend fällt und dass durch die zusätzliche Bestellung einer Spätverbindung die Reisenden ab München nach 19:00 Uhr und ab Berlin nach 16:00 Uhr noch eine Verbindung an die oben genannte Raumschaft erhalten?

Ich darf daran erinnern, dass ich Sie in der letzten Legislaturperiode schon einmal darauf angesprochen habe und immer noch Hoffnung bezüglich dessen habe, was ich damals gehört habe.

(Vereinzelt Beifall)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich das Wort Herrn Minister Winfried Hermann erteilen.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abg. Bullinger, ich danke für die Frage und für die Möglichkeit, in der Sache noch einmal Klarheit zu schaffen. Ich möchte gern die beiden Fragen im Zusammenhang behandeln, weil sie auch zusammen gedacht sind.

Derzeit besteht die letzte Fahrmöglichkeit von Nürnberg über Ansbach nach Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental und dann nach Stuttgart ab Nürnberg um 20:37 Uhr. Wir haben nicht vor, im Übergangsvertrag – das ist wahrscheinlich der neue Vertrag, den Sie gemeint haben; dies ist aber nur ein Übergangsvertrag, der von Oktober 2016 bis 2019 gilt – Änderungen vorzunehmen. Es ist übrigens der Charakter fast aller Übergangsverträge, dass wir da nicht sehr viel ändern, weil es sich für kurze Zeiten nicht rechnet, neue zusätzliche Angebote mit anderen Fahrzeugen und Zeiten zu machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlagbaum runter um neun!)

– Nein. – Aber wir haben eine Perspektive: Die Verbindung Stuttgart–Nürnberg ist Bestandteil des Ausschreibungsnetzes

(Minister Winfried Hermann)

3 a. Die entsprechenden Ausschreibungen wurden am 9. April ins EU-Amtsblatt gesetzt, also veröffentlicht, und wir werden im Laufe dieses Jahres die Ausschreibung durchführen und dann entscheiden.

Nach Abschluss der Gespräche mit der Deutschen Bahn Fernverkehr und der Region herrscht mittlerweile Klarheit, dass das Verfahren, eine klassische Nahverkehrsausschreibung zu machen, dasjenige ist, was von allen Beteiligten jetzt auch weiterverfolgt wird.

Die Vorteile dieser Nahverkehrsausschreibung und des neuen Nahverkehrsangebots gegenüber der Integration des Fernverkehrs, wie sie die Bahn zwischenzeitlich – für uns überraschend – verfolgt hat, überwiegen. Die ursprüngliche Ankündigung der DB Fernverkehr war – „Ursprünglich“ kann man nicht sagen. Vielmehr haben wir auf der Strecke ein Ausschreibungsverfahren begonnen. Dann hat die Bahn gesagt: „Halt, stopp, wir wollen dort eigentlich gern einen neuen Intercity fahren lassen.“ Daraufhin haben wir gesagt: „Gut, wir sind offen, aber das Angebot soll sich nicht verschlechtern.“ Dann haben wir mit der Bahn gesprochen und gerungen und waren dann zu dem Entschluss gekommen, dass wir das Netz teilen, dass wir ein Netz 3 a und ein Netz 3 b machen und so eine Möglichkeit eröffnen, einen Fernverkehrszug fahren zu lassen unter der Bedingung, dass dieser mit Nahverkehrsticket nutzbar ist.

Das hat allerdings am Ende nicht funktioniert – zum einen, weil mit Intercityzügen nicht an allen Haltepunkten hätte gehalten werden können, da die Haltestellen nicht die passende Höhe haben, und zum anderen, weil die Bayern bei dem System nicht mitgemacht haben. Das hat dazu geführt, dass die Deutsche Bahn am Ende von ihrem Konzept „Wir fahren da auch Fernverkehr“ Abstand genommen hat. Dadurch haben wir jetzt Zeit verloren und fallen zurück auf die alte Konzeption „Wir machen eine Nahverkehrsausschreibung“.

Was planen wir bei dieser Nahverkehrsausschreibung an Verbesserungen? Die neuen Planungen sehen jetzt vor, dass wir in Zukunft zwei Stunden später eine weitere Verbindung schaffen, nämlich um 22:37 Uhr ab Nürnberg bis nach Crailsheim. Dort wäre die Ankunft dann um 23:41 Uhr.

Wir haben uns auch überlegt, ob eine Verlängerung nach Schwäbisch Hall-Hessental – dort wäre die Ankunft etwa um Mitternacht gewesen – sinnvoll ist. Theoretisch wäre es möglich gewesen. Wir haben aber davon Abstand genommen, weil es zu wenig Nachfrage gibt und eine teure Leerfahrt zurück damit verbunden wäre. Deswegen haben wir das nicht gemacht.

Ich will aber auch sagen: Ab Stuttgart wird es zukünftig dann auch eine Verbesserung geben. Heute fährt der letzte Zug nach Nürnberg kurz nach acht, zukünftig kurz vor neun. Der geht dann weiter bis Nürnberg, und bis Crailsheim gibt es dann noch einmal einen Zug, der in Stuttgart um 22:23 Uhr abfährt. Das heißt, das sind zwei zusätzliche spätere Verbindungen ab 2019.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da fährt doch heute bereits einer um 23:58 Uhr!)

– Das kann ich jetzt gerade nicht nachvollziehen. Aber das können wir nachher gleich klären. Denn ich habe hier zwei Experten im Hintergrund.

Die Inbetriebnahme von Netz 3 a ist ab Dezember 2019 vorgesehen. Die Angebotsausweitung ist so, wie wir es jetzt vorhaben, mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft abgestimmt. Das müssen wir immer im Konsens machen, weil wir auf der Strecke zwei Länder haben, auch wenn Baden-Württemberg den größeren Teil der Strecke betreut und bezahlt. Man kann also grundsätzlich sagen: Wir werden ab 2019 – aber eben erst ab 2019 – zwei Stunden später eine Verbindung anbieten von Nürnberg her und auch von Stuttgart her, also zusätzliche spätere Verbindungen.

Man kann insgesamt sagen: Es ist eine wesentliche Verbesserung im Sinne Ihres Anliegens, aber eben nicht sofort und gleich, sondern erst ab 2019.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Vielen Dank. – Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Vielen Dank, sehr geehrter Herr Minister, für Ihre Ausführungen. Ich möchte noch einmal auf das DB-Fernverkehrsangebot zurückkommen. Sie hatten das ja am 21. Juni auch in einer Pressemitteilung noch einmal beschrieben, in der Sie seitens des Ministeriums formuliert hatten, dass das Fernverkehrsangebot nicht möglich sei, u. a. auch wegen der Bahnsteighöhen in Waiblingen und Winnenden.

Hierzu noch einmal die Nachfrage: In Waiblingen und Winnenden gibt es S-Bahn-Anschluss bis Backnang. Wir haben eine Intercityverbindung auf der Remsbahn, bei der der Intercity auch erst in Schorndorf hält, also nicht in Waiblingen. Wurde das noch einmal geprüft?

Es wäre wünschenswert, wenn man in Winnenden und in Waiblingen einen Halt hätte. Wenn das aber daran scheitert, dass der Bahnsteig nicht hoch genug ist, dann hätte man eben in Backnang – Der Präsident freut sich schon, dass ich diese Frage stelle. Wurde das noch einmal geprüft, oder hat man das Thema damit gleich für erledigt erklärt?

Welche Themen haben nicht in die Angebotskonzeption 2025 hineingepasst?

Danke.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Grundsätzlich, weil es die meisten wahrscheinlich nicht so ganz verstehen: Für uns war klar, dass wir Nahverkehr ausschreiben, und das in einem sauberen Stundentakt. Die Bahn kam dann mit dem Wunsch, dass sie ein Fernverkehrsangebot machen möchte, was die Region gern aufgegriffen hat. Dann gäbe es sowohl die Strecke nördlich über die Murrbahn als auch die Strecke über die Remsbahn, also sozusagen zwei Fernverkehrsverbindungen nach Nürnberg.

Wir haben von Anfang an immer gesagt: Wenn die Bahn das möchte, werden wir dem entgegenkommen; wir halten das aber nicht für eine kluge Lösung, weil es da Probleme gibt. Die Haltestellen ermöglichen u. a. dort, wo die S-Bahn fährt, keinen Ausstieg, weil sie zu hoch sind. Das haben wir aber gesagt. Wenn man es gemacht hätte, wäre das zum Nachteil dieser Haltepunkte geschehen, weil sie dann nicht mehr im Stundentakt anzubieten gewesen wären.

(Minister Winfried Hermann)

Deswegen haben wir der Bahn angeboten, weiterhin im Stundentakt mit Nahverkehrszügen zu fahren, während die Bahn zusätzlich den Fernverkehrszug einsetzt. Das wollte die Bahn nicht, weil sich das für sie dann nicht mehr gerechnet hätte. So ist dann der Ansatz entstanden, ein integriertes Konzept zu planen.

Am Ende hat die Bahn von diesem integrierten Konzept, an dem sie selbst lange Zeit sehr interessiert war, Abstand genommen: aufgrund der Einwände und am Ende aufgrund der Schwierigkeit, dass die bayerische Seite nicht mitgemacht hat. Jetzt sind wir wieder dort, wo wir mit unserer Ausschreibung begonnen haben.

Ich will aber deutlich sagen: Wir werden dort in Zukunft verlässliche Taktverkehre anbieten. Wir werden auch spätere Verbindungen haben; das ist eine Verbesserung. Wir werden auch mit neuen Fahrzeugen kommen. Für die Region wird es also insgesamt zu Verbesserungen kommen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Zusatzfragen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Meine ist damit erledigt!)

– Erledigt. Vielen Dank, Herr Minister. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Martin Rivoir SPD – Mängel im Regionalverkehr der Deutschen Bahn AG

Bitte schön, Herr Abg. Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich frage die Landesregierung:

- a) Sind der Landesregierung Beschwerden bekannt, wonach sich technische Mängel an Lokomotiven, Triebwagen und Wagen der Deutschen Bahn AG – in diesem Fall der DB Regio – seit der Vergabe der Streckennetze im Großraum Stuttgart an konkurrierende Netzbetreiber häufen, insbesondere auf der Strecke Stuttgart–Tübingen?
- b) Wie bewertet sie den Umstand, dass zurzeit offenbar vermehrt Züge wegen Personalmangels ausfallen?

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung darf ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort erteilen.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank, Herr Präsident! Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für die Anfrage. Sie weisen auf Probleme hin, die auch wir wahrnehmen. Wir haben festzustellen, dass im Großraum Stuttgart in den letzten Monaten tatsächlich Probleme aufgetreten sind, was den Zustand der Fahrzeuge, die technische Zuverlässigkeit und auch die Zuverlässigkeit bezogen auf den Fahrplan anbelangt.

Es gibt nicht nur Beschwerden seitens der Fahrgäste, sondern es gibt sogar auch Antworten seitens der Bahn, die genau diese Beschwerden und die Mängel bestätigen.

Also, es gibt Zugausfälle, es gibt Verspätungen, und das ist natürlich für die Kundinnen und Kunden sehr unangenehm und ärgerlich.

Wir stellen nun durch eigene Beobachtungen fest – diese sind zwar im wissenschaftlich-statistischen Sinn noch nicht endgültig; wir werden da aber noch bessere Zahlen bekommen –, dass die vorgesehene Zugbildung ab und zu nicht wie geplant und zugesagt stattfindet, dass Türen defekt sind, dass Fahrzeuge von außen sichtbar dreckig sind, also längere Zeit nicht gereinigt worden sind. Wir müssen sogar sagen, dass das, was Sie auf der Strecke Stuttgart–Tübingen in Ihrer Frage festgestellt haben, im Grunde noch nicht einmal die Spitze ist; auf anderen Strecken haben wir zum Teil sogar noch mehr Klagen und Mängel festzuhalten.

So gibt es z. B. massive Beschwerden im Bereich Heilbronn–Stuttgart, Stuttgart–Heilbronn, und die hierzu eingegangenen Beschwerden waren, ebenso wie die Beschwerden in Bezug auf die Strecke Richtung Tübingen, schon mehrfach Gegenstand intensiver Diskussionen zwischen der DB Regio und unserer Nahverkehrsgesellschaft sowie den zuständigen Mitarbeitern meines Hauses. Die DB Regio hat durchaus zugegeben, dass es in der Infrastruktur wie im Betrieb diese Mängel gibt, und hat im Prinzip auch gesagt: „Wir sind bemüht, das abzustellen“ – was natürlich zu wenig ist; wir wollen, dass diese Mängel wirklich abgestellt werden.

Wir müssen also sagen, dass wir den Eindruck, nach dem Sie gefragt haben, mit den Informationen, die wir haben, bestätigen. Wir warten jetzt noch auf endgültige Zahlen, um genau und präzise sagen zu können, wie viele Züge ausfallen, wie viele Verspätungen es gibt und wie viele Minuten diese ausmachen.

Sie haben auch gefragt, was der Hintergrund sei, warum Züge ausfielen. Einer der Gründe – neben den anderen, die ich schon angesprochen habe – ist, dass offenbar kurzfristige Krankmeldungen mit sich bringen, dass die Bahn nicht in der Lage ist, kurzfristig einen Ersatzlokomotivführer zu bekommen – und dann fährt der Zug nicht. Denn man hat über die Jahre das Personal so abgebaut, dass keine Reserve mehr da ist, und das schlägt in solchen Zeiten natürlich durch.

Ich finde das sehr ärgerlich; solche Systeme müssen verlässlich sein, das heißt, sie müssen ein Stück weit auch einen Toleranzbereich erlauben, wenn etwas schiefgeht. In anderen Zusammenhängen spricht man von Resilienz, also von der Fähigkeit, auch in Belastungssituationen stabil zu bleiben. Dies gehört meines Erachtens dazu.

Übrigens müssen wir aber auch sagen, dass diese Probleme, die ja auf den Strecken auftreten, wo die Bahn zukünftig nicht mehr verkehren wird, weil Abellio und Go-Ahead gewonnen haben – Das ist vielleicht auch der Hintergrund Ihrer Frage. Die Bahn könnte sagen: „Okay, jetzt ist es uns gerade egal, was in den letzten drei Jahren noch läuft.“ Aber das ist keine hinreichende Erklärung. Denn wir stellen fest, dass es dort, wo die DB noch bis 2028 laufende Verträge hat – also lange Laufzeiten –, oder dort, wo die Bahn Vergaben gewonnen hat, ebenfalls solche Probleme gibt. So gibt es personalbezogene Zugausfälle beispielsweise auf der Teckbahn, auf der Schusterbahn, auf der Strecke Heilbronn-Nord – da ist zwar die AVG der Betreiber, aber das Personal kommt von der Deut-

(Minister Winfried Hermann)

schen Bahn. Also, es hat schon auch etwas mit dem Management und mit der Art und Weise zu tun, wie die Deutsche Bahn, vor allem die DB Regio Baden-Württemberg, da arbeitet.

Wir erwarten aber, dass die Bahn auch dann, wenn sie Ausschreibungen verloren hat, dort, wo sie heute fährt, wo sie in Übergangsverträgen fährt, und dort, wo sie zukünftig fährt, ein verlässlicher Partner für die Landesregierung ist und dazu beiträgt, dass der Nahverkehr ein gutes Angebot ist, das die Menschen gern nutzen. Es darf nicht die Meinung vorherrschen: Mit denen kann man sowieso nicht fahren, denn die Züge sind dreckig, oder sie kommen zu spät.

Wir werden jedenfalls alles tun, um zu vermeiden, dass es durch den Übergang in den Netzen 1, den sogenannten Eisersnetzen, von der DB Regio zu Go-Ahead und Abellio zu Brüchen kommt und dass die Deutsche Bahn verantwortungsvoll übergibt. Wir halten die Bahn dort in der Verantwortung.

Die Situation der Mitarbeiter ist natürlich zum Teil von Angst geprägt. Sie fragen sich: Was wird aus mir? Werde ich noch einen Job haben? Da können wir aber zumindest sagen – erstens –: Wir kümmern uns darum; wir führen Gespräche, und wir werden auch eine Arbeitsgruppe dazu einsetzen, um die Übergänge von einem Unternehmen zum anderen zu begleiten.

Wir können zweitens auch deutlich sagen: Wir fahren zukünftig mit mehr Zügen, und wir haben im Vertrag drin, dass wir mehr Zugbegleitpersonal haben werden. Heute fahren die Züge fast immer unbegleitet, also ohne Kontrolle. Wir werden zukünftig mehr Begleitpersonal und damit auch mehr Kontrolle haben. Das bedeutet, dass es auch mehr Angebote für die DB-Mitarbeiter gibt.

Somit kann man insgesamt sagen: Es wird zukünftig besser werden. Wir achten jedenfalls darauf und tun unser Bestes dafür.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Vielen Dank, Herr Minister. – Ist die Anfrage damit erledigt, oder gibt es Zusatzfragen? – Herr Kollege Rivoir, eine Zusatzfrage.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Es ist natürlich klar: Gutes Zurenden und Verhandeln ist das eine. Aber ich denke, man muss der Bahn knallhart mit monetären Folgen drohen. Welche Instrumente haben Sie? Wann werden Sie versuchen, Geld für diese Leistungen zurückzubekommen? Sie zahlen der Bahn ja viel Geld für eine Leistung, die diese zum Teil nicht erbringt.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Wir tun alles, was vertraglich möglich ist. Das, was der große Verkehrsvertrag an Pönalen hergibt, nutzen wir. Bei den neuen Verträgen haben wir bessere Konditionen. Wir werden bei allen, unabhängig davon, wer der Betreiber ist, darauf achten.

Klar ist eines: Wenn ein Zug nicht gefahren wird, wird er auch nicht bezahlt. Diese Aussage ist ziemlich klar. Bei Verspätungen gibt es bestimmte Regeln, ab wann man zahlen muss. Im alten Vertrag wurden die Verspätungen insgesamt zusammengerechnet, und damit schlagen Einzelverspätungen oft nicht zu Buche.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Kollegen Keck, bitte.

**Abg. Jürgen Keck FDP/DVP:** Herr Minister, herzlichen Dank. Ich möchte Sie aber darum bitten, dass Sie den Süden nicht vergessen und nicht außer Acht lassen. Die gleiche Problematik gibt es bei der Hochrheinstrecke und der Bodenseegürtelbahn. Das ist sicherlich bekannt. Wenn Sie bei der Bahn intervenieren, sollten Sie uns im Süden nicht vergessen.

Bei Themen, die von Zugausfällen durch technische Mängel über Personalnot bis hin zu völlig veraltetem Zugmaterial reichen, sind uns die Schweizer, die sich in direkter Nachbarschaft befinden, um Welten, was die Moderne betrifft, voraus. Auch die Elektrifizierung muss ich nicht mehr ansprechen.

Auch die Bahnsteigsanierung, das Bahnhofsmodernisierungsprogramm – ich komme auf das Thema des Kollegen zurück – sollte endlich umgesetzt werden. Es geht nämlich nicht nur um Bequemlichkeiten, sondern auch um die Sicherheit der zu befördernden Gäste. Zum Teil gibt es Bahnsteigkanten mit über 90 cm Höhe. Das kann es nicht sein. Es darf nicht sein, dass erst etwas passieren muss, dass erst jemand zu Schaden kommt, bis die Bahn aktiv wird.

Die Planungsraten sind von den Kommunen an die Bahn bezahlt. Sie sollte jetzt allmählich in die Puschen kommen und sollte entsprechend Geld in die Hand nehmen. Hier bitte ich Sie um Unterstützung in Bezug auf den Anspruch an die Bahn.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank. Ich kann nicht jeden Punkt, den Sie angesprochen haben, ausführlich kommentieren.

(Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Schon klar!)

Aber seien Sie gewiss, dass wir alles tun werden und bisher getan haben, damit wir ein gutes Angebot auf der Schiene haben. Die Bemühungen um die Ausschreibungen zielen darauf, dass wir zukünftig verlässlich fahren und dies auch durch Strafen absichern, dass der jeweilige Anbieter also verlässlich fahren muss, weil er nur dann keine ökonomischen Nachteile hat. Wir versuchen, das Bahnhofsmodernisierungsprogramm fortzuschreiben. Das jetzige läuft 2018 aus. Es läuft übrigens, aber es läuft eben so gut, wie es mit Mitteln ausgestattet ist.

Wir werden auf jeden Fall auf vielen Strecken mit sehr viel neueren Zügen fahren. Wir werden in den Großnetzen mit neuen Zügen im Landesdesign starten, die behindertengerecht sind, die klimatisiert sind, die WLAN-Anschlüsse haben. Wir glauben, nur wenn wir ein gutes, ansprechendes, verlässliches Schienenpersonennahverkehrsangebot machen, werden die Leute umsteigen. Wir wollen, dass sie dies vermehrt tun, damit wir weniger Verkehrsprobleme und weniger Umweltprobleme haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Nelius.

**Abg. Georg Nelius SPD:** Ich glaube, die Anfrage des Kollegen Rivoir hat eine offene Wunde getroffen. Denn ich glaube, landauf, landab sind ähnliche Mängel festzustellen, auch auf der Strecke Heilbronn–Mosbach–Neckarelz, und zwar schon seit eineinhalb Jahren. Die Menschen dort erwarten von der Landesregierung eine klare Haltung.

Den Hinweis „Wir tun alles“ glauben die Menschen nach eineinhalb Jahren einfach nicht mehr. Daher, glaube ich, ist es notwendig, den Verkehrsträgern deutlich zu sagen, welche Leistungen sie eigentlich verkauft haben – die von den Benutzern des ÖPNV eingefordert werden.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, bitte.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Das gibt mir die Gelegenheit, mich noch einmal grundsätzlich zu äußern. Wenn es Probleme gibt, landen sie natürlich immer beim Verkehrsminister. Der ist aber nicht Chef der Deutschen Bahn und auch nicht der Chef von DB Regio, sondern er hat Verträge, und er hat bestimmte Möglichkeiten. Dort, wo wir die Kompetenzen und Möglichkeiten haben zuzugreifen, für eine Besserung zu sorgen, und sei es auch nur im Gespräch oder im Protest, da tun wir das.

Aber man muss schon auch sagen: Ein großer Teil der Probleme, die wir hier besprechen, liegt natürlich verstärkt in der Verantwortung der Deutschen Bahn, DB Regio und der verschiedenen Bahntöchter. Gerade bei Bahnhaltepunkten usw. sind wir, das Land, ja erst einmal gar nicht zuständig. Trotzdem wenden sich die Menschen an uns, wenn der Bahnhof dreckig ist, und ich sage trotzdem nicht: „Das geht mich nichts an“, sondern ich habe ein Interesse, dass Bahnhöfe sauber sind. Also sprechen wir mit der Deutschen Bahn.

Ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt schon auch bei der Deutschen Bahn ein Bewusstsein, dass sie so nicht weitermachen können und dass sie ihre Kunden verprellen, wenn sie so weitermachen, und sie wissen auch, dass sie in vielerlei Hinsicht in der öffentlichen Kritik stehen und besser werden müssen.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, einen Moment noch. Eine Zusatzfrage des Kollegen Dr. Balzer.

**Abg. Dr. Rainer Balzer AfD:** Ich bin jetzt seit März gewählter Abgeordneter und fahre dadurch relativ häufig die Bahnstrecke Mannheim–Bruchsal–Stuttgart. Dabei ist mir aufgefallen, dass in den S-Bahnen und im Regionalexpress praktisch nie – ich kann durchaus sagen, bei den Fahrten, die ich fast täglich mitgemacht habe, nie – ein Zugbegleitpersonal an Bord ist. Als Folge wird auch nie die Fahrkarte kontrolliert.

Ist das normal? Haben Sie, die Regierung, überhaupt einen Einfluss darauf, oder liegt das rein im Ermessen des Verkehrsdienstleistungsunternehmens?

Danke.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Normal ist da gar nichts mehr.

(Heiterkeit bei der AfD – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vielleicht noch einmal zur Zuständigkeit: Für die Ausschreibung und den Betrieb der S-Bahn ist nach dem Gesetz der Verband Region Stuttgart zuständig. Das Land überweist pauschal eine Summe an den Verband Region Stuttgart. Dieser schreibt aus, bestellt und entscheidet in seinen Ausschreibungsverträgen, ob da ein Begleiter mitfährt, mit oder ohne Schlagstock, wie auch immer.

(Heiterkeit der Abg. Petra Krebs GRÜNE)

Das entscheiden die dann.

Bei den Ausschreibungen, die wir, das Land, machen, haben wir Wert darauf gelegt, dass bestimmte Standards gelten. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen, dass Züge zukünftig häufiger begleitet werden, weil wir feststellen, durch Begleitung wird erstens eher gezahlt, und zweitens gibt es auch keine Randalen. Wir wollen ja, dass die Menschen keine Angst haben, wenn sie in den Zug einsteigen, weil da irgendwelche Leute grölen oder saufen, sondern dort soll eine bestimmte Kultur herrschen. Ich bin für eine gute öffentliche Fahrkultur, und das kann durch Zugbegleitung verbessert werden.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, vielen Dank. – Nachdem keine weitere Zusatzfrage vorliegt, ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 erledigt.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde, da keine weiteren Anfragen vorliegen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Feinstaubalarm und Fahrverbote in Stuttgart – Drucksache 16/20**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Rivoir für die SPD-Fraktion.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Die Verkehrsprobleme in Stuttgart und der Region sind unzweifelhaft groß und sicher auch nicht von heute auf morgen zu lösen. Es braucht klare Konzepte und Strategien. Stuttgart braucht Investitionen in Busse und Bahnen und bezahlbare Fahrpreise für alle. Dafür müssen Stadt und Land erhebliche Mittel einsetzen. Wir unterstützen die Forderung des Stuttgarter Oberbürgermeisters, der eine Erhöhung um 250 Millionen € innerhalb von fünf Jahren von der grün-schwarzen Landesregierung gefordert hat.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Sie übernehmen den Laden!)

Wir brauchen also ein jährliches Plus von 50 Millionen € für den Nahverkehr in Stuttgart. Wir brauchen auch die Erweiterung des Stadtbahnnetzes und des S-Bahn-Netzes. Auch wenn es nicht alle so sehen wollen: Auch das im Bau befindliche Projekt Stuttgart 21 ist ein Beitrag zur Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme dieser Stadt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

(Martin Rivoir)

Das, was ich aufgezählt habe, sind die großen Linien, die langfristig wirken. Wir brauchen aber auch eine kurzfristige Entlastung im Kleinen, im Alltäglichen. Über dieses Wie, die Frage, wie diese kurzfristige Entlastung zu funktionieren hat oder funktionieren kann, herrscht in Stuttgart und wohl auch hier völlige Unklarheit.

Es gibt keine klare Linie der Regierung. Da sind auf der einen Seite Sie, Herr Verkehrsminister, der nicht das tun darf, was er eigentlich gern machen will, nämlich Fahrverbote einführen, weil der Herr Ministerpräsident und der Stuttgarter Oberbürgermeister dies nicht wollen. Die Grünen im Rathaus haben zusammen mit anderen darauf hingewiesen, dass lokale Beschränkungen am Neckartor keine Lösung sind. Dies ist auch richtig, weil der Verkehr dadurch nur verdrängt wird.

Auf der anderen Seite will die CDU-Fraktion in dieser Regierung offensichtlich gar keinen Feinstaubalarm mehr haben. Denn noch drei Tage vor der Wahl hat Kollegin Razavi in der „Stuttgarter Zeitung“ verkündet – ich zitiere –:

*Wenn es nach uns geht, wird es bei einer Regierungs-  
beteiligung der Christdemokraten im Herbst keinen Fein-  
staubalarm mehr geben.*

Also ein Drunter und Drüber. Die Menschen in Stuttgart wollen aber Klarheit. Sagen Sie den Menschen in dieser Region endlich, was Sie machen wollen. Wollen Sie ein Fahrverbot für alle Fahrzeuge in Stuttgart bei Feinstaubalarm? Wollen Sie ein wechselndes Fahrverbot für Fahrzeuge mit geraden und mit ungeraden Kennzeichen? Wollen Sie nur Fahrverbote für Fahrzeuge ohne blaue Plakette? Wann soll dieses Fahrverbot ziehen? Wenn 80 % Marktdurchdringung der blauen Plakette vorhanden sind, oder wollen Sie das schon früher erreichen? Wollen Sie Busspuren einrichten? Wollen Sie Spuren für Elektrofahrzeuge auf den Zufahrtsstraßen nach Stuttgart? Oder wollen Sie Extraspuren für Fahrzeuge mit zwei, drei oder mehr Insassen?

Wie sinnvoll – das würde uns ebenfalls interessieren – wären solche lokal nur am Neckartor wirksamen Fahrverbote? Wie stehen Sie zum Beschluss des Stuttgarter Gemeinderats, der solche lokalen verkehrsbeschränkenden Maßnahmen nur am Neckartor grundsätzlich ablehnt?

Fragen über Fragen, aber keine Antworten. Aber Stuttgart, Herr Minister, wartet auf Ihre Antworten. Durch die Behandlung unseres Antrags unter diesem Tagesordnungspunkt bieten wir Ihnen nun das Auditorium, um diese drängenden Fragen zu beantworten.

Ich kenne Ihre sportlichen Qualitäten nicht, aber der Spagat, den Sie hier machen müssen, dürfte groß sein: auf der einen Seite Ihre Vorstellungen zu Fahrverboten, auf der anderen Seite die Vorstellung der CDU, dass es überhaupt keinen Feinstaubalarm mehr geben soll. Wir sind gespannt auf Ihre Antwort, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD – Abg. Felix Schreiner CDU:  
Ein Spagat der Freundschaft! – Abg. Karl Zimmer-  
mann CDU: Wir versetzen die Messanlagen! – Ver-  
einzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Renkonen.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Klenk, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt sehr viel Feinstaub auf einmal, lieber Martin.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Feinstaubalarm!)

Sehr viele Fragen, aber kaum Antworten. Wir hätten uns gewünscht, dass von der Opposition durchaus konstruktive Vorschläge kommen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Kommt noch!)

Ich will hier einmal klarstellen: Die Grünen haben von Anfang an gesagt, dass Fahrverbote für uns derzeit kein Thema sind. Hierbei sind wir uns mit unserem Koalitionspartner absolut einig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben einen Vergleich vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart abgeschlossen, und zwar aus gutem Grund, weil nämlich genau dieses Verwaltungsgericht in Aussicht gestellt hat, dass es möglicherweise Fahrverbote geben muss. Diese haben wir durch diesen Vergleich jetzt abgewendet, weil wir damit Zeit gewinnen und durch unsere eigenen Maßnahmen zeigen können, dass wir die Schadstoffbelastung, die zugegebenermaßen am Stuttgarter Neckartor unerträglich hoch ist, senken können.

Ich will Ihnen eines sagen: Das Thema Feinstaub beschäftigt nicht nur uns, sondern auch Bayern. Das Verwaltungsgericht München hat den Freistaat Bayern zu 10 000 € Bußgeld verurteilt, weil dieser keinen Maßnahmenkatalog vorgelegt hat. Das zeigt, dass die Gerichte in diesem Fall kein Pardon kennen und durchaus bereit sind, Entscheidungen zu fällen.

Ich finde aber, dass die Politik die Entscheidungen fällen muss und nicht die Gerichte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg.  
Raimund Haser CDU)

Wir Grünen sind uns mit unserem Koalitionspartner CDU auch vollkommen einig, dass wir die Sorgen und Ängste der Menschen am Neckartor ernst nehmen müssen. Die Gesundheitsbelastung durch Feinstaub und Stickoxid ist – vor allem an stark befahrenen Straßen – zugegebenermaßen zu hoch. Wissenschaftliche Studien haben eindeutig belegt, dass die Zahl der Atemwegs- und Kreislaufkrankungen ansteigend ist.

Deshalb sind wir, die Politik, auch eine Antwort schuldig. Wir, die Landesregierung und die Regierungskoalition, haben deshalb zusammen mit der Stadt Stuttgart einen Maßnahmenplan vorgelegt, der aufzeigt, wie wir diese Feinstaubbelastung reduzieren wollen. Dieser Maßnahmenplan sieht ganz eindeutig vor, dass wir mehr Autoverkehr auf den ÖPNV verlagern müssen. Wir können die Feinstaubprobleme nicht durch neue Straßen lösen, sondern nur durch eine Verlagerung auf den ÖPNV und alternative Antriebstechnologien bei den Fahrzeugen. Dafür setzen wir Grünen uns ein.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der  
CDU)

(Daniel Renkonen)

Wir benötigen eine neue Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsträger besser miteinander vernetzt und den öffentlichen Nahverkehr für Berufspendler und Freizeitfahrer noch attraktiver macht. Deshalb ist es unser Ziel, bis zum Jahr 2025 alle Städte und Gemeinden – nicht nur hier in der Region Stuttgart, sondern landesweit – von 6 bis 24 Uhr spätabends mindestens im Stundentakt anzubinden. Dieses Ziel haben wir uns gesetzt. Die sehr vielen Maßnahmen, die bereits umgesetzt worden sind, zeigen auch in diese Richtung, meine Damen und Herren.

Jetzt möchte ich noch auf einige Maßnahmen eingehen, die wir zur Luftreinhaltung im Stuttgarter Kessel bereits durchgeführt haben. Erstmals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg haben wir analog zur Stadt Stuttgart ein Jobticket für Landesbeschäftigte eingeführt, im Rahmen dessen sie für ihre Jahreskarte einen monatlichen Zuschuss von 20 € erhalten. Hierfür investiert das Land Baden-Württemberg 15 Millionen € jährlich. Die erste Auswertung des Verkehrs- und Tarifverbunds VVS zeigt bereits eine starke Nachfrage. Das heißt, der Anreiz für Pendler, für Landesbeschäftigte, vom Auto auf die Bahn umzusteigen, wird durch dieses Jobticket erhöht.

Binnen eines Jahres hat sich der Verkauf von Firmentickets beim VVS um 8,8 % erhöht. Mittlerweile gewähren 350 Firmen ihren Mitarbeitern einen Rabatt. Da ist das Land jetzt ebenfalls eingestiegen. Ich denke, das, was wir da gemacht haben, zeigt zusammen mit den Maßnahmen der Stadt Stuttgart Wirkung.

Aber wir wissen: Allein mit dem Jobticket ist es nicht getan. Deshalb wollen wir den S-Bahn- und Regionalverkehr weiter stärken. Hierzu bauen wir ein Netz aus barrierefreien Metro-polexpresszügen auf, die in den Kernzonen der Metropolregionen im Halbstundentakt fahren sollen. Eine volle S-Bahn mit 1 200 Fahrgästen erspart uns täglich einen Stau von 5 km; das muss man sich in diesem Zusammenhang einmal vor Augen führen.

Ich möchte noch eines sagen, was die Deutsche Bahn betrifft: Wir wissen, ein pünktlicher Nahverkehr ist ein attraktiver Nahverkehr. Aber so, wie er sich momentan im S-Bahn-Netz darstellt – mit dem Rattenschwanz an Verspätungen –, schaffen wir keine Anreize. Deshalb fordern wir die Deutsche Bahn auf, endlich die Schieneninfrastruktur in der Region Stuttgart auf Vordermann zu bringen. Wir brauchen neue Signale, Weichen und Stellwerke, damit der S-Bahn- und der Regionalverkehr attraktiv bleiben.

Wir sind der Überzeugung, dass wir mit dem Maßnahmenplan von 50 Maßnahmen – einige habe ich jetzt aufgelistet – die Feinstaubbelastung und auch die Stickoxidbelastung ohne Fahrverbote dauerhaft auf ein zulässiges Maß senken können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Schreiner.

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rivoir, der beste Beitrag zur Reduzierung des Feinstaubs

am heutigen Tag in Stuttgart wäre gewesen, wenn Sie statt viel heißer Luft

(Widerspruch von der SPD)

ein paar konkrete Beiträge gebracht hätten, wie wir z. B. den Feinstaub in dieser Stadt mindern können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Denn den Feinstaub und die Debatte über den Feinstaub in der Landeshauptstadt Stuttgart haben wir ja nicht erst seit wenigen Wochen. Vielmehr ging es darum auch schon in der letzten Legislaturperiode in sehr vielen Debatten. Ich kann Ihnen versichern: Dieses Thema wird auch in dieser Legislaturperiode ein treuer Begleiter sein.

Uns allen ist bewusst, dass wir alle einen Beitrag in Bezug auf die Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden leisten müssen und dass etwas passieren muss, um zugunsten der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt etwas zu erreichen – und das übrigens nicht erst seit dem zwischen zwei Bürgern und dem Land Baden-Württemberg vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart geschlossenen Vergleich.

Die Entwicklung der Feinstaubbelastung ist seit vielen Jahren – nicht erst seit 2011 – insgesamt verhalten positiv zu bewerten; denn die Belastungen sind dann ja doch etwas zurückgegangen. Aber dieser Rückgang reicht bei Weitem nicht aus.

Das Land ist aufgrund europäischer Vorgaben und zur Vermeidung von Strafzahlungen ganz konkret zum Schutz der Bevölkerung in Ballungsgebieten, vor allem in Stuttgart, verpflichtet. Deshalb müssen wir weiter konsequent an der Reduzierung von Schadstoffbelastungen arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Karl Rombach CDU)

Nun lässt sich kaum verhehlen, dass es zwischen den beiden Regierungsfraktionen in der Vergangenheit mitunter unterschiedliche Auffassungen über den Weg – das Ziel war eindeutig – und die Konzepte zur Luftreinhaltung gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber das Ziel, nämlich die Verbesserung der Luftqualität in Städten und Gemeinden und der Schutz der Gesundheit für Bürgerinnen und Bürger, eint unsere Fraktionen und hat auch sehr eindeutig Einzug in den Koalitionsvertrag gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich will auch gar nicht verschweigen, dass ich persönlich und meine Fraktion natürlich auch dem Feinstaubalarm kritisch gegenüberstehen und dass man eruieren muss, was nach der Berichterstattung über die Wirkung dann festgestellt wird.

Aber, Herr Rivoir, auf der anderen Seite sehe ich auch, dass es sich beim Feinstaubalarm um eine Maßnahme handelt, die den Bürgern keine Vorschrift macht, sondern nur an freiwilliges Verhalten appelliert. Hätte sich Ihr früherer Fraktionsvorsitzender auch hin und wieder einmal daran gehalten, wäre es vielleicht sogar noch besser geworden in dieser Stadt.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

(Felix Schreiner)

Aber solche Maßnahmen sind immer vorzuziehen. Um es klar zu sagen: Wir, die CDU-Fraktion, sind gegen generelle Fahrverbote. Was Sie mit dem Vergleich machen, ist nichts anderes als eine Fehlinterpretation.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Oi!)

Sie schreiben, es kämen jetzt mit der CDU Fahrverbote durch die Hintertür. Wir haben uns dazu klar geäußert. Für uns ist klar: Fahrverbote müssen, wenn es irgendwie geht, vermieden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man muss bedenken, was Fahrverbote – sei es auch nur in einem kleinen Radius z. B. um die Messstelle am Neckartor herum – für Auswirkungen hätten. Die Leidtragenden wären die Arbeitnehmer, die Pendler, die Handwerker und viele kleine und mittlere Unternehmen, die auf den Autoverkehr angewiesen sind.

Deshalb brauchen wir klare, konstruktive, konsequente Konzepte, um die Grenzwerte möglichst schnell einzuhalten. Wir müssen den ÖPNV konsequent weiter ausbauen. Wir brauchen einen bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr, und vor allem brauchen wir größere Kapazitäten auch an den Tagen, an denen wir mit der Luftreinhaltung in dieser Stadt zu kämpfen haben.

Die Mobilität insgesamt müssen wir so schnell wie möglich auf schadstoffarme und erneuerbare Energien umstellen. Wir wollen den technologischen Fortschritt bei Pkws und Lkws und vor allem auch beim ÖPNV und den Schienenfahrzeugen fördern und vorantreiben. Baden-Württemberg hat eine echte Chance, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dazu steht diese Regierungskoalition.

Mittelfristig sehen wir gemeinsam auch die Einführung einer blauen Umweltplakette. Unter gewissen Voraussetzungen stehen wir dieser offen gegenüber. Wir haben das in den Koalitionsvertrag aufgenommen, haben aber auch klare Voraussetzungen und Bedingungen dafür hineingeschrieben. Eine Voraussetzung ist z. B., dass die Einführung sozial verträglich erfolgt, dass sie ausreichende Übergangsfristen und Ausnahmeregeln beinhaltet und dass die bereits beschriebenen Nachteile für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer vermieden werden.

Um das auch klar zu sagen: Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die Verkehrssituation in Stuttgart. Es kann nicht sein, dass alles durch den Talkessel hindurchgeht. Deshalb werden wir auch Gespräche über den Nordostring und über die Filderauffahrt führen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Schreiner, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Stein?

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Ja, bitte.

**Abg. Udo Stein** AfD: Sie reden jetzt über die Einführung einer blauen Plakette. Finden Sie nicht, dass diese zu mehr Bürokratie führt anstatt zu dem, was Sie sich auf die Fahne geschrieben haben, dem Abbau von Bürokratie?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt reden wir gerade über Umweltschutz!)

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Herr Kollege Stein, Sie haben ja gerade gehört, was ich gesagt habe. Wir haben die Einführung unter Bedingungen und unter Voraussetzungen in den Koalitionsvertrag geschrieben, die erfüllt sein müssen. Ich erwarte schon, dass man, nachdem jetzt eine neue Regierung gebildet wurde, die sich jetzt auf den Weg macht und über diese Themen spricht – übrigens auch im Verkehrsausschuss sprechen wird –, ein wenig abwartet, bevor man jetzt wieder Vorverurteilungen vornimmt und das Vorhaben generell ablehnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gögel.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Feinstaubalarm in Stuttgart“ wirft berechnete Fragen auf. Konkrete oder differenzierte Antworten habe ich jetzt in der Debatte noch nicht vernommen.

Die EU-Kommission hat das Recht, Luftreinhaltepläne bzw. Aktionspläne zu fordern und bei einem Verstoß auf Bußgelder zu verklagen, sodass angesichts der geltenden Rechtslage die Stadt Stuttgart zweifellos zum Handeln gezwungen ist.

Der Vergleich mit Anwohnern des Neckartors vor dem Verwaltungsgericht hat ein Ergebnis gebracht, und die Stadt hat sich verpflichtet, ab dem Jahr 2018 den Individualverkehr am Neckartor um 20 % zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, Aktionsplan bedeutet freilich nicht Aktionismus, und die bekannte Palette an bunten Plaketten hat das Feinstaubproblem der Innenstädte bislang nicht zu entschärfen vermocht. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man weiß, dass der Feinstaub nur zu einem geringen Teil aus Verbrennungsrückständen des Fahrzeugabgassystems stammt. Feinstaub entwickelt sich durch Reifenabrieb, den Abrieb auf Fahrbahndecken und Bremsstaub.

Insgesamt trägt der Individualverkehr in Deutschland in der Fläche bis zu 20 % des gesamten Feinstaubvolumens bei. In Innenstädten wie in Stuttgart ist die Situation dramatischer. Hier beträgt der Anteil bis zu 45 %.

Zudem hat man in Stuttgart mit der Großbaustelle Stuttgart 21 einen Feinstaubriesen implementiert. Die Partikelfilter an den Baustellenfahrzeugen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptursachen der Feinstaubentwicklung wie Reifenabrieb, Fahrbahndeckenabrieb, Bremsstaub und zusätzlich die immense Staubentwicklung beim Schüttgutumschlag zu erheblich höheren Belastungen und einer deutlich höheren Anzahl von Feinstaubalarmen führen und in Zukunft führen werden.

Eine Sonderregelung für die Stadt Stuttgart während der Bauzeit bei der EU-Kommission zu erreichen wurde leider ver-

(Bernd Gögel)

säumt, sodass wir nach wie vor in der Situation sind, bis zu 50 Feinstaubalarme ohne Konsequenzen erdulden oder ertragen zu müssen. Wenn es darüber hinausgeht, kommt es zu Zwangsmaßnahmen.

Somit wird auf die einfachste restriktive Maßnahme, die Einschränkung des Individualverkehrs, zurückgegriffen. Wir bitten, hierbei unter allen Umständen zu vermeiden, dass Verbote einseitig nach einem – wie wir spätestens seit dem Abgasskandal wissen – nicht zuverlässigen Plakettensystem umgesetzt werden. Wir fordern die Landesregierung und die Stadt Stuttgart daher auf, nach intelligenten Eingriffsmöglichkeiten zu suchen,

(Beifall bei der AfD)

die sämtliche Verursacher von Feinstaub gleichmäßig belasten.

Meine Damen und Herren, es darf also auch nicht davor zurückgeschreckt werden, bei entsprechenden Witterungslagen den Baustellenbetrieb Stuttgart 21 einzuschränken.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Na ja, dann wären wir noch langsamer!)

– Was wollen Sie konkret tun?

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wir wollen einen Bahnhof bauen, damit die Luft besser wird!)

Sie wollen den Individualverkehr einseitig belasten. Sie müssen alle Verursacher nennen

(Abg. Nicole Razavi CDU: Verursacherinnen!)

und auch mit allen Verursachern entsprechende Verhandlungen führen, wie man reduzieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Es gehört nicht nur die Baustelle Stuttgart 21 dazu, sondern es gehören natürlich auch so einfache Dinge dazu wie die Holzverbrennung in Öfen in Privatwohnungen. Auch das sind Feinstaubverursacher. Auch dort müssen Sie eingreifen, Stichwort Pelletheizungen usw.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wollen Sie den Leuten die Polizei ins Haus schicken, oder wie?)

– Bitte?

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollegen, es ist ein guter Brauch, bei Jungfernreden keine Zwischenrufe zu machen.

(Vereinzelte Beifall)

Das gilt für alle.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Mich stören die Zwischenrufe nicht. Wenn Sie mir das auf meine Redezeit anrechnen, habe ich kein Problem damit.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein, die läuft allmählich ab, Herr Kollege.

(Vereinzelte Heiterkeit)

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Also: Man muss nach dem Verursacherprinzip gleichmäßig vorgehen, wenn es um die Beseitigung dieser misslichen Lage gehen soll.

Sie müssen überlegen, wie Sie den Transitverkehr aus dieser Innenstadt bringen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt!)

indem Sie intelligente Leitsysteme über Ausweichstrecken in den Höhenlagen einführen. Sie müssen in Zukunft auch in der Städtebauplanung darüber nachdenken, ob Sie ausreichend grüne Lungen berücksichtigt haben,

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

ob Sie in der Planung ausreichend die Luftzirkulation berücksichtigen und ob Sie angesichts der topografischen Lage von Stuttgart gerade bei der Planung des Projekts Stuttgart 21 das Vorhandensein von Frischluftschneisen ausreichend berücksichtigt haben. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das werden wir sicherlich im Laufe unserer Zeit hier im Parlament miteinander erörtern und überprüfen können.

Die Steuerung des innerstädtischen Verkehrs – das ist unsere feste Überzeugung – lässt sich intelligenter gestalten als die derzeit ideologisch gefärbten Vorschläge mit Plakettensystemen. Immer neue Plaketten zu ersinnen und mit der Verstandesleistung eines Rasenmähers nach Pauschalverboten zu rufen wird nicht die gewünschte Lösung bringen. Man muss sich zunächst einmal Aufschluss darüber verschaffen, mit welchen Kategorien von Verkehr und Verkehrsmitteln man es zu tun hat, und in der Folge muss man deren Fluss auf tatsächliche Umweltwirkungen steuern.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege, schauen Sie mal auf die Anzeige vor Ihnen. Sie leuchtet schon ein bisschen.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Herr Präsident, mein letzter Satz. Ich wurde auch mehrfach unterbrochen. – Verkehr lässt sich heute hinsichtlich Geschwindigkeit, Gewichtsklassen, Motorisierung mit Leitsystemen steuern. Wir, die AfD-Fraktion, sind gern bereit, im Verkehrsausschuss an solchen Lösungen mitzuwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Das war eine Drohung!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Rivoir bzw. der SPD ausdrücklich dankbar, dieses für Stuttgart, Baden-Württemberg, aber insgesamt auch für die Bundesrepublik wichtige Thema zur Debatte zu stellen. Es ist dringend not-

(Jochen Haußmann)

wendig, dieses Thema gleich zu Beginn der neuen Legislatur aufzugreifen.

Am 19. Januar 2015 war in einer Pressemitteilung zu lesen, dass sich das Verkehrsministerium und die Stadt Stuttgart auf eine gemeinsame Linie mit einem Stufenkonzept, mit Handlungsempfehlungen verständigt haben. Der Feinstaubalarm, den wir auch in Stuttgart schon erlebt haben, ist eine der Auswirkungen dieser Handlungsempfehlungen.

Man muss schon einmal fragen: Was ist denn in den anderthalb Jahren bis Juni 2016 passiert?

(Zuruf: Viel!)

Herr Kollege Schreiner, Sie sagen: „Mit uns gibt es keine Fahrverbote.“ In dem Vergleich, den man jetzt abgeschlossen und dem die Regierungskoalition auch zugestimmt hat, heißt es doch ganz klar, dass man mit Fahrverboten rechnen muss, wenn sich der Feinstaub nicht reduziert. Ab dem 1. Januar 2018 muss man also Maßnahmen ergreifen, damit sich der Verkehr am Neckartor um 20 % reduziert. Das bedeutet in der Folge Fahrverbote.

Ich habe immer das Gefühl, der Verkehrsminister legt es gerade darauf an, weil er dann frohlockt, wenn es endlich Fahrverbote in Stuttgart gibt. Deswegen vermissen wir Aktivitäten des Verkehrsministers, hier in Stuttgart intelligente Lösungen durchzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ gibt es erst einmal Appelle und Warnungen, und im nächsten Schritt folgt das, was Grüne gern machen: Verbote aussprechen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Eindruck täuscht!  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Schreiner, Herr Kollege Renkonen, Sie wollten Fahrverbote vermeiden, dann müssen wir in der Tat einmal tiefer in das Thema einsteigen. Wir haben 2014 und auch jetzt in der neuen Legislatur einen Antrag gestellt; letzteren werden wir im Verkehrsausschuss beraten. In der Region Stuttgart sind 1,5 Millionen Kfz angemeldet. Der Verkehrsminister soll einmal sagen, wie er sich das vorstellt. Die Umweltplakette wird mit Sicherheit bis dahin noch nicht umgesetzt sein. Erklären Sie uns einmal, wie Sie am Neckartor die Reduktion um 20 %, die etwa 14 000 Fahrzeugen entsprechen, erreichen wollen, und zwar im Hinblick auf den Koalitionsvertrag, in dem es heißt:

*Hierbei werden wir insbesondere*

– das ist auch der CDU immer ganz wichtig –

*die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Blick behalten und auf angemessene Übergangsfristen hinwirken.*

Mit den Übergangsfristen ist es bis 2018 sehr knapp. Insofern sollten wir uns mit dieser Thematik sehr intensiv auseinandersetzen.

Wenn man die Situation am Neckartor und die Feinstaubsituation in Stuttgart in den Blick nimmt – wir haben auch die Gesundheitsgefährdung der Menschen im Blick; das ist uns sehr wichtig –, stellt man fest, dass die Abgase 7 % des Feinstaubs ausmachen, und am Neckartor sind es 6 %. Die Aufwirbelungen von Reifenabrieb machen 39 % aus. Also, wenn Sie Elektrofahrzeuge einsetzen – ich kenne noch keine anderen Möglichkeiten; dort werden die gleichen Räder wie bei verbrennungsmotorgetriebenen Fahrzeugen verwendet –, entstehen solche Aufwirbelungen ebenso.

Die Feuerungsanlagen machen in Stuttgart bis zu 44 % aus. Kollege Lede Abal hat gleich von Verboten gesprochen. Wir wollen niemandem die Heizung abdrehen, aber man könnte andersherum denken: Man könnte über Umrüstprämien nachdenken, damit mehr in moderne Heizungen investiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Andersherum wird ein Schuh daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es gehört auch eine wissenschaftliche Diskussion zu der Thematik. Am 5. April 2016 war – der eine oder andere von Ihnen wird es gemerkt haben, weil er mit seinem Fahrzeug in die Waschanlage musste – von Saharastaub zu lesen. Da hieß es, die Feinstaubwerte in Stuttgart seien ziemlich eindeutig dem Saharastaub geschuldet.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD)

Jährlich entstehen 500 Millionen t Saharastaub in Afrika. In Deutschland kommen davon 1,8 Millionen t an. Dieser Staub hat übrigens einen sehr hohen Nährstoffgehalt, er enthält Kalzium und Magnesium.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da sollten wir einmal tiefer einsteigen. Das betrifft Saharastaub wie auch Feinstaub aus der Landwirtschaft und Feinstaub aus Baustellen.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

Was wir brauchen, sind Sonderlösungen. Wir müssen uns speziell beim Neckartor einmal Gedanken machen, welche baulichen Maßnahmen wir ergreifen können, wie wir den Verkehrsfluss beschleunigen können, ob wir vielleicht für einige Monate einmal zum Test ein Zelt darübermachen könnten.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE meldet sich.)

– Herr Poreski, mir reicht es zeitlich nicht mehr, danke.

Wir sollten überlegen, ob wir nicht am Neckartor bauliche Maßnahmen vorsehen könnten und ob wir nicht in der Stuttgarter Innenstadt den Verkehrsfluss erhöhen und intensivieren könnten. Herr Verkehrsminister, wenn Sie aus dem Ministeriumsgebäude in der Hauptstätter Straße schauen, sehen Sie zwei Fußgängerampeln. Allein diese tragen derart viel zum Feinstaubaufkommen bei, dass man sich überlegen sollte, ob man hier nicht einmal Lösungen aufgreifen kann, um den Verkehrsfluss an der B 14 zu erhöhen.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

(Jochen Haußmann)

Da würde ich mir wünschen, dass man nicht einfach bis 2018 abwartet, sondern wirklich engagiert herangeht und überlegt, was man am Neckartor tun kann.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Herr Verkehrsminister, da gibt es bessere Lösungen, intelligentere Lösungen als nur zu hoffen, ab 2018 Fahrverbote erteilen zu können.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wartet doch einmal ab!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank an die SPD-Fraktion, dass sie das Thema aufgesetzt hat. Ich hätte mir allerdings auch gewünscht, dass Sie mit Ihrem Debattenbeitrag einen Beitrag zur Lösung des Problems geleistet hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie und auch einige andere haben ein bisschen so geredet, als lautete das Thema: „Gibt es Verbote oder nicht? Gibt es einen Feinstaubalarm oder nicht?“ Aber von Bedeutung ist doch das Problem dahinter.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Das Problem ist doch, dass vor allem in Städten wie Stuttgart die Luftbelastung, die Feinstaubbelastung der Luft wirklich gesundheitsschädlich ist.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Es ist ziemlich schwierig, dieses Problem zu lösen, wenn man einerseits auf keinen Fall Fahrverbote oder sonstige Einschränkungen will und gleichzeitig schimpft, die freiwilligen Maßnahmen würden auch nichts taugen. Da muss man sich einmal entscheiden, ob man zulangen will oder auf Überzeugung und Freiwilligkeit setzt.

(Zuruf: Was wollen Sie denn?)

Ich kann auch nicht nachvollziehen, dass jemand hier vorschlägt, man müsste mal dies und mal jenes machen, während wir schon seit ein paar Jahren daran arbeiten. Da haben Sie ein Informationsdefizit. Wenn Sie nämlich nur einmal ordentlich die Zeitung gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen mit der Stadt Stuttgart und mit der Region vereinbart bzw. verabredet haben.

Das wesentliche Problem ist, dass hier in Stuttgart seit nunmehr elf Jahren die gültigen Grenzwerte bei Feinstaub nicht eingehalten werden und dass seit 2010 die Grenzwerte bei Stickoxid nicht eingehalten werden. In jedem anderen Bereich würden viele von Ihnen aufschreien und sagen: „Das geht doch nicht, dass Regeln und Gesetze nicht eingehalten werden. Da muss man einschreiten, und zwar sofort und brachi-

al.“ Aber in dem Bereich der Umweltverschmutzung gibt es, wie ich finde, zum Teil eine zu große Toleranz.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Europäische Union hat uns jetzt ziemlich deutlich die Gelbe Karte gezeigt mit der Ankündigung: „Wir werden ein Klageverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Stadt Stuttgart und der Stadt Leipzig einleiten, wenn ihr uns nicht belegt, dass ihr ein Konzept entwickelt, das glaubwürdig aufzeigt, dass die Grenzwerte in absehbarer Zeit endlich eingehalten werden.“

Das war die Ausgangssituation. Deswegen mussten wir seitens der Landesregierung handeln, und deswegen mussten die Stadt Stuttgart und das Regierungspräsidium Stuttgart mitziehen.

Ich will nur noch einmal, weil nicht alle in diesem Bereich schon lange zu Hause sind, sagen: Ich bin nicht der Oberbürgermeister, bin nicht für jede Ampel zuständig, die in Stuttgart geschaltet wird; ich bin aber gegenüber der Europäischen Union verantwortlich. Am Ende wird das Land Baden-Württemberg die Strafzahlung leisten müssen – nicht die Stadt Stuttgart – und niemand sonst. Das Land Baden-Württemberg gilt nach EU-Recht als untere Verkehrsbehörde, die das Problem lösen muss.

Wir haben jetzt zusammen – weil wir glauben, es geht nur zusammen mit der Stadt Stuttgart und der Region – verschiedene Konzepte entwickelt. Das Wichtigste ist aber, dass wir ein Gesamtkonzept für einen anderen Verkehr in der Region und vor allem für die Luftreinhaltung entwickelt haben. In diesem Konzept haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen dargelegt, mit denen wir erreichen wollen, dass wir in absehbarer Zeit – wir haben gesagt, spätestens 2020/2021 – dauerhaft und verlässlich die Grenzwerte einhalten können.

Das ist schon eine ziemliche Herausforderung. Denn wie man weiß, haben meine Amtsvorgänger ebenfalls Versuche unternommen und sind auch nicht gleich ans Ziel gekommen.

Trotzdem will ich sagen: Wir haben mit all diesen Anstrengungen, die wir seit der Einführung dieses Grenzwerts unternommen haben, auch schon Erfolge erzielt. In Baden-Württemberg, wo noch vor einigen Jahren in verschiedenen Umweltzonen die Feinstaubgrenzwerte nicht eingehalten worden sind, können wir heute sagen: Nur noch in Stuttgart auf der Achse B 14 werden die Grenzwerte bisher jedes Jahr „gerissen“, aber die Zahl der Überschreitungstage – wie es fachlich korrekt heißt – wird allmählich kleiner. Deswegen können wir sagen: Es war nicht erfolglos, was wir bisher gemacht haben. Es sind eine ganze Reihe von Dingen geschehen, die dazu beitragen, dass es besser wird.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Hans-Ulrich Sckerl, Martina Braun und Daniel Renkonen GRÜNE – Abg. Andreas Stoch SPD: Da musst du noch etwas drauflegen! – Heiterkeit)

Daniel Renkonen ist offenbar der Einzige, der die Maßnahmen genau verfolgt.

(Heiterkeit – Zurufe)

(Minister Winfried Hermann)

Häufig wird gesagt: „Dieses Problem betrifft ja nur die Messstelle am Neckartor; wenn man anderswo messen würde, gäbe es das Problem nicht.“ Nein, es ist nicht so. Erstens ist die Messstelle damals wissenschaftlich begründet an genau der Stelle eingerichtet worden, und zweitens bauen wir eine Kontrollmessstelle auf der B 14. Wir wissen heute aus verschiedenen Berechnungen, dass wir etwa auf 10 km, also etwa auf der B-14-Achse, die Grenzwerte beim Feinstaub überschreiten und auf etwa 100 km Straßenlänge in Stuttgart die Grenzwerte bei Stickoxiden überschreiten, in zahlreichen anderen Städten Baden-Württembergs übrigens ebenso. Das nächste Problem steht also schon vor der Tür.

Wie und wodurch haben wir Verbesserungen erzielt? Ich sagte bereits, die Zahl der Feinstaubtage war vor Jahren noch doppelt und dreifach so hoch wie erlaubt. Inzwischen können wir sagen: Das wird jetzt der erste Sommer sein, in dem wir nicht schon vor der Sommerpause die Grenzwerte überschritten haben. Wir sind heute also noch knapp unter den erlaubten 35 Feinstaubtagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben übrigens – was angesprochen worden ist – tatsächlich auch aufgrund der Tatsache, dass wir viele Baustellen haben, Feinstaubprobleme in Stuttgart. Das ist ein Problem, weil auf Baustellen auch Feinstaub entsteht. Deswegen haben wir durch eine Verordnung sichergestellt, dass auf Baustellen in Stuttgart nur noch Fahrzeuge und stehende Motoren zum Einsatz kommen, die einen Partikelfilter haben. Das ist eine ganz wesentliche Maßnahme in Stuttgart. Die haben wir 2015 eingeführt, und das zeitigt auch Wirkung.

Wir haben außerdem natürlich auch einiges im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemacht. Herr Kollege Renkonen hat es auch dargelegt. Wir haben den ÖPNV-Pakt geschlossen. Den haben wir im Bewusstsein, dass wir etwas tun müssen, schon vereinbart. Wir haben auch die Förderung etwa bei Elektromobilität in Stuttgart deutlich nach vorn getrieben. Die zahlreichen Ladestationen, die wir hier haben, sind vom Land gefördert; das „Car2go“-Konzept unterstützen wir. Wir sind mit der Stadt Stuttgart in engster Abstimmung, wie wir das Angebot, was Stadtbahnen angeht, verbessern können. Für die S-Bahnen ist die Region zuständig.

Wir wollen also das ÖPNV-Angebot insgesamt verbessern. Wir tun da auch einiges. Aber auch hier muss ich sagen: Da hat das Land nicht allein das Sagen, sondern da braucht man seitens des Landes immer die Partner, die mitziehen, die Gemeinderäte oder auch den Regionalverband.

Es ist gesagt worden, dass die durch den Verkehr verursachten Abgase nur noch geringe Anteile ausmachen. Ich habe mir die Daten dazu gerade noch einmal geben lassen. Herr Haußmann, am Neckartor ist es nun einmal so, dass etwa 45 % der Feinstäube aus dem Verkehr kommen. Davon ist ein relativ hoher Anteil auf Abrieb von Bremsen und Reifen sowie auf Aufwirbelungen zurückzuführen. Etwa 10 % entfallen auf Abgase. Das ist etwa die Summe, die Sie genannt haben. Wir sollten aber nicht so tun, als wäre der Verkehr kein Problem.

Das zweite wichtige Problem sind tatsächlich die Kaminfeuerungen. Wir haben in Stuttgart – man glaubt es kaum – inzwischen 20 000 – ich nenne es immer so – romantische Ka-

minfeuerungen, die man eigentlich nicht braucht, weil man eine Zentralheizung hat. Es ist aber irgendwie schick geworden, dass man sein Feuer anschmeißt und in den Ofen reingucken kann.

Das ist aber unter Feinstaubgesichtspunkten ein Riesenproblem. Deswegen haben wir auch gesagt: Während eines Feinstaubalarms freiwillig keine romantischen Kamine betreiben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Die nehme ich an.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Wenn es etwas nützt!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte schön, Kollege.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Es gibt auch romantische Sportpräsidenten. – Herr Präsident! Ich habe eine Frage an den Minister, und zwar: Herr Minister, geben Sie mir recht, dass man gerade bei den Feststofffeuerungen sehr genau unterscheiden und sich ansehen muss, ob es sich so, wie Sie sagen, um einen Zufallskamin handelt, der, wenn man die Dioxinwerte, die Neosynthese anschaut, gelegentlich eher eine Sondermüllverbrennungsanlage ist, wenn man nachvollzieht, welche Stoffe wirklich verbrannt werden?

Mir geht es vielmehr darum: Sind Sie bereit, klar zu sagen, dass beispielsweise eine moderne Pelletheizung, eine entsprechend moderne Feuerung mit Scheitholz mit der Technik, die wir heute haben, nicht in diesem Sinn, wie Sie es dargestellt haben, zur Feinstaubproblematik beiträgt?

(Abg. Felix Schreiner CDU: Davon redet er gar nicht!)

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Ich bin gern zu dieser Differenzierung bereit, Kollege Bullinger. Natürlich ist eine Pelletheizung kein romantisches Feuer, sondern eine Zentralheizung, die hocheffizient arbeitet, im Zweifel auch einen Filter hat und deswegen nicht wie diese Kaminöfen, bei denen man im Zweifel alles reinschmeißt und aus denen ziemlich viel Dreck herauskommt, zu den Problemen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es geht um diese Zusatzfeuerungen, um nichts anderes. Dazu kann ich übrigens auch gleich sagen: Das ist der erste Bereich, bei dem wir nach Abwägung gesagt haben, dass es zumutbar ist, das im nächsten Winter in den Zeiten einer Inversionswetterlage mit Feinstaubalarm auch zu verbieten. Denn wir glauben, dass das kein Eingriff ist, der schädlich ist. Er schadet der Wirtschaft nicht. Vielmehr ist es ein Beitrag zur Luftreinhaltung. Das ist gut so.

Ich will auch noch einmal sagen: Wir haben in Stuttgart natürlich nicht nur den Verkehr und den Feinstaub, der hier in Öfen erzeugt wird, sondern wir haben eine hohe Hintergrundbelastung, die auch aus dem Verkehr kommt und die natürlich insgesamt auch zu Buche schlägt.

Trotz aller Betonung, dass wir schon Fortschritte erzielt haben, will ich deutlich machen: Von Entwarnung kann keine

(Minister Winfried Hermann)

Rede sein. Denn wir haben jetzt auch schon 32 Feinstaubtage in diesem Jahr gehabt. Das heißt, wahrscheinlich überschreiten wir die Grenze auch in diesem Jahr wieder und werden deutlich über 35 – so viele sind zugelassen – kommen.

Das lässt uns nicht ruhen. Trotzdem sagen wir: Wir werden auch im kommenden Winter nochmals das Konzept Feinstaubalarm fahren. Ich will einfach noch einmal deutlich machen, was das heißt. Wenn wir wissen, dass eine Inversionswetterlage kommt, dann wissen wir, dass in den folgenden Tagen, in denen die Inversionswetterlage besteht, die Schadstoffkonzentration in der Luft sprunghaft ansteigen wird und die Schadstoffe nicht mehr durch Wind abgeführt werden können. Es wird sozusagen eher schlechter.

In diesen Fällen rufen wir den Feinstaubalarm aus. Dann beginnt die Aufforderung: Leute, steigt um oder fahrt zusammen in die Stadt rein oder nutzt das Fahrrad, geht zu Fuß usw. Wir appellieren also an das Verhalten und machen deutlich: Der Feinstaub ist nicht das Problem der Bürokratie oder der Politik, sondern der Feinstaub ist das, was jeder verursacht, wenn er Auto fährt oder eben einen romantischen Kaminofen betreibt. Jeder ist selbst mit verantwortlich für die Qualität der Luft. Deswegen kann jeder auch einen Beitrag dazu leisten, dass es nicht zu Beschränkungen oder zu Fahrverboten kommt. Weniger Individualverkehr, vor allem von älteren Fahrzeugen, ist also ein wichtiger Beitrag, um den Feinstaub zu reduzieren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Murschel?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Bitte schön.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Herr Minister, ich hätte noch eine Frage zu dem, was Sie vorher ausgeführt haben, nämlich dass in Stuttgart im Grunde genommen Verbesserungen bei der Schadstoffsituation feststellbar sind, was Feinstaub und Stickoxide angeht, aber dass insbesondere auch bei Stickoxiden eine ganze Anzahl von Städten – ich komme selbst aus so einer Stadt, aus Leonberg, die davon sehr stark betroffen ist – die Grenzwerte immer wieder „reißen“ und es hohe Mittelwerte gibt.

Ist denn angedacht, Fahrverbote, wenn es denn gar nicht anders geht, auch auf andere Städte auszudehnen, die davon betroffen sind? Oder steht jetzt erst einmal die Örtlichkeit Stuttgart im Mittelpunkt der Überlegungen?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Fahrverbote – das ist jetzt mehrfach angesprochen worden – sind ein erheblicher Eingriff in den Verkehr und damit auch ein erheblicher Eingriff in Individualrechte und auch in die Wirtschaft.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Deswegen habe ich von Anfang an gesagt: Wir werden alles tun, um das zu vermeiden. Durch ein anderes Verkehrskonzept, durch freiwillige Maßnahmen wollen wir das möglichst vermeiden. So ist unser ganzes Konzept angelegt. Lieber Martin Rivoir, du kannst mir das noch so oft unterstellen: Mein Hintergedanke ist nicht, dass ich eigentlich will, dass das

scheitert, damit ich endlich sehen kann, wie mein Verbot wirkt.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Bössartige Unterstellung!)

Ich wache nicht jeden Morgen auf und denke: Wie kann ich die Autofahrer ärgern?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nein, ich wache jeden Morgen auf und frage mich: Wie löse ich die Verkehrsprobleme?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir Maßnahmen ergreifen, dann müssen sie gut begründet sein. Sie müssen verhältnismäßig sein. Sie müssen auch nachweislich wirksam sein. Manche Maßnahmen kann man nur temporär ergreifen, wenn die Schadstoffbelastung so hoch ist, dass die Grenzwerte „gerissen“ werden.

Wichtiger ist aber, dass wir langfristig zu einem anderen Verkehrsmix kommen. Die Autos müssen neuer und sauberer werden; die Flotte ist zu alt. Deswegen haben wir übrigens auch gute Partner in der Automobilindustrie, die ebenfalls wollen, dass sich da etwas verändert und dass wir mit neuen Fahrzeugen mit Euro-6-Norm und blauer Plakette weiterkommen. Wir brauchen auch ein besseres, verlässliches ÖPNV-Angebot, mehr Fuß- und mehr Radverkehr,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Und den Nordoststring!)

damit wir insgesamt eine Verschiebung hin zu einem umweltfreundlichen Mix erreichen.

Das sind dann keine Fahrverbote, sondern Veränderungen im Verkehrsverhalten – da und dort vielleicht auch Einschränkungen, aber keine Verbote.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zu den weiter gehenden Maßnahmen, die helfen, zählt, dass die Firmen, die Großbetriebe jetzt wirklich dem Beispiel des Landes folgen und Jobtickets anbieten, damit es für die Mitarbeiter günstig ist, eine ÖPNV-Fahrkarte für das ganze Jahr zu kaufen, um so zur Arbeit zu kommen.

Eine andere Maßnahme ist, dass der Verband Region Stuttgart endlich seinem Auftrag nachkommt, Park-and-ride-Anlagen rund um Stuttgart anzulegen, und diese auch modern managt.

Auch angesprochen wurde, dass wir, das Land, alle Möglichkeiten der Verkehrslenkung, der Verkehrssteuerung auf den Autobahnen nutzen und verhindern sollten, dass der Verkehr immer dann, wenn er auf der Autobahn blockiert ist, in die Stadt hineinfließt. Da haben Sie alle völlig recht, wenn Sie sagen, wir müssten Verkehrsfluss außen herum ermöglichen und vermeiden, dass der Verkehr hier in die Stadt hineinfließt.

In der Stadt soll der Verkehr möglichst ruhig fließen. Deswegen gibt es übrigens längst auch eine Temposteuerungsanlage auf der B 14, die Tempo 30, Tempo 40 oder Tempo 50 vorschlägt, damit man möglichst fließend durchkommt, denn Stop-and-go ist ziemlich schädlich für die Luft.

(Minister Winfried Hermann)

Wenn es jetzt um die Frage geht, wie wir mit dem Vergleich infolge der Feinstaubklage umgehen, will ich noch einmal deutlich machen, was eigentlich das Problem war. Der Richter war drauf und dran, uns ein Fahrverbot auf der B 14 am Neckartor aufzuerlegen – ohne weiteres Konzept. Denn als Richter muss er nur sicherstellen, dass das Recht desjenigen, der klagt – der Kläger wohnt am Neckartor –, gewahrt wird. Der Richter muss nicht darüber nachdenken, welche Auswirkungen das für die gesamtverkehrliche Situation hat.

Deswegen haben wir gesagt: Nein, wir suchen den Vergleich. Der Richter hat anerkannt, dass wir unseren Maßnahmenplan zur Bekämpfung des Feinstaubes umsetzen. Dazu haben wir uns verpflichtet. Das war im Grunde genommen eine Verpflichtung, die wir ohnehin vorhatten.

Zweitens hat der Richter gesagt: Wenn alle diese Maßnahmen nicht wirken, dann müsst ihr zum 1. Januar 2018 eine verkehrsbeschränkende Maßnahme erlassen, die den Verkehr an dieser entsprechenden Stelle um 20 % reduziert.

Da kann man sich einiges vorstellen. Wir sind gerade dabei, verschiedene Maßnahmen daraufhin zu prüfen, was sie bringen und ob sie sinnvoll sind. Von der SSB und von der Stadt kam der Vorschlag, man könne ja eine der drei Spuren – das wäre ein Drittel der einfahrenden Verkehre – sozusagen wegnehmen und dort Umweltbusse fahren lassen, die die Pendler von Park-and-ride-Plätzen abholen und in die Stadt hineinfahren. Dann wäre die Zahl der Fahrzeuge reduziert. Das ist eine mögliche Maßnahme, über die wir nachdenken und die wir prüfen müssen.

Denn klar ist: Wir konnten das direkte Verbot nur durch den Vergleich abwehren. Mit dem Vergleich verbunden ist: Wir haben einen Plan, ein Gesamtkonzept, und ein Element – für den Fall, dass es schiefliegt – ist eine partielle Beschränkung. Aber da kann man sich wirklich auch intelligente Maßnahmen vorstellen, und das werden wir auch tun.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Glück.

(Zuruf von der AfD: Oh nein!)

Lassen Sie diese zu, Herr Minister? Ja oder nein? Herr Minister?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Ja, ja.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Herr Kollege Glück.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Ich habe genickt.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Alles gut.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Minister, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben gerade eben über verschiedene Ansätze gesprochen, wie man Feinstaub reduzieren kann. In diesem Zusammenhang habe ich eine rein fachliche Frage – ohne jeden Hohn –: Ein Großteil des Feinstaubes, der uns Probleme macht, stammt ja gar nicht aus dem Individualverkehr, sondern ist aufgrund anderer Dinge vorhanden – vom Staub aus der Sahara bis zu allen möglichen anderen Quellen.

Inwiefern ist es denn sinnvoll, beispielsweise Straßen mit Wasser abzuspitzen, um eine akute Feinstaubbelastung reduzieren zu können? Denn ein Großteil des Feinstaubes ist ja Abrieb – Reifenabrieb, Bremsabrieb.

Inwiefern ist diese Möglichkeit geprüft worden, und inwiefern könnte durch eine solche Maßnahme in einer akuten Situation eine Verbesserung herbeigeführt werden?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielleicht noch eine Erläuterung zum Hintergrund: Tatsächlich stellt der Saharastaub nicht das Hauptproblem dar. Erstens tritt er in Baden-Württemberg relativ selten auf, und zweitens wird er, Kollege Haußmann, bei den Berechnungen, ob die Grenzwerte überschritten werden, herausgerechnet. Dies gilt übrigens auch für Staub, der im Winter durch Salzen entsteht. Es gibt also verschiedene Dinge, die nicht in Rechnung gestellt werden, weil man sagt: Das ist nicht selbst induziert.

Die Stadt Stuttgart hat alle verschiedenen Maßnahmen ebenfalls schon daraufhin überprüft, ob diese etwas bringen. Im Moment sieht es nicht so aus, als könnte man das Problem durch Wässern lösen. Aber die Stadt überlegt sich beispielsweise, ob durch eine Moosbepflanzung etwas abgefangen werden kann, und sie legt Wert darauf, dass auf der Achse mehr Grün angepflanzt wird, weil Grün auch eine dämpfende Wirkung hat.

Wir prüfen übrigens jede dieser Maßnahmen, und es wird stets abgewogen: Lohnt es sich, und bringt es einen nennenswerten Anteil bei der Reduktion, oder lassen wir es lieber sein? Aber im Grunde – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Ich möchte den Satz noch zu Ende führen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gut.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Es gibt keine Einzelmaßnahme, die geeignet wäre, das Problem komplett zu lösen, sondern am Ende ist dies eine Summe von vielen verkehrspolitischen Maßnahmen auf der einen Seite und von einzelnen Reduktionsmaßnahmen auf der anderen Seite.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Balzer, bitte.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Herr Minister Hermann, Sie haben meine Frage gerade fast schon beantwortet. Ich wollte darauf hinweisen, dass es ja auch Möglichkeiten der Stadtbe- grünung gibt, die ja neben den verkehrsleitenden Maßnahmen entscheidend und auch langfristig das Klima in einer Stadt verbessern könnte. Ist dies geprüft worden? Ich denke da beispielsweise an die neuen Stadtteile wie das Europaviertel.

Die zweite Frage: Woher kommt denn eigentlich die andere Hälfte des Feinstaubes, wenn, wie Sie sagen, nur eine Hälfte aus dem Verkehr stammt?

(Unruhe)

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Noch einmal zu den Anteilen: Es gibt immer eine Belastung, die direkt an Ort und Stelle entsteht, und es gibt eine Belastung, die aus dem Hintergrund kommt. Dieser Hintergrund kann etwa die Verbrennung in Kaminöfen sein; auch außerhalb von Stuttgart gibt es ja solche Öfen, und es gibt auch außerhalb Stuttgarts Verkehr. Die Ursache ist also zum Teil dieselbe, aber eben als Hintergrundbelastung und nicht als Belastung, die konkret vor Ort entsteht.

Zu den Begrünungsmaßnahmen: Teil unseres Plans, den wir auch der EU vorgelegt haben, sind auch der Ansatz und die Verpflichtung der Stadt Stuttgart, zukünftig stärker darauf zu achten, an solch hoch belasteten Straßen mehr Grün einzusetzen. Das gilt übrigens dann auch für das Land. Das Land hat eine Reihe von Immobilien, die ebenfalls nicht begrünt sind. Auch da kann man noch mehr machen. Aber es hilft ganz eindeutig; je grüner eine Stadt ist, desto weniger Feinstaubbelastung entsteht auch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der AfD)

Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, die in der Debatte mehrfach erwähnt worden sind.

Warum braucht man eine blaue Plakette? Weil die grüne Plakette das Problem bislang nur in unzulänglicher Weise angegangen ist. Sie hat das Stickoxidproblem nicht gelöst. Deswegen braucht man eine blaue Plakette, durch die der Stickoxid-Ausstoß von Fahrzeugen deutlich reduziert wird. So können wir in Ballungsräumen dann auch das Stickoxidproblem dauerhaft lösen.

Es ist bereits gesagt worden: Die Automobilindustrie hat mit Fahrzeugen aufgewartet, die nicht das gebracht haben, was sie versprochen haben. Es besteht das Problem, dass die Luft in den Städten eigentlich besser sein müsste, wenn die Fahrzeuge so sauber wären, wie sie vorgeben. Aber weil es so viele Abschaltmechanismen gab, weil es ein Testsystem gab, das sehr viel Toleranz zugelassen hat, ist das nicht gelungen. Deswegen ist es so wichtig, dass ab 2017 ein neues Test- und Prüfverfahren eingerichtet wird, welches stark am Realverkehr, an den tatsächlichen Ausstößen orientiert ist. Wenn das kommt, werden wir eine Perspektive haben, dass die Autos dauerhaft sauberer werden und das Problem dadurch gelöst wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss

(Zuruf: Sehr gut!)

und hoffe, dass keine weitere Frage gestellt wird.

Das Luftreinhalteproblem ist ein wirklich schwieriges Problem. Da müssen alle ran. Sie sollten nicht immer gleich schimpfen, wenn jemand einen Vorschlag macht, sondern selbst bessere Vorschläge machen. Alle sind in der Verpflichtung, eine Lösung zu finden, die Wirtschaft, aber auch jeder Einzelne und natürlich auch die Politik, damit wir dazu beitragen, dass die Quellen der Luftverschmutzung reduziert und damit weniger Schadstoffe ausgestoßen werden. Das schaffen wir auch durch ein anderes, ein vernünftiges Verkehrsverhalten. Wir haben ein umfassendes Konzept vorgelegt. Ich bin mir sicher, dass wir damit erfolgreich sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/20. Der Antrag ist ein reiner Berichts-antrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

### **Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH**

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das Rhabarbergemurmel einstellen, können wir weitermachen.

Das Kuratorium der Staatlichen Toto-Lotto GmbH besteht gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrags aus 15 Mitgliedern, darunter acht Mitglieder des Landtags, wobei jede Fraktion mit mindestens einem Abgeordneten vertreten sein soll. Nach § 17 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung stehen der Fraktion GRÜNE drei Sitze, der Fraktion der CDU zwei Sitze sowie den Fraktionen der AfD, der SPD und der FDP/DVP jeweils ein Sitz zu. Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der im Landtag vertretenen Fraktionen (*Anlage*).

Sind Sie damit einverstanden, die Wahl offen durchzuführen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. April 2016 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/8112, 16/146**

**Berichtersteller: Abg. Josef Frey**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Kollegen Frey erteilen.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mein Dank geht hier an die Landesregierung für den vorliegenden Arbeitsbericht. Er ist ein sichtbares Zeichen dafür, wie eine Region, wie ein Land Verantwortung für die Europäische Union übernimmt, aber auch Verantwortung für den Zusammenhalt dieser Europäischen Union, sei es im Rahmen der Donauraumstrategie, bei den „Vier Motoren“ oder bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Baden-Württemberg hebt sich gerade jetzt in der „Brexit“-Diskussion positiv von dem Chaos ab, das in London und anderen britischen Städten herrscht. Wir setzen

(Josef Frey)

uns für die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und für einen europäischen Zusammenhalt ein.

Der Bericht behandelt neben der „Brexit“-Entscheidung auch die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz. Was haben diese beiden Initiativen gemeinsam? Beide hinterlassen nach der jeweiligen Entscheidung Chaos und Verunsicherung,

(Unruhe)

beide wurden von Rechtspopulisten genutzt, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren. In beiden Abstimmungen haben vor allem ältere Menschen für eine Distanzierung von der Europäischen Union gestimmt, und junge Menschen sind erst gar nicht zur Abstimmung gegangen. Schließlich die vierte Gemeinsamkeit: Sowohl die Schweizer Initiative als auch die „Brexit“-Initiative haben keine Alternativen zur Europäischen Union vorgelegt. Wo sind diese Alternativen, und wohin soll der Weg gehen?

Das Chaos in London und anderen Städten macht deutlich, dass sie diese Initiative völlig ins Blaue hinein losgetreten haben und damit recht verantwortungslos gehandelt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Briten sind damit nicht nur in der Europameisterschaft gescheitert, sondern auch in den vergangenen Jahren mit ihrer Rosinenpickerei, als sie über 100 verschiedene Ausnahmen im Rahmen des Vertrags von Lissabon herausgehandelt haben. Aber wohin hat das alles geführt? Zum „Brexit“ und zu Unsicherheit und Chaos in Großbritannien.

Auch die Schweiz wird mit der Masseneinwanderungsinitiative nicht weiterkommen. Auch dort fehlt ein Konzept der Initianten. Sie können nicht 50 000 Grenzgänger, die täglich über die Grenze in die Schweiz gehen, einfach durch Schweizer Personal ersetzen. Sie haben das Personal schlichtweg nicht. Aber wir können auch nicht zulassen, dass nur die bilateralen Verträge eingehalten werden, die einseitig der Schweiz nützen. Auch hier ist also Rosinenpickerei nicht angesagt.

Schauen wir dagegen doch einmal in die Geschichte des Oberrheins, wo wir eine so lange Periode von Frieden haben, wie es nie in der Geschichte der Fall war, nämlich 71 Jahre, in denen Frieden herrschte; in den letzten Dekaden kamen auch noch Wohlstand und Freiheit dazu. Auch mit europäischen Finanzmitteln wurden dort Frieden, Freiheit und Wohlstand gesichert. Auch Landräte und Oberbürgermeister müssen dort erkennen, dass sie die europäischen Mittel, die sie bekommen, um grenzüberschreitend zu arbeiten, nicht als ihre Mittel ausgeben, sondern dass sie z. B. sagen: Hier hilft uns die Europäische Union bei der europäischen Integration und dem Zusammenwachsen in den Grenzregionen.

Wenn Sie das INTERREG-V-Programm anschauen, mit dem unsere Landesregierung über 109 Millionen € in den Oberrheinraum holt, dann wissen Sie, dass wir, wenn wir dieses Geld aus den INTERREG-Mitteln der Europäischen Union nicht bekämen, keine Tramverlängerung von Weil am Rhein nach Basel bzw. umgekehrt von Basel nach Weil am Rhein hätten. Wir hätten keine Tram zwischen Kehl und Straßburg, wir hätten auch kein deutsch-französisches Feuerlöschboot auf dem Rhein, und wir hätten auch keinen European Cam-

pus, der die Wissenschafts- und Forschungsideen am Oberrhein bündelt.

Unser Land bietet damit eigentlich ganz Europa ein Laboratorium, in dem man sehen kann, wie Integration und Zusammenarbeit in Europa gelungen sind. Wir können damit auch in andere Regionen gehen und zeigen, wie die Erfolgsfaktoren für europäische Zusammenarbeit aussehen. Wir arbeiten seit Jahren mit den Menschen von unten und mit konkreten Projekten, sodass wir jeden Tag begreifen und sehen können, wie Europa funktioniert und wie der Nutzen für die Bevölkerung in Europa aussieht.

Die Europäische Kommission sollte sich daran allerdings ein Beispiel nehmen. Die Kommission sollte das Subsidiaritätsprinzip endlich verstärkt mit Leben füllen und sich dann eben nur um die Probleme kümmern, die im europäischen Rahmen zu lösen sind, z. B. die Migrationsproblematik oder die Steuerflucht. Unsere Kommunen und Regionen in Baden-Württemberg sind stark, und wir können unsere Wasserversorgung selbst regeln.

Die Kommission hat aber außerdem immer noch nicht erkannt, dass die Stunde geschlagen hat, in der mehr Demokratie angebracht ist und mehr auch auf die Menschen zu hören ist. Es darf eben hier kein Mensch und keine Region übergangen werden, wenn es z. B. um die Frage von CETA geht. Wenn jetzt eine vorläufige Anwendung von CETA von Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen wird, dann schadet das dem Ansatz, dass wir Europa von unten gestalten wollen, und kompromittiert die Bürgerinnen und Bürger, die hier berechtigterweise mehr Transparenz fordern.

Mit solchen Aktionen wird vor allem den Rechtspopulisten Wasser auf deren Mühlen geschüttet, die dann gesamthaft ein negatives Bild zeichnen und das Kind mit dem Bade ausschütten, anstatt eben auch an die Errungenschaften der Europäischen Union zu denken.

Wir müssen nun aber eine Debatte lostreten, die von unten getragen wird. Im Hinblick auf die Abstimmungen der Schweizer und der Briten ist es wichtig, auch zu sehen, dass wir die junge Generation mit einbeziehen, weil diese die Zukunft der Europäischen Union darstellt. Vielleicht kann auch unser Leitbildprozess „Welt:Bürger gefragt!“ für ein Modell stehen, das dann heißen könnte: „Europa:Bürger gefragt!“

Lassen Sie uns in den kommenden Monaten nicht einfach zur normalen Tagesordnung übergehen, sondern lassen Sie uns mit den Bürgerinnen und Bürgern – unter starkem Einbezug der Jugend – Europa zum Thema machen, aber auch über die Vorteile Europas reden.

Gerade für die, die Europa nur mit einer Europäischen Union kennen, ist dies wichtig. Viele von uns, die wir hier sitzen, wissen noch, wie die Grenzkontrollen waren. Aber viele, die nun mitentscheiden dürfen, kennen dies nicht.

Lassen Sie uns die Europäische Union aus den Regionen heraus mit deren Expertisen weiterentwickeln und das Haus Europa konstruktiv weiterbauen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Köbler.

**Abg. Joachim Köbler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist seit dem 23. Juni in Bewegung geraten. Es wird entscheidend darauf ankommen, was wir aus dieser Bewegung machen.

Lassen Sie mich zunächst einmal auf die Flüchtlingspolitik eingehen. Die Flüchtlingskrise ist der entscheidende Punkt, den wir in Europa zu bewältigen haben. Die Menschen erwarten von uns Lösungen. Die Europäische Kommission hat in den letzten Monaten einige Lösungen vorgeschlagen. Wir, die CDU-Fraktion, begrüßen, dass die Europäische Kommission in diesem Bereich tätig geworden ist.

Beide vorgeschlagenen Alternativen haben unsere Sympathie. Entweder wird das bestehende Dublin-Abkommen gestrafft – hinzukommen muss allerdings ein Lastenausgleichssystem –, oder wir müssen neue Verteilungsschlüssel für die Lasten in Europa benennen.

Es ist richtig, dass das Eurodac-System weiterhin ausgebaut wird. Das Eurodac-System verhindert, dass Flüchtlinge in mehreren Ländern Asylanträge stellen können. Wir brauchen für Europa insgesamt ein einheitliches, gemeinsames Asylverfahren. Klar ist, dass ein wirksamer Außenschutz und die Freizügigkeit im Inneren zusammengehören.

Gerade in einem Land in der Mitte Europas ist es wichtig, dass wir das Schengen-Abkommen weiterhin aufrechterhalten. Daher müssen wir die Pläne für einen europäischen Grenzschutz – das ist entscheidend – weiter ausbauen. Für uns ist es klar, dass die kommenden Herausforderungen natürlich auch den EU-Haushalt berühren werden. Wir müssen dafür sorgen, dass genügend Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen den EU-Haushalt auch im Hinblick auf den Schutz der Außengrenzen noch einmal überdenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Es zeigt sich, dass hier die Solidarität in ganz Europa gestärkt werden muss. Nicht nur Deutschland kann grundsätzlich die Probleme in Europa mit der Migration von Flüchtlingen lösen, sondern jedes Mitglied der EU muss daran teilnehmen.

Es zeigt sich auch, dass das Abkommen mit der Türkei allmählich Wirkung zeigt. Die Zahl der Grenzübertritte nimmt ab, Schleusungen gibt es fast keine mehr. Es ist wichtig, dass wir weiterhin mit der türkischen Regierung zusammenarbeiten. Aber es ist auch klar: Europa und die EU dürfen sich nicht erpressen lassen.

Bei einer möglichen Visa freigabe müssen die Standards und die Benchmarks, die wir in Europa gesetzt haben, erhalten bleiben. Sie müssen genauso von der Türkei wie auch von anderen Staaten übernommen werden. Die Türkei ist verpflichtet, ihre rechtsstaatlichen Standards aufrechtzuerhalten, zu verbessern und auf einen europäischen Standard zu bringen.

Bei allen Differenzen ist aber auch klar: Wir brauchen die Zusammenarbeit mit der Türkei, aber wir müssen auch kritisch gegenüber der Türkei sein. Bei aller Kritik, die an dem geübt wird, was wir mit der Türkei vereinbaren: Es gibt kaum eine

andere Lösung. Bisher hat niemand eine bessere Lösung vorgeschlagen.

Wir brauchen für die wachsende Zahl der Schleusungen aus Nordafrika eine Lösung. Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir diese Schleusungen unterbinden können. Es geht natürlich auch darum, Menschenleben zu retten.

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der im Bericht ausführlich dargelegt wurde, und zwar das Verhältnis zur Schweiz. Kollege Frey hat es schon angesprochen: Baden-Württemberg hat exzellente wirtschaftliche Verflechtungen mit der Schweiz. Die Masseneinwanderungsinitiative der Schweiz bedeutet für uns natürlich Probleme. Es ist gut, dass der Ministerpräsident bei seinem Besuch in Bern noch einmal deutlich gemacht hat, wie wichtig eine Vereinbarung mit der Schweiz ist.

(Abg. Felix Schreiner CDU: So ist es!)

Es muss einiges getan werden, damit wir weiterhin ein gutes Verhältnis zur Schweiz haben.

Aber es ist klar: Der Binnenmarkt besteht aus vier Grundfreiheiten. Dazu gehört auch die Personenfreizügigkeit. Wir müssen der Schweiz deutlich machen, dass Rosinenpickerei nicht möglich ist. Vielmehr bestehen wir auf den vier Grundfreiheiten, zu denen auch die Personenfreizügigkeit gehört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir stehen vor einer Bewährungsprobe in der EU. Das Referendum in Großbritannien hat im Grunde klargemacht, welche Differenzen es in der EU gibt.

Robert Schuman hat am 9. Mai 1950 gesagt, wichtig für Europa sei die „Solidarität der Tat“. Es geht also nicht nur um ein historisches Gedankengebäude Europa. Vielmehr muss die Tat folgen.

Wir in Baden-Württemberg profitieren exzellent von der EU. Wir müssen alles daransetzen, dass wir eine positive Zukunft haben.

Ich will noch ein paar Sätze zu dem Referendum in Großbritannien sagen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Wenn Sie „noch ein paar Sätze“ sagen, dann darf ich Sie daran erinnern, dass Ihre Redezeit schon zu Ende ist.

**Abg. Joachim Köbler** CDU: Nur noch zwei Sätze werde ich sagen. – Das Referendum in Großbritannien hat viele Diskussionen hervorgerufen. Aber eines ist klar: Großbritannien gehört zu Europa. Aus Europa kann niemand austreten, auch nicht, wenn er aus der EU austritt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Sehr richtig! – Abg. Anton Baron AfD: Bravo!)

Der Gedanke, den Theodor Heuss schon 1950 zum Verhältnis von Deutschland zu Europa angesprochen hat, gilt analog natürlich auch für Großbritannien. Europa braucht Großbritannien, aber Großbritannien braucht auch Europa. Es wäre auf

(Joachim Kößler)

einen Exit vom „Brexit“ zu hoffen; das würde viele Probleme lösen.

Bei allem, was wir jetzt tun, rate ich dazu – insbesondere mit Blick auf die EU-Kommission –, Besonnenheit walten zu lassen. Schnellschüsse nützen in dieser Sache nichts.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Abg. Sandra Boser und Josef Frey GRÜNE sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Berg.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen, liebe interessierte Gäste auf den oberen Rängen! Auch die AfD-Fraktion bedankt sich ganz herzlich beim Staatsministerium für diesen Bericht.

Gestatten Sie mir vorab eine kurze Bemerkung: Angesichts der Tragweite der europapolitischen Themen, die wir in diesem Haus diskutieren, empfinde ich es als bedauerlich, dass die Regierungsbank durch derartige Leere besticht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Der Europaminister ist aber da! – Abg. Thomas Blenke CDU: Der zuständige Minister ist da!)

Meine Damen und Herren, Europa ist ein wundervoller Kontinent mit einem großartigen und vielfältigen Erbe. Europa ist stark in den Regionen und mit seinen originären Eigenheiten und lokalen Traditionen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Exakt dieses Europa, lieber Herr Binder, gilt es zu erhalten und zu stärken – gerade gegen den Teil der EU, der zentralistisch, bürokratisch ist und sich in Teilen auch vom Leben der Menschen entkoppelt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die EU würde selbst nicht die eigenen Aufnahmekriterien erfüllen. Das sagt jemand wie EU-Parlamentspräsident Schulz. Ich darf aus der WELT vom 25. August 2013 zitieren:

*Wäre die EU ein Staat, der die Aufnahme in die EU beantragen würde, ... müsste der Antrag zurückgewiesen werden – aus Mangel an demokratischer Substanz.*

Als wahren Europäer liegt mir Europa am Herzen, ein Europa der souveränen Staaten, des Friedens und der mündigen Bürger, ein Europa der Freiheit und vor allem ein Europa der Selbstbestimmtheit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Lieber Kollege Stächele, ich darf auch Sie an dieser Stelle zitieren. Vor Kurzem hatten Sie eine Aussage gemacht, die sich in der WELT vom 25. Juni wiedergefunden hat:

*Brüssel muss sich transparenter machen und Zusammenhänge europäischer Regelungen ... erklären. Handlungsfähigkeit im Währungsraum und in der Flüchtlingsfrage muss erkennbar sein.*

Da möchte ich Ihnen voll und ganz zustimmen, doch allein, es fehlt mir der Glaube an Taten.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Stächele ist ein großer Europäer!)

Seit zig Jahren sind doch viele Defizite der EU im Umgang mit Steuergeldern, Bürgerbeteiligung, Transparenz und vielem mehr hinlänglich bekannt. Da hilft es auch nicht, den Menschen die EU besser erklären zu wollen, wie der Ministerpräsident gestern sagte, und – fürwahr – die unbestrittenen Vorzüge wie den Binnenmarkt oder die Völkerverständigung aufzuzeigen, wenn die strukturellen Defizite nicht beseitigt werden. Ehrlichkeit ist da viel mehr angebracht. Ehrlichkeit beginnt mit dem Erkennen dessen, was ist.

Wie es besser gehen kann, zeigen uns Norwegen und die Schweiz, beide nicht in der EU, sehr gut funktionierende und stabile Demokratien mit einem sehr hohen Lebensstandard und solidem Wohlstand. Gerade die Schweiz hat uns auch gezeigt, dass dort in der Tat einiges besser funktioniert als in Deutschland und in der EU,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

beispielsweise der vor Kurzem eröffnete Gotthard-Basistunnel. Mit der Eröffnung dieses Tunnels steuern die Schweizer auf eine neue Epoche des kontinentalen Schienenverkehrs hin.

(Zuruf des Abg. Josef Frey GRÜNE)

Es zeigt: Dort, wo die Menschen direktdemokratisch einbezogen sind, wo die Finanzen transparent sind und wo die Beteiligten mit Konsequenzen bei Nichteinhaltung von Zusagen zu rechnen haben, geht es besser voran.

Bei uns in Baden-Württemberg sieht es leider oft anders aus. Seit unzähligen Jahren versprechen Politiker verschiedener Parteien den Ausbau und die bessere Anbindung der Gäubahn, zuletzt ja Sie, lieber geschätzter Kollege Wolf. Doch wenig geschieht. Die Entscheidung von Bundesverkehrsminister Dobrindt, den Ausbau der Gäubahn nicht als vordringlich im Bundesverkehrswegeplan einzustufen, ist bestenfalls unverständlich. Auch die Zulaufstrecken vor allem der Rheintalbahn sind seit Jahren in Verzug. Das gilt auch für die Donaubahn. Diese muss ebenfalls zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum Thema „Brexit“. Der Austritt Großbritanniens zeigt uns klar: Wir müssen Europa neu denken, weg von einem Europa der Juncker-Schulz-EU, einer Entkopplung der Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was sind das für Sprüche?)

– Ach, Herr Drexler, bewahren Sie doch bitte Ruhe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso soll ich da Ruhe bewahren bei einer solchen Rede?)

Bewahren Sie bitte Ruhe und Haltung, Herr Drexler.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich bewahre meine Ruhe nicht! Ich bin nicht da, um zu schlafen! – Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

– Manchmal scheint es mir aber so. Bewahren Sie Ruhe.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege Berg hat das Wort.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Sie dürfen bestimmt gleich wieder etwas sagen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Weiterreden!)

Die Bürger sind nicht für die Politiker da, sondern die Politiker sind die Diener des Volkes.

(Beifall bei der AfD)

Wer diesen fundamentalen Grundsatz der Demokratie nicht versteht und mitunter in überheblicher Ignoranz den Willen des Volkes missachtet,

(Zuruf von der SPD: So wie die AfD!)

der wird eben schneller abgewählt, als ihm lieb sein kann.

(Beifall bei der AfD)

Großbritannien wird sicherlich auch außerhalb der EU ein Teil Europas, ein enger Freund und ein verlässlicher NATO-Partner bleiben. Es ist in der Tat eine Schande, welche schreckliche, welche abstoßende Szenen sich dieser Tage in Brüssel abspielen. Britischen Vertretern schlägt mitunter offene Feindseligkeit entgegen. Die Devise vom „Weiter so!“ auf dem Weg zum EU-Superstaat wurde von den britischen Wählern abgelehnt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also!)

Und was ist die Reaktion von Herrn Juncker darauf? Er will noch mehr Zentralisierung, er will noch mehr Projekte vorbei an den Menschen verwirklichen. Wie realitätsblind kann man denn eigentlich sein? Junckers Rezepte führen letztlich nur dazu, dass noch mehr Staaten die EU verlassen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Subsidiarität und behutsame Rückverlagerung von Kompetenzen an Nationalstaaten und Regionen sind das Gebot dieser Stunde. Ein Europa der souveränen Vaterländer im besten Sinn von Charles de Gaulle wird ein Europa der Bürger, des Wohlstands und des Friedens sein. Das will ich, das will die AfD, das ist die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich wieder hier stehen darf und zum Bericht über aktuelle europapolitische Themen sprechen darf. Ich will die gegebene Zeit auch nutzen, um das zu sagen, was ich konstruktiv einbringen will.

Ich will von vornherein eines zu meinem Vorredner sagen, damit das auch hier im Landtag von Baden-Württemberg, in einer Volksvertretung, klar ist. Martin Schulz ist vom Volk legitimiert, und er spricht für das Volk.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Lachen bei der AfD)

Deshalb sage ich Ihnen: Mit der Häme, mit der Sie glauben, aus einer Minderheitsposition heraus sozusagen immer Mehrheitswallungen anzusprechen, können Sie hier bei uns nicht kommen. Wir wissen, dass es ganz anders ist.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Eine große Mehrheit!)

Oberschwach, Herr Professor Meuthen. Auftakt Europa für uns hier im Landtag mit zwei Debatten gestern und heute, eine neue Gewichtung für das Thema. Es würde uns von der sozialdemokratischen Fraktion freuen – weil wir der Meinung sind, dass es gut für Baden-Württemberg ist –, wenn Europa eine besondere Bedeutung bekommt. Es ist ja vor zehn Jahren mit der Einrichtung eines eigenen Ausschusses gelungen, ein Ausrufezeichen zu setzen.

Jetzt hat die Landesregierung ein Ausrufezeichen gesetzt. Sie hat den Wechsel der Europaaufgabe vom Staatsministerium ins Justizministerium vollzogen. Herr Kollege Wolf, weil wir in der Vergangenheit im Parlament gut zusammengearbeitet haben, sage ich einmal: Man kann das machen. Man kann argumentieren, dass bei den drei Bausteinen, die die Europapolitik in Baden-Württemberg hat – die Verfassungsfragen Europas, die Fachpolitiken und die kleine Außenpolitik des Landes –, in der gegenwärtigen Situation – obwohl Lissabon eigentlich durch ist – die Verfassungsfragen vielleicht wieder in den Vordergrund rücken. Aber – das sage ich Ihnen und den Koalitionären hier im Parlament – das muss man dann auch in seinem Koalitionsvertrag begründen. Dann muss man etwas dazu sagen, warum man das tut, und sollte nicht allein einen Verschiebebahnhof machen, wie Sie es gemacht haben. Es ist nichts begründet worden, und das ist für die Europapolitik in Baden-Württemberg leider kein gutes Zeichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident, der sich ja gestern noch einmal von der Presse feiern ließ für das, was er gesagt hat, gelegentlich von der komplementären Koalition spricht, dann meint er wahrscheinlich, dass man sich in diesen Fragen arrangiert, aber nichts groß begründen muss. Es gibt kein Konzept der Europapolitik zu lesen, und das ist kein gutes Signal.

(Beifall bei der SPD – Abg. Josef Frey GRÜNE hält den Bericht über aktuelle europapolitische Themen hoch.)

Zur Lage selbst: Die Flüchtlingsbewegungen und der „Brexit“ dominieren die Debatte. Der Bericht bezieht sich übrigens auf das letzte Quartal der früheren Landesregierung, über das man auch sagen kann, Kollege Frey: Es wird ein gutes Zeugnis ausgestellt für das erste Quartal 2016, auf das sich der Bericht bezieht, z. B. gerade im Hinblick auf die Südflanke. Die Schweizstrategie wurde im Kabinett verabschiedet. Es ging darum, zu schauen: Was kann man am Oberrhein machen? Da sind gute Sachen geschehen, auf denen man jetzt aufbauen kann.

Aber es ist eben so, dass wir merken: Jetzt ist ein offenes Feld da. Wohin geht die Sache?

(Peter Hofelich)

Da sage ich jetzt einmal: Da sind wir gefordert, ein paar Themen tatsächlich anzusprechen und Baden-Württemberg einzubringen. Die Flüchtlingspolitik ist hier ein Stichwort gewesen. Ich glaube, dass es richtig ist: Schengen muss besser funktionieren, und wir sollten Dublin ergänzen. Dafür muss sich die baden-württembergische Politik einsetzen. Ein besserer Verteilungsmechanismus bei Dublin ist gefordert. Der „Fairness-Mechanismus“ ist angesprochen worden, nach dem andere eintreten. Aber es gibt auch noch andere Dinge, die eine Rolle spielen. Die Blue Card hat sich bisher nicht bewährt – ein bisschen hat sie sich in Deutschland bewährt, in anderen Ländern nicht. Hier ist es notwendig, für die Hochqualifizierten bessere Zugänge nach Europa zu finden. Das ist im Interesse Baden-Württembergs, meine Damen und Herren.

Ich bin auch dafür, dass das, was angesprochen worden ist, gemacht wird, vor allem die Verkürzung der Verfahrensfrist für die Blue Card in Europa von 90 auf 60 Tage. Das ist das eine.

(Vereinzelt Beifall)

Das andere ist: Es gibt in diesem Haus ebenso wie im Bundestag eine Mehrheit für ein Einwanderungsgesetz, und es liegt im Interesse Baden-Württembergs, dass in Berlin endlich ein Einwanderungsgesetz beschlossen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Wir brauchen eine Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Wenn ein Drittel der Bevölkerung im Libanon oder in Jordanien Flüchtlinge sind, dann ist das eine massive Situation – genauso wie in Nordafrika –, und das, was in Nigeria geschieht, wo ich mich ein kleines bisschen besser auskenne, mit Boko Haram ist schrecklich. Europa kann nicht einfach zusehen. Deshalb ist die Bekämpfung der Fluchtursachen eine der großen europäischen Aufgaben, die hier in diesem Land angemahnt werden, und dafür braucht Europa auch die Möglichkeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich war gestern von einigen Aussagen der Regierung, insbesondere des Ministerpräsidenten, enttäuscht, weil es wieder einmal um Subsidiarität ging und gesagt wurde: Wie wunderbar, dass wir alles selbst regeln können – das wollen wir auch –, und das Große macht dann Europa.

Ich bin selbst ein Anhänger davon, dass Subsidiarität funktioniert. Kollege Stoch hat aber darauf hingewiesen, dass Subsidiarität nur im Spannungsverhältnis mit der Solidarität, die immer dazugehört, funktionieren wird und nicht eines allein.

Natürlich wollen wir für die Wasserversorgung selbst zuständig sein. Aber es ist doch klar, dass wir Standards für sauberes Wasser nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch an anderer Stelle haben wollen. Deswegen wird man immer überlegen müssen: Welche Aufgaben können trotzdem nicht in Berlin, sondern müssen in Brüssel erledigt werden?

Meine Redezeit ist zu Ende. – Ich bin dafür – ohne dieses platte Subsidiaritätsverständnis, im Landtag, aber auch beim Landkreistag zu meinen, unbedingt gefällig reden zu müssen –, hier

in der Europapolitik zu einem anderen Weg zu kommen als dem, den der Ministerpräsident leider zwischenzeitlich eingeschlagen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Flexible Formate für Europa – ich komme zum Ende, Herr Präsident –, wie sie Kollege Reinhart in seiner beachtlichen Rede angesprochen hat, mögen eine richtige Richtung sein: etwa Europa der zwei Geschwindigkeiten, Eurozone etc. Trotzdem ist auch hier eine Debatte notwendig: Was heißt „flexible Formate“, wenn es um Freiheit geht?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jawohl!)

Gibt es da etwas Flexibles? Ich glaube nicht. Was heißt „flexible Formate“, wenn es um die Frage geht, ob Korruption ein Vergehen oder nur eine bestimmte Kultur in gewissen Ländern ist?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich glaube nicht, dass es da Flexibilität gibt. Deswegen: Achtung! Europa braucht hochstehende Standards für sich selbst in Demokratie, in Freiheit, in sozialer Gerechtigkeit. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir Europa in Baden-Württemberg so buchstabieren, dass wir nicht sagen: Wir Baden-Württemberger erklären alles noch einmal, erklären, wie es gut geht. Die gestrige Diskussion ging so ein bisschen in die Richtung, man müsse es besser erklären. Da das Sein das Bewusstsein bestimmt, müssen wir vielmehr dafür sorgen, dass die Bürger in Europa mit sozialer Gerechtigkeit und mit Freiheit tatsächlich etwas anfangen können und dafür politisch arbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Kollegen Professor Dr. Schweickert das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Hofelich sehr dankbar für die Rede, weil sie sich fachlich mit dem Thema „Wo stehen wir gerade in Europa?“ und den Themen, die jetzt auch zur Beschlussfassung – zur Kenntnisnahme – anstehen, befasst.

Herr Kollege Berg, man kann über das Europa der Vaterländer diskutieren; aber dann muss man es ausführen.

(Zuruf von der SPD: Nur Sprüche!)

Man kann auch am Europäischen Parlament Kritik üben und sagen: „Wir haben eine andere Vorstellung von Parlament mit Opposition und Regierung.“ All das kann man tun.

(Zuruf von der SPD: Aber man muss es begründen!)

(Dr. Erik Schweickert)

Aber man kann nicht sagen, die wenigen Positionen, die tatsächlich demokratisch legitimiert sind, erkenne man nicht an.

Ich bin kein persönlicher Freund von Herrn Schulz. Aber da sind Sie zu weit gegangen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, das Haus Europa mit den 28 Wohnungen, die da sind, anschauen, müssen wir konstatieren, dass das Haus Europa außerhalb Europas eine große Anziehungskraft hat, die zu den Flüchtlingsströmen führt, die wir haben.

Mit der Anziehung meine ich auch die Schweiz, die ein Interesse daran hat, mit Europa stark assoziiert zu sein. Ich teile die Einschätzung meines Vorredners, des Kollegen Kößler: Die vier Grundfreiheiten gibt es nur gemeinsam oder gar nicht – auch für die Schweiz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wenn wir alle das Thema „Lösungen in der Flüchtlingspolitik“ ansprechen, müssen wir ehrlich sein. Sie waren doch auch schon in diesen Flüchtlingscamps vor Ort und haben sich mit den Leuten dort unterhalten. Wenn Sie sich mit denen auch einmal abseits der Presse unterhalten, hören Sie: Es gibt einen gewissen Prozentsatz – nicht alle –, der hierher geflohen ist, weil sie sich ein besseres Leben für sich selbst erhoffen. Das ist auch in Ordnung; ich kann das niemandem vorwerfen. Aber dann liegt es doch an uns, endlich dafür zu sorgen, dass wir für diese Menschen einen legalen Weg nach Europa ebnen, damit sie nicht aufs Boot müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Dann lassen Sie uns darüber streiten, inwieweit wir da Sozialromantik hineinpacken, wie viele Sozialfälle wir da aufnehmen. Lassen Sie uns über die Quoten streiten. Aber seien wir ehrlich – das richtet sich insbesondere an die Kollegen der CDU/CSU im Bundestag –: Wenn ich mir diese Blue-Card-Regelung anschau, die wir nachher durchwinken, dann ist das eine klare Positionierung der EU, den Nationalstaaten die Kompetenz wegzunehmen, das zu regeln. Vielleicht ist das der Weg, dass endlich auch auf Ebene des Deutschen Bundestags Bewegung in die Sache kommt. Wir brauchen legale Zuwanderung, wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz, und wenn es das nicht gibt, dann muss es halt die EU-Blue-Card sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Ländehüter! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Dann sollte meines Erachtens auf der einen Seite mit der Romantik nach dem Motto „Jeder kann zu uns kommen“ aufgehört werden. Denn das kann mit der Blue-Card-Regelung auch nicht gemeint sein. Auf der anderen Seite sollte dann auch akzeptiert werden, dass es Zuwanderung gibt, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist, genau wie die anderen Länder auch. Im Rahmen des europäischen Hauses müssen wir dann die Schwerpunkte setzen, die zu einer fairen Verteilung führen. Es kann nicht sein, dass die attraktivste Wohnung, viel-

leicht das Penthouse, für jeden das Ziel ist. Da erwarte ich auch von unseren Vertretern –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Dr. Schweickert, die Kollegin Dr. Baum hat eine Zwischenfrage. Würden Sie diese gleich zulassen?

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Ja, klar.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Können Sie sich vorstellen, dass es große Teile der Bevölkerung gibt, die das anders sehen als Sie, die Deutschland nicht als Einwanderungsland sehen? Und wer bestimmt das? Wäre es nicht Zeit, eine Volksabstimmung darüber durchzuführen?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD begibt sich in Richtung ihres Abgeordnetenplatzes.)

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Wenn Sie möchten, dass ich Ihre Frage beantworte, bleiben Sie bitte am Mikrofon stehen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD begibt sich wieder zum Saalmikrofon.)

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Gern.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Das kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass ich nicht 100 % der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland oder der EU hier hinter mir habe. Aber wir müssen uns überlegen, was es heißt, ein Einwanderungsland zu sein. Entweder wir stellen uns den Tatsachen und wir steuern Zuwanderung nach Europa, sagen wir über eine legale Einwanderung.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

– Schauen Sie, selbst in Ihrer eigenen Fraktion haben Sie nicht 100 % hinter sich. – Daher mache ich mir auch da keine Illusion. Aber ich weiß, dass wir es nur so hinbekommen: zum einen eine Flüchtlingspolitik, die für eine faire Verteilung auf europäischer Ebene sorgt, und zum anderen endlich die Akzeptanz, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist – mit all den Vorteilen und all den Nachteilen, mit all den Problemen, aber auch den Chancen, die damit verbunden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Herr Kößler hat den „Exit vom ‚Brexite‘“ angesprochen. Ich lese auch Zeitung und vernehme all die Varianten, etwa dass jetzt die Schotten probieren, das über irgendwelche alte Schottland-Abkommen vielleicht zu verhindern, oder dass man anhand des Austrittsverhandlungsmandats noch einmal eine Volksabstimmung macht. Meine Damen und Herren, wenn das Hinterzimmerpolitik ist, dann leisten wir gerade denen, die mit Europa Populismus betreiben, Vorschub.

Ich bin der Meinung: Ein Abstimmungsergebnis – auch wenn es mir nicht passt – muss akzeptiert werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

(Dr. Erik Schweickert)

Dann muss eine Regierung auch Taten folgen lassen, so schlimm das Ganze ist.

Das heißt für uns: Lassen Sie uns überlegen, wie Europa zukünftig aussieht. Lassen Sie uns überlegen, wie wir mit dem „Brexit“ umgehen. Ein Schnellschuss nach dem Motto „Jetzt Exit vom ‚Brexit‘“ wird jedenfalls nicht der Weg sein,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

sondern eine Vertiefung in Europa, vielleicht auch mal zwei Gänge zurückschalten, das muss der Weg sein, meine Damen und Herren.

Ich hoffe, dass wir das Ganze auch in der Zukunft proeuropäisch hier diskutieren können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Beratung steht der Bericht über aktuelle europapolitische Themen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns im Rahmen der Plenarsitzungen mit Europa befassen. Ich denke, die Folgen der Abstimmung in Großbritannien und die erkennbaren Akzeptanzverluste Europas müssen uns wachrütteln, europäische Themen, europapolitische Themen stärker in den Fokus zu nehmen. Vielleicht – das ist kein Vorwurf an das Präsidium; da haben alle mitgestimmt – sollten wir uns Gedanken machen, solche Tagesordnungspunkte künftig an prominenterem Platz in der Tagesordnung zu etablieren, um damit Europa stärker in den Mittelpunkt unserer Diskussion zu rücken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Lars Patrick Berg AfD)

Meine Damen und Herren, ich will – ich finde, auch das muss möglich sein – insbesondere bei einem Thema wie Europa, von dem ich überzeugt bin, dass es uns in weiten Teilen gelingen wird, es auch über parteipolitische Grenzen hinweg zu besetzen, ganz ausdrücklich darauf hinweisen: Der Bericht, über den wir hier diskutieren, stammt aus der Zeit meines Amtsvorgängers Peter Friedrich, und viele der Erfolge und Errungenschaften, die sich aus diesem Bericht ergeben, fallen auch in seine Amtszeit. Es fällt mir nicht schwer, ihn innerhalb dieser Debatte in besonderer Weise zu erwähnen.

Es ist vorhin angesprochen worden, Kollege Hofelich: Was hat das nun mit dieser Zusammenführung von Justiz- und Europapolitik auf sich? Da mögen manche Aspekte, die Sie am Ende Ihrer Ausführungen noch ergänzt haben, vielleicht auch noch eine Rolle gespielt haben. Aber es ist natürlich auch Ausdruck eines Verständnisses davon – ich habe versucht, das gestern in meinen Ausführungen zum Ausdruck zu bringen –, dass Europa für uns gerade in den kommenden Jahren sehr viel damit zu tun haben wird, über gemeinsame verfassungsrechtliche Grundlagen zu diskutieren, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu diskutieren. Da besteht Handlungsbedarf. Wir wollen gerade mit diesem Zuschnitt auch ein Signal

setzen für ein Europa der Rechtsstaatlichkeit als große Errungenschaft.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Herr Abg. Berg, vielleicht habe ich Sie falsch verstanden, aber es klang so, als ob Sie verstärkt dieses Europa der Regionen als künftige Herausforderung hier andiskutiert hätten. Ich will da überhaupt keinen Zweifel aufkommen lassen: Ein Europa der Regionen war immer das Ziel der Politik dieses Hauses, der Vorgängerregierungen, egal, in welcher Farbkonstellation. Und ein Europa der Regionen muss vor allem auch in der Zukunft wieder stärker spürbar werden. Denn wie, wenn nicht über die Regionen, über die Parlamente der Regionen, wollen wir die Menschen vor Ort erreichen? Wir brauchen dieses Europa der Regionen mit Basisbezug zu den Menschen vor Ort. Dafür wollen wir in diesem Haus eintreten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der dritte Punkt, weil es in der heutigen Diskussion immer wieder eine Rolle spielt: „Brexit“. Ja, man spürt, wie uns das zu Recht umtreibt.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja, die Medien treibt es um!)

Aber jetzt will ich deutlich machen: Ein bisschen europäisch oder ein bisschen „Brexit“, wie sich das vielleicht manche in Großbritannien jetzt nach der Abstimmung vorstellen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gibt es nicht!)

kann es nicht geben. Der Ausstieg ist beschlossen, und jetzt muss er auch erfolgen. Alles andere würde einen Erosionsprozess auch in anderen Ländern auslösen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

In diesem Zusammenhang sollten wir uns natürlich auch mit Fragen der Flüchtlingspolitik befassen. Ich will damit beginnen, weil ich der Überzeugung bin, dass gerade die Flüchtlingspolitik einen wesentlichen Anteil am Ausgang des Referendums in Großbritannien hatte. Erst gestern haben sich die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Brüssel mit dem Stand der Maßnahmen zur Lösung der Migrationskrise beschäftigt. Natürlich – Kollege Köbler hat es angesprochen und Herr Kollege Frey in gleicher Weise – spielt das EU-Türkei-Abkommen dabei eine wichtige Rolle. Es wird seit April umgesetzt und zeigt erste Wirkungen, wenn man den Rückgang der Flüchtlingszahlen auf der Balkanroute betrachtet. Auf griechischer und türkischer Seite wurde viel getan, um Abläufe und Verfahren zu verbessern und aufeinander abzustimmen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vereinbarung ist noch lange nicht vollständig umgesetzt und das bisher Erreichte bleibt fragil, auch weil wir es mit einem schwierigen Verhandlungspartner zu tun haben. Es ist heute angesprochen worden, was wir in keinem Fall zulassen dürfen, nämlich, dass wir uns auf diesem Weg erpressen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Guido Wolf)

Die Zeit drängt, denn es ist damit zu rechnen, dass sich die Flüchtlingsrouten verlagern. Die Zahl der Flüchtlinge über die Mittelmeerroute bleibt auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zur Balkanroute gewinnt diese ältere Route also wieder an Bedeutung. Bleiben wir also wachsam und lassen uns aktuell nicht durch rückgängige Zahlen verunsichern. Es ist gut, dass dieses erreicht werden konnte, aber ich glaube, wir müssen mit Nachdruck auch an der weiteren Lösung dieser Flüchtlingskrise arbeiten. Vor allem müssen alle Mitgliedsstaaten ihre Zusagen zur Umverteilung von Flüchtlingen einhalten. Die EU-Kommission hat im April und Mai neue Vorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgelegt.

Wir haben uns im Europaausschuss am 22. Juni 2016 bereits mit der Kommissionsmitteilung befasst. Inzwischen – es ist heute mehrfach angeklungen – liegt ein konkreter Rechtsetzungsvorschlag zur Änderung der sogenannten Dublin-III-Verordnung vor. Er sieht eine Ergänzung des Ersteinreiseprinzips um einen sogenannten Fairness-Korrekturmechanismus für die Zuteilung von Asylbewerbern vor. Das heißt, sich verweigernde Mitgliedsstaaten sollen einen Solidarbeitrag in Höhe von 250 000 € pro abgelehntem Flüchtling bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles, was der Schaffung, der Stärkung von Solidarität in Europa dient, ist an dieser Stelle zwingend geboten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt, der heute in dieser Debatte – wenn ich es richtig verfolgt habe – noch keine ausdrückliche Rolle gespielt hat, erwähnen: TTIP. TTIP ist ein hochkomplexes Thema, mit dem wir uns auch weiterhin sorgfältig auseinandersetzen müssen.

Wir werden den TTIP-Beirat der Landesregierung fortsetzen, wie es auch in der Koalitionsvereinbarung steht. Es gibt auf Länderebene kein vergleichbares Gremium. Alle Sitzungen des Beirats sind öffentlich. Damit ist der Beirat ein Beispiel für mehr Transparenz in EU-Themen. Es kann uns also auch hier vor Ort gelingen, erste Schritte in Richtung Transparenz zu gehen.

Ein wichtiges Ziel ist der konstruktive Austausch zwischen den verschiedenen Interessengruppen und der Landesregierung. Wichtig ist aber auch der Austausch der Beiratsmitglieder untereinander. Der TTIP-Beirat ist ein Ort, an dem Befürworter und Kritiker in großer Sachlichkeit miteinander ins Gespräch kommen.

Ich sage in aller Deutlichkeit an dieser Stelle: Wir werden auch dafür eintreten, dass TTIP als gemischtes Abkommen behandelt wird. Das heißt, wir sind der Auffassung, dass es zu seiner Ratifizierung auch der Zustimmung des Bundestags und des Bundesrats bedarf.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Die Europafähigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns auch in der Koalitionsvereinbarung auf die Fahnen geschrieben. In der Koalitionsvereinbarung haben wir die gro-

ße Bedeutung von EU und interkulturellen Kompetenzen für eine moderne Landesverwaltung in besonderer Weise unterstrichen.

Der Dynamische Europapool des Landes spielt hier seit über 15 Jahren eine zentrale Rolle. Bis heute sind wir das einzige Land mit einem solchen gezielten Förderkonzept. Der Dynamische Europapool ist in Brüssel und darüber hinaus bekannt für die passgenauen Entsendungen motivierter und leistungsstarker Bediensteter.

Nach meinem Verständnis muss jeder, der in unserer Landesverwaltung in eine bestimmte Führungsebene vordringt, zuvor maßgeblich in Brüssel, in Europa tätig gewesen sein, um die Zusammenhänge, die Vernetzung, die Zuständigkeiten innerhalb Europas kennenzulernen und in seiner künftigen Arbeit innerhalb des Landes auch verinnerlichen zu können. Das halte ich für eine zwingende Voraussetzung.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und des Abg. Lars Patrick Berg AfD)

In zahlreichen Gesprächen der letzten Wochen habe ich bestätigt gesehen, dass Baden-Württemberg und seine Europaaktivitäten in Brüssel einen hervorragenden Ruf haben. Aber nichts ist natürlich so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Auf dieser Basis will ich gern aufbauen und die Rolle Baden-Württembergs in der EU weiter stärken. Dazu gehört für mich auch, dass wir alle mehr über Europa sprechen, die Menschen informieren. Und dazu gehört für mich auch – da will ich Sie in allen Fraktionen ermuntern –, dass Sie stärker diese Plattform der Vertretung auf europäischer Ebene, der baden-württembergischen Vertretung in Brüssel wahrnehmen, um Ihrerseits als Abgeordnete die Kontakte in Europa auch nutzbar zu machen. Ich will Sie dazu ausdrücklich in unsere baden-württembergische Landesvertretung einladen. Brüssel ist ein weites Feld, und Europapolitik lebt von Zugängen zu Netzwerken. Da will ich Sie ausdrücklich einladen, diese Chance auch in Brüssel und Straßburg wahrzunehmen.

Vielleicht müssen wir dabei auch noch einmal darüber nachdenken, wie Landtag und Landesregierung beim Thema Europa zusammenwirken und wie der Landtag noch aktueller informiert werden kann. Wir machen häufig die Erfahrung, dass die Informationen bei Ihnen zu einem Zeitpunkt ankommen, zu dem auf der europäischen Bühne möglicherweise schon zu vieles gelaufen ist. Zeitnahe Information für die Kolleginnen und Kollegen hier in den Parlamenten ist mir ein wichtiges Anliegen.

Wir müssen aber auch vor Ort mit den Menschen diskutieren. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir als Abgeordnete diesen Prozess stärker anstoßen und für Europa wirken können.

Ich bin gern dazu bereit, mich mit aller Kraft und Leidenschaft dieser Aufgabe zu widmen. Ich freue mich über Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/146. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/8112, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 8 bis 12** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 8:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. April 2016 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksachen 15/8109, 16/164**

**Berichterstatter:** Abg. Sascha Binder

**Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 17. Mai 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Reformierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Erleichterung legaler Wege nach Europa – Drucksachen 16/22, 16/147**

**Berichterstatterin:** Abg. Dorothea Wehinger

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Mai 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen – Drucksachen 16/34, 16/148**

**Berichterstatter:** Abg. Manfred Kern

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 17. Juni 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden – Drucksachen 16/157, 16/160**

**Berichterstatter:** Abg. Joachim Köbller

**Punkt 12:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/80, 16/81, 16/82, 16/83, 16/84, 16/85, 16/86**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 13. Juli 2016, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 15:51 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD  
und der Fraktion der FDP/DVP

### Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

GRÜNE	CDU	AfD	SPD	FDP/DVP
Filius Häffner Dr. Rösler	Gramling Rombach	Palka	Gruber	Dr. Bullinger

28.06.2016

Andreas Schwarz und Fraktion  
Dr. Reinhart und Fraktion  
Dr. Meuthen und Fraktion  
Stoch und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion